ab 20.5., 18 Uhr BV-Telefon 740109!

SDS

INFO ☆ 13

10.5.69

für alle Einzelbezieher:
- zahlt 10 Mark auf die Konten Dresd. Bk. Ffm. 2 9 2 4 2 7 ein, Postscheck Ffm. 31 607 ein, damit Ihr den INFO bis Nr. 17 weiterbeziehen könnt!
- die Genossen, die schon Zahlungen geleistet haben, überweisen die Differenz!

BV

SDS-BUNDESVORSTAND · TEL. 77 60 68
6 FRANKFURT 1 · W.-HAUFF-STR. 5 ☆☆

GENOSSEN: INFOS, die mehr als 60 Seiten Umfang haben, müssen als Doppelnummern (d.h. zum doppelten Preis) herausgegeben werden. Rechnet mal nach und bezieht die Zahlungsmoral mit ein ...

SEMINARE, KONFERENZEN etc:

Kongress aller medizinischen Arbeiter	Seite 14
INFI-Agitationskader: Portugiesische Kolonien	38
Gastarbeiterkonferenz	71

DISKUSSION, FLUGBLÄTTER etc:

INFO	Seite 2
neue kritik	3
Frankfurt: Zum Vordiplom	4
: Taheri-Ausweisung	8
: Technologie	10
Betriebsdiskussion (J. Kelter)	11
Frankfurt: Zur Strategiediskussion (Basisgruppe Medizin)	12
: Justizkampagne	15
Berlin: Zur Hochschulstrategie	17
: Was will der AStA - Organisation und Schulung von Kadern	23
Frankfurt: Projekt Sozialistischer Ärztebund	27
INFI Berlin: Entwicklungshilfe/Bundeswehr	30
Bundeswehrforschung: Fraunhofer-Gesellschaft	34
INFI Berlin: Befreite Gebiete in Afrika	36
OSI Berlin: Sozialistische Politik - Name und Programm	39
Tübingen: Justizkampagne	40
Mainz: SDS verjagt Vorbeugehaft-Hirsch	44
: Ordnungsrecht	44
Freiburg: Ausweisungsbefehl	76

1. MAI:

München	46
Hamburg	54
Heidelberg	59
Saarbrücken	64
Erlangen	67
Freiburg	69

INFO

Genossen,

wir müssen endlich den Vertrieb des INFO neu organisieren. Im Augenblick werden noch zu viele einzeln versandt, sodaß wir nicht in der Lage sind, Papier, Farbe und Porto wie bisher zu bezahlen (zumal nur wenige Gruppen BV-Beiträge überweisen). Andererseits wollen wir den INFO nicht einstellen.

Wir werden daher den Vertrieb stärker als bisher über linke und SDS-Buchläden laufen lassen (bisher: Berlin, das politische Buch, Lietzenburger Str. 99; Erlangen, Politladen, Hindenburgstr. 17; Frankfurt, Libresso, Opernplatz 10; Hamburg, Spartakus, Schlüterstr. 86; Stuttgart, Verlag I. Vetter, Gaisburgstr. 5) und ihn daneben primär an Basis- und Projektgruppen schicken. Wenn wir den INFO weiter herausgeben sollen, müssen die Rechnungen dann bezahlt werden. Die Genossen, die den INFO daneben im Einzelversand beziehen wollen, sollen uns sofort mindestens DM 10.- überweisen; sie erhalteh dann die folgenden Ausgaben bis Nummer 17. Auf jeden Fall aber müssen diejenigen Genossen, die ohnehin organisiert zusammenarbeiten, jeweils nur eine Sammeladresse angeben, sodaß wir den Einzelversand verringern können.

Konten: PSchK Ffm 316 07 - Dresdner Bank 28 24 27

Schickt Flugblätter, Berichte, lokale Infos und GELD!

BV

AGIT:

"Anleitung zur Agitation" - zu beziehen über
Rote Presse Korrespondenz - 1 Berlin 30 - Eislebener Str. 14
DM 1.-

PORT. KOLONIEN:

Portugal und seine "Überseeprovinzen" - und seine Beziehungen zur Bundesrepublik

zu erhalten von:
Sozialistisches Lehrlingszentrum - 2 Hamburg 13 - Hochallee 21

°AGIT°

Oskar NEGT: POLITIK UND GEWALT

(Mindestbestellung:) 10 Exemplare DM 3.-
(Verkaufspreis DM 0.50)

3

NEUE KRITIK 1969

Liste der lieferbaren Bücher:	Ladenpreis	SDS-Preis
Paschukanis, Allg.Rechtslehre und Marxismus	19.oo	15.oo
Organisation im Klassenkampf	18.5o	15.oo
Grossmann, Das Akkumulations-und Zusammenbruchsgesetz des kap.Systems	36.oo	28.oo
Jakubowski, Ideologischer Überbau in der materialistischen Geschichtsauffassung	15.oo	12.oo
Leonhardt, Unterirdische Literatur im revolut. Deutschland während des Weltkrieges	15.oo	12.oo
Mandel, Einführung in die marxistische Wirtschaftstheorie	4.oo	3.oo
Togliatti, Ausgewählte Schriften	14.oo	11.oo
Jalée, Die Ausbeutung der Dritten Welt	8.oo	6.5o
Schmiederer, Die sowjetische Theorie der friedlichen Koexistenz	6.oo	4.5o
Reiche, Sexualität und Klassenkampf	9.oo	7.oo
Hack,Negt,Reiche, Protest und Politik	6.oo	4.5o
Cliff, Studie über Rosa Luxemburg	7.oo	5.5o
Schmiederer, Die sozialistische Volkspartei Dänemarks	12.oo	1o.oo
Illustrierte Geschichte der deutschen Revolution	5o.oo	4o.oo
NEUE KRITIK Einzelheft	3.oo	2.oo

Diese Aufzählung ist unter anderem auch deshalb nötig, weil schon verschiedentlich unsere Bücher sogar über dem Ladenpreis verkauft worden sind.
Einzelbestellungen bei uns direkt können wir aus Rationalisierungs- und finanziellen Gründen nur bei Vorauszahlung und auch dann nur sehr ungern bearbeiten. Wir empfehlen Euch daher, die bestehenden linken Buchhandlungen zu unterstützen oder Gruppenbestellungen aufzugeben.
Folgende Buchhandlungen haben sich bereiterklärt, unsere Sachen an Genossen zum Organisationspreis abzugeben:

Spartakus, Hamburg
Politladen, Erlangen
Politische Buchhandlung Burkhard, Heidelberg
Das politische Buch, Berlin
Libresso, Frankfurt
Buchhandlung Disch-Caspers, Freiburg

VERLAG NEUE KRITIK 6 FRANKFURT A.M.1 W.-HAUFF-STR.5 TEL.77 86 70
POSTSCHECKKONTO FFM 150774 DRESDNER BANK FFM 282680

ab 22.5. neue Telefonnr. NK 74 86 70!

FRANKFURT: ZUM VORDIPLOM

Im Zusammenhang mit den Streiks gegen technokratische Hochschulreform, mit der Selbstorganisation des Studiums, den Versuchen kollektiver Verfügung über wissenschaftliche Hilfsmittel und Wissenschaftsinhalte im letzten Semester, ist zum ersten Mal die zentrale Notwendigkeit der faktischen und radikalen Veränderung oder Abschaffung von akademischen Prüfungen praktisch geworden. Warum?

Bis zum WS und noch im WS selbst hatten die traditionellen Kampf- und Organisationsformen, die die Studentenbewegung bis dahin hervorgebracht hatte, mobilisierende und aufklärende Kraft, insoweit sie gerichtet waren auf liberales, radikal-demokratisches und antiautoritäres Bewußtsein der studentischen Massen. Dises Bewußtsein konnte durch das Umfunktionieren und Sprengen zum Beispiel veralteter Lehrveranstaltungen auf die reaktionäre autoritär-feudale Ordinarienherrschaft über Forschung und Lehre gerichtet und zum Kampf gegen Ordinarienwillkür mobilisiert werden. Außerhalb der Uni richtete sich dieses Bewußtsein als moralischer Protest gegen den Krieg in Vietnam und die Notstandsgesetze. Die Vorlesungssprengungen hatten mehr kurzfristige und relativ eng definierte Mobilisierungsziele und Inhalte.

In dem Maße, wie die Veränderung der Universität durch technokratische Bedürfnisse des autoritären Staates und der spätkapitalistischen Wirtschaft ins Bewußtsein der Revoltierenden drang, sich konkret äußerte in Reglementierung des Studiengangs, in Relegationen für politisch engagierte Individuen, im zentralen Ordnungsrecht, dem Entziehen staatlicher Mittel für politische Studentenverbände, in dem Maße veränderte sich auch das Bewußtsein der an der Revolte Beteiligten.

Angesichts der - was die totale Zerschlagung des organisierten Kerns der Revolte anbetrifft - Interessenidentität von Staat, Wirtschaft und Uni-Bürokratie war es klar, daß es nicht mehr genügte, punktuell und zu Einzelzielen kurzfristig liberale und antiautoritäre Studenten zu mobilisieren, ohne sie langfristig an ihrem Arbeitsplatz Universität zu organisieren. Um den Preis ihres Überlebens mußte die Revolte den Versuch unternehmen, in einem langfristigen Streik die Organisationsform Basisgruppen so zu institutionalisieren, daß sie in kurzer Zeit eine organisatorische und inhaltliche reale Macht darstellte, über die keine reaktionäre Bürokratie, kein Ordinarius so ohne weiteres sollte hinwegsehen können. Negativ-Katalog, Forderungen nach einem autonomen Bereich und Versuche zur herrschaftsfreien Kommunikation waren bei den Soziologen einige der politischen und inhaltlichen Mittel, mit denen das erreicht werden sollte. Erst im Verlauf des Streiks selber wurden die zentralen und objektiven Schwierigkeiten dieses langfristigen Stabilisierungsversuchs der Studentenrevolte klar: wobei die allgemeinste wohl alle anderen enthält: die Spannung zwischen Notwendigkeit, kurzfristig den drohenden Repressionen begegnen oder zuvorkommen zu müssen, aber genau zu wissen, daß dauernde Abwehr dieser Repressionen nur durch die Institutionalisierung langfristiger Bewußtseinsveränderung möglich ist.

In diesem Zusammenhang gewannen die Prüfungen zentrale Bedeutung, insofern sie die schon Mobilisierten zwangen, sich von der aktiven Beteiligung am Streik zurückzuziehen, um sich schozophren einer sinnlosen, arbeitsteiligen Wissensakkumulation zu widmen, die sie permanent in Gegensatz zu allen Erfahrungen der Selbstorganisation bringen mußte: Zerstörung der Solidarität durch individuelle Konkurrenz um bessere Noten, Zerstörung herrschaftsfreier Kommunikation, Unterwerfung unter professorale Willkür.

An dieser Stelle ist es notwendig, etwas näher auf die veränderte Funktion der Prüfungen oder, besser, auf ihren Lückenloseren Repressions- und Se-

lektionsmechanismus innerhalb einer technokratisch funktionalisierenden Universität, die allen Bedürfnissen des autoritären Staates genügt, einzugehen, im Gegensatz zu ihrer Funktion innerhalb einer halb-feudalen, im Selbstverständnis autonomen Ordinarienuniversität.

Im Selbstverständnis der kritischen Stdenten hatten prüfungen primär einen disziplinierenden repressiven Charakter für die ihnen unterworfenen Individuen. Die Kritik richtete sich demgemäß gegen sie alsgegen Situationen, die Arbeitshemmungen, Selbstmordquoten, Hörigkeitsverhältnisse und Unterwürfigkeiten produzieren: kurz, die demoralisierenden Effekt für ein identisches kreatives Individuum haben.

Zusätzlich zu diesen individuellen Unterdrückungsmechanismen hat die Analyse der technokratischen Hochschulreform den Klassencharakter solcher Prüfungen mehr und mehr deutlich gemacht: nach den Gesamthochschulplänen erfüllen Prüfungen im Gesamtbildungssystem Schule, Fachschule, Universität präzise Selektionsfunktionen, sie selektieren auf jeder Stufe diejenigen, die für die höhere Laufbahn, für den statushöheren Abschluß nicht geeignet sind, überlassen jedoch den so Herausgefilterten einen formalen Abschluß: d.h. auf jeder Stufe wird jeder seiner Funktion im Produktionsprozeß gemäß ausgebildet werden können: Konflikte zwischen akademischem Lumpenproletariat und ordentlichen Akademikern sollen vermieden werden.

Diese Perspektive technokratisch funktionalisierter Prüfungssysteme hat Konsequenzen, solange ihr Perfektionsgrad noch nicht erreicht ist: bei der Soziologie - besonders der kritischen Soziologie Frankfurter Prägung - lassen sie sich am besten zeigen.

Berufschancen

Die Diskussionen, die seit mindestens zwei Jahren mit den Professoren um die Veränderung der Prüfungen für Soziologen geführt wurden, haben eines deutlich gezeigt: die lächerliche Diskrepanz zwischen den Möglichkeiten, die ein Studium der "kritischen Soziologie" vorgaukelt, und den tatsächlichen Berufswirklichkeiten, die solche Diplomierten erwarten, wollen sie nicht auf Jahre arbeitslos werden. Schon seit einigen Soziologendiplomgenerationen ist die Hoffnung auf Assistentenstellen gleich Null: die Möglichkeit, ein Schattendasein in den Manipulationsanstalten Rundfunk, Fernsehen und Zeitungen zu führen, mag denjenigen anziehen, der glaubt, die "Kultur- und Manipulationsindustrie" bedürfe seiner "kritischen Qualitäten". Die Soziologen sind diejenigen, die als "akademisches Proletariat" am klarsten sich der politischen Entscheidung angesichts ihrer Berufswahl endlich bewußt werden müssen: sie können gegen besseres politisches Wissen, den Herrschenden Handlanger- und Manipulationsdienste leisten (wofür es Beispiele bei Hoechst oder in der IG Metall gibt), sie können als Top-Verbemanager bei der innerhalb der spätkapitalistischen Wirtschaft zunehmend notwendig werdenden Vernichtung gesellschaftlich produzierten Reichtums Dienste leisten oder sie können im Stabilisierungs- und Organisationsinteresse der Bewegung daran gehen, Möglichkeiten zu erarbeiten, wie dieses Vordiplom in Zukunft als repressives und einziges Mittel der Existenz- und Aufstiegschancenerhaltung aus dem Bewußtsein aller verschwindet: erst, wenn das geschehen ist, kann das Vordiplom als eine akademische Formalie, die man unter minimalsten kollektiven Arbeitsanstrengungen gemeinsam bewältigt, aufgefaßt werden.

Nach den Erafhrungen des Streiksemesters gibt es gegenwärtig wenig Chancen, das Vordiplom durch Druck auf Ordinarien und Bürokratie institutionell auf die Dauer abzuschaffen: deshalb wird die Liquidierung seiner Funktion - nämlich als Mittel zur Zerschlagung unserer Arbeitsmöglichkeiten an der Universität - abhängen vom klaren Bewußtsein derjenigen Kollektive, die es von Fall zu Fall überflüssig machen.

[illegible]

Es ist kurzsichtig zu meinen, bei Prüfungssprengungen habe man sich ad hoc zwischen den Alternativer "bürgerlicher Intellektueller" und "Berufsrevolutionär" zu entscheiden; diese Alternative käme all denen gelegen, die in reaktionärer Weise verhandeln, als seien wir eine Partei, die kein "realpolitisches" Programm vorzuweisen hat. Diese Alternative erweckt den Schein, daß 1. politische Arbeit nur von einer Gruppe definiert wird, die über eine längerfristige Strategie verfügt und diese Anderen vorschreiben will und 2., daß dies legitime Existenzsicherungsbedürfnisse linker politisch arbeitender Studenten negiert.

Hier ist zunächst eine Differenzierung anzubringen: Sicherheitsbedürfnisse, die sich auf den geregelten ungestörten Studiengang selbst und auf sich daran anschließende Berufe - z.B. als Betriebssoziologe bei Oetker, in der Ministerialbürokratie oder bei Springer etc. - richten, sind politisch illegitim. Insofern muß von den Linken verlangt werden können, daß sie aus den Fehlern der Gewerkschaftspolitik lernen: bürokratisch gesicherte Arbeitsplätze nicht durch eine revolutionäre Politik zu gefährden. Das Verlangen nach Existenzsicherungen, um politisch arbeiten zu können, ist dagegen legitim. Ihm soll gerade bei der Sprengung des Vordiploms Rechnung getragen werden: 1. wird den Vordiplomanden (durch Sprengung von außen) die Möglichkeit gegeben, die Umfunktionierung der Prüfungen ohne sie selbst gefährdende Repression zu vollziehen; 2. erst das strategische Konzept, die Zweigleisigkeit von politischer Arbeit und Studium aufzuheben, schafft Möglichkeiten, daß sich Soziologen mit dem Problem "als Studium" beschäftigen können, an welchen Stellen und Institutionen und unter welchen Bedingungen sie revolutionär in ihrem Beruf tätig sein können.

Will man die Durchsetzungschancen einer solchen Gesamtprüfuhgskampagne abschätzen, hat man zunächst so klar wie möglich die Taktik der Ordinariensippschaft zu erkennen: sie hat deshalb solche Teilerfolge erzielen können, weil sich an diesen Typen alle Existenzängste und vorpolitischen Karrierehoffnungen konkret festmachen: sie stellen zusammen mit den ewigen Mauschlern und den ewig schwankenden liberalen Studenten ein "anarchistisches Kleinbürgertum" dar, das sich allemal - wie im WS - für rohe Gewaltlösungen in schöner Eintracht mit der staatlichen Polizeigewalt entscheiden wird.

(März 69)

der BV hat ab 20. Mai, 18 h eine Telefonnr.

→ 74 01 09 !

FRANKFURT: DOKUMENTATION ZUM VORDIPLOM IM WINTERSEMESTER 68/69

I. Ansätze zu einer Selbstorganisation der Soziologen

Während des Streiks im Wintersemester 68/69 arbeitete eine Vordiplomandengruppe an der Erweiterung des Soziologenpapers vom WS 67/68. Der Arbeitskreis stellte folgende Forderungen auf:

Abschaffung der Klausuren, Anfertigung kollektiver Arbeitspapiere. Eine von ihm intendierte Diskussion mit Prof. Friedeburg über eine institutionelle Absicherung dieser Forderungen wurde aber von dem professoralen Polizeieinsatz vereitelt. Dies machte vorläufig unsere Selbstorganisation zunichte.

Unsere damaligen Vorstellungen zu einer Neuorganisation des Studiums sind inzwischen in das nun vorliegende Assistentenpaper eingegangen.

II. Prüfungstermine des Vordiploms im Wintersemester 68/69

Eine Gruppe der Studentenbewegung plante, den aktiven Streik des letzten Semesters fortzusetzen und die angesetzten Klausuren zu sprengen. Diese Gruppe trug zur Selbstorganisation der Vordiplomanden bei, die jetzt bereit waren, bestehende Alternativkonzeptionen durchzusetzen und eine Mehrheit für eine Verweigerung des Vordiploms in der herkömmlichen Weise zu finden. Während des Streiks wäre der Verzicht der Ordinarien auf ihre Privilegien die Voraussetzung dafür gewesen, inhaltlich und organisatorisch das Studium verändern zu können. Wir haben nun mit der Verweigerung der bisherigen Vordiplomsprüfungen ein Faktum geschaffen, das eine Diskussion der inhaltlichen Veränderung von Prüfungen erzwingt.

Die nur formale Änderung der Vordiplomsprüfung hat zwei Gründe:

1. Wir konnten die Vorbereitung auf die Klausuren nicht mehr durch Arbeitspapiere, die unseren Vorstellungen von sinnvoller wissenschaftlicher Arbeit entsprochen hätten, ersetzen.

2. Die Strategie für dieses Vordiplom sollte es den Ordinarien unmöglich machen, sich weiterhin auf den institutionellen Rahmen zurückzuziehen. Die Erfahrungen der Studentenbewegung haben hinreichend gezeigt, daß der institutionelle Rahmen prinzipiell veränderbar ist (Otto-Suhr-Institut, Marburger Soziologie, Frankfurter Politologie).

Der Druck der Studenten des Empirie-Praktikums im WS 68/69 bewirkte die Abschaffung der laut Prüfungsordnung vorgeschriebenen Abschlußklausur.

III. Durchführung der Vordiplomsaktion

Unmittelbar vor der Statistik-Klausur am 27.3.69 diskutierten Vordiplomanden und Assistenten über Inhalte und Verfahrensweisen herkömmlicher Vordiplomsprüfungen. Wir waren uns darin einig, individuelle Prüfungsverfahren abzulehnen, die lediglich abfragbares Wissen und psychische Stabilität testen, aber die Selbstkontrolle eigener wissenschaftlicher Arbeit unmöglich machen. Unser Vorschlag, die Statistik-Klausur in Kollektiven zu schreiben, wurde von 41 Vordiplomanden bei 2 Gegenstimmen und 2 Enthaltungen angenommen. Wir setzten uns in kleinen Gruppen zusammen, diskutierten und lösten die Prüfungsfragen gemeinsam, gaben jedoch einzeln die Arbeiten ab. Nach der Klausur stellte sich heraus, daß die Assistenten es noch 3 weiteren Kommilitonen möglich gemacht hatten, nach der 'alten' Prüfungsordnung zu schreiben. Deshalb beschlossen wir für die VWL-Klausur, uns in Arbeitsgruppen aufzuteilen und nur je Gruppe ein Papier abzugeben, zumal eine solche Arbeitsweise unsere Intentionen noch eindeutiger darstellen würde.

IV Reaktion der Professoren

Da 2 Wochen nach der Prüfung noch immer keine Stellungnahme der Professoren vorlag, entschloß sich die Vollversammlung der Vordiplomanden, die

Professoren Adorno, Blind, Friedeburg, Habermas, Häuser und Sauermann am Vormittag vor der Sitzung des Prüfungsausschusses zu einer Stellungnahme zu zwingen. Es erschienen nur Adorno und Friedeburg, die klar formulierten, daß eine solche kollektive Schreibweise im Rahmen der bestehenden Prüfungsordnung auf keinen Fall zu legitimieren sei. Adorno, der "abgebrühte Dialektiker", seinem zitierten Selbstverständnis nach "Gewerkschaftsführer der Studenten", sah sich außerstande, unsere kollektive Arbeit zu unterstützen, da individueller Leistungsnachweis nicht möglich. Friedeburg, der von der historischen Situation abstrahierte, stellte unsere Handlungsweise dar als "einseitigen Akt". Direkt befragt, ob er unsere Interessen im Prüfungsausschuß zu vertreten bereit sei, antwortete mit einem klaren Nein. Überraschend bezeichnete er unsere Vorschläge als gegenstandslos, weil längst beschlossen sei, die Soziologie als Hauptfach abzuschaffen; gedacht sei an Soziologie als Nebenfach u.a.m.

Anschließend erklärte der Vorsitzende des Prüfungsausschusses Prof. Rauter einer Delegation aus 3 Studenten und 3 Assistenten, der Ausschuß sei nach Abklärung der Sachlage nicht befugt, die endgültige Entscheidung zu treffen. Man müsse erst ein Rechtsgutachten einholen. Ein Termin dafür wurde nicht genannt. Die sich hieraus ergebenden Maßnahmen müssen auf der Vollversammlung diskutiert werden!

Merke: WIR WÜNSCHEN DEN FRIEDEN. WENN ABER DIE ORDINARIEN DARAUF BESTEHEN, KRIEG ZU FÜHREN, DANN BLEIBT UNS KEINE ANDERE WAHL, ALS FEST ENTSCHLOSSEN DEN KRIEG AUSZUFECHTEN, UM DANN MIT DEM STUDIUM FORTZUFAHREN!

(24. 4.)

FRANKFURT: TAHERI-AUSWEISUNG

KAMPF GEGEN DIE NOTSTANDSGESETZE DER UNIVERSITÄTEN

I.

Der Fall Taheri ist in zweifacher Hinsicht kein bloßer Anlaß. 1. Politische Lebensschicksale auf eine administrative Formsache zu reduzieren, ist die zynische Reaktion derjenigen, die sich Politik überhaupt nur als einen von den praktischen Lebensverhältnissen abgelösten Bereich institutionell arrangierter Macht vorstellen können: das gilt für den Ordnungshüter Rüegg ebenso wie für den kabinettspolitischen Anstandsbewahrer ADS. Am Fall Taheri beweist sich der einfachste politisch-moralische Sinn für Unrecht und Unterdrückung, wie sie sich in der persischen Feudal-Diktatur und in ihren Hilfsorganen der deutschen Ausländerpolizei und des frankfurter Rektorats zeigen. 2. Die beharrliche Verweigerung der Immatrikulation Taheris ist eine explizit politische Entscheidung. Die Studentenbewegung soll in eine offene polizeiliche und adminsitrative Machtkonfrontation gezwungen werden, in der sie quasi als kriminell "verarbeitet" werden kann. Das ist die faktische Vorwegnahme des ordnungsgesetzlichen Ausnahmezustandes und gleichzeitig die militärtaktische Notstands"übung" der Polizei. Die äußerste kriminelle Brutalität, mit der die Polizei gestern wieder völlig willkürlich einzelne Kommilitonen zusammenschlug und Hunderte von Metern weit hetzte, muß endlich die falschen liberalen Illusionen zerstören. Was hier in Frankfurt gegenwärtig geschieht, ist nicht mehr ein Exerzierplatz für eine spätere Niederschlagung praktisch demokratischen Widerstands, sondern wir erleben eine sehr eindringliche Phase des Notstandsstaates selbst. Jede praktisch folgenreiche Organisierung des Widerstands soll jetzt im Keim erstickt werden. Die Instrumente dazu sind Relegationen, Ordnungsrecht und entpolitisierte Wissenschaftsfabriken durch die technokratischen Hochschulgesetze: es sind die Notstandsgesetze der Universitäten.

Reformen und Gewalt

Von Kiesinger, Rüegg und ihren studentischen Mini-Bürokraten (denn mehr sind die 'gemäßigten' Studentengruppen nicht) wird mit der verbalen Forderung nach umfassenden Reformen nur intendiert, daß sich am Prinzip staatlicher Macht der hochorganisierten Klassengesellschaft nichts ändert. Nachdem die Studentenbewegung das Stadium ohnmächtigen Protests überwunden hat, haben alle Reformer, die in den Detailproblemen sämtliche Grundsatzfragen systematisch eliminieren, eine entscheidende Aufgabe, die ohnehin entpolitisierten Alltagsinstitutionen endgültig von Politik in einem praktischen Sinn zu reinigen. Deshalb muß der Kampf gegen die Notstandsuniversität auch ein Kampf gegen diejenigen sein, die unter dem Vorwand sachlicher Reformanliegen ausschließlich praktische Politik verhindern wollen. Es ist auch falsch, die Gewaltsituation mit Kategorien des Anstands und des Wohlverhaltens zu beantworten. Der organisierten Macht ist nicht mit ängstlichem Lamento zu begegnen, sondern mit exemplarischen militanten Aktionen, deren Sinn im Zusammenhang der jeweils aktuellen Situation unmittelbar einsichtig ist. Ein abstrakter Verzicht auf Gewalt kann nur bedeuten, daß bestehende Gewalt und Macht faktisch unterstützt wird.

BULLEN RAUS!! RÜEGG RAUS!

II

Der Kampf gegen die Notstands-Universität ist ein Kampf für eine selbstorganisierte Wissenschaft und praktische Politik.

Der Kampf gegen die Universitäts-NS-Gesetze ist nicht neu. Er ist die Verlängerung des Kampfes gegen die NS-Gesetze im Sommer 68. Damals war unser Protest fixiert an jenem Bereich von Politik, der in unserer Gesellschaft als das Geschäft von Berufspolitikern begriffen und akzeptiert wird. Ebenso mystisch und abstrakt wie diese Politik war auch unser Protest. Er ließ sich den Bereich von Praxis vorschreiben, auf den sich unser Protest beziehen sollte. Bei der Rückvermittlung des Protests in die Universität haben wir abstrakt Theorien an unsere Arbeit herangetragen, konnten sie aber nicht in verbindliche, politisch-wissenschaftliche Praxis umsetzen. Das lag nicht daran, daß sich aus der Kritik der NS-Gesetze selbst keine Praxis ergeben hätte, vielmehr daran, daß uns selbst die praktisch-organisatorischen Grundlagen noch fehlten, einen solchen Kampf in verändernde Praxis umzusetzen. Das haben wir erst im aktiven Streik des Wintersemesters gelernt.

Die Adminsitration, deren Gummiknüppel die Relegation ist, trägt durch ihre Arbeit objektiv zur Zerschlagung des Bereichs bei, in dem politische Arbeit überhaupt nur sinnvoll ist: am eigenen Arbeitsplatz. Das Abwürgen von politischem Protest wird zynisch beleuchtet durch objektive und wertfreie Wissenschaft, die gerade nur dann ihre Giftblumen produzieren kann, wenn sie sich sicher verlassen kann auf die Gummiknüppel der Polizei und den Relegationsapparat der Administration. Die abstrakte Forderung, diesen Zusammenhang zu zerschlagen, muß in organisierte Arbeit umgesetzt werden, die folgenden Kriterien genügt: Forschung und Wissenschaft müssen sich als Wege der politischen Emanzipation begreifen und müssen betrieben werden als politischer Kampf. Eine Wissenschaft, die die Polizei zur Prämisse hat und ihre Gegner zu Kriminellen stempelt, leistet diese Emanzipation nicht. Weiter muß der politische Kampf zu einer neuen Definition der Kategorien wissenschaftlicher Theorie und politischer Praxis gelangen und in die Wissenschaft eindringen. Unter diesen Aspekten haben sich Projekt- und Basisgruppen gebildet, die außerhalb der Universität praktischen Widerstand zu organisieren versuchen.

- Stadtteil-Basisgruppen mit Lehrlingen und Jungarbeitern: die Revolution ist nicht das Geschäft von bürgerlichen Intellektuellen, sondern wesentlich der lohnabhängigen Massen. Die Erfahrungen des letzten Jahres haben gezeigt, daß die Artikulierung von ökonomischen Konflikten am Arbeitsplatz weitgehend einen Rückfall auf Gewerkschaftspolitik darstellt. Deshalb soll die Politisierung außerhalb des Arbeitsplatzes besonders

für junge Angestellte und Arbeiter ansetzen an Stellen der direkten Erfahrung von autoritären Herrschaftsstrukturen und sich dort praktisch konstituieren: durch Problematisierung der Zwangsinstitutionen wie Lehrlingsheime, Berufsschulen etc.

- Germanisten-Projektgruppen, Schülerrevolte: die Theorie der "befreiten Gebiete der Wissenschaft" in der Universität löst nicht die Frage nach den Möglichkeiten revolutionärer Funktionen in der Berufspraxis. Das ist keine Frage, die gesondert von der Aneignung der Wissenschaft selber diskutiert werden kann, sie muß ihre eigenen politischen Forderungen und Konsequenzen in die inhaltliche und formale Organisation der Wissenschaft mit einbringen.

- Technologieprojekt: Zentriert um ein theoretisches Projekt wird die praktische Organisationshilfe für die math.-nat. Fakultät und die Ingenieurschulen vorangetrieben.

MITTWOCH 17 UHR TEACH-IN UNIVERSITÄT. DANACH DEMONSTRATION MIT LEHRLINGEN VOM SCHWEIZERPLATZ ZUM GEWERKSCHAFTSHAUS. (30. 4.)

FRANKFURT: PROJEKTBEREICH TECHNOLOGIE

Warum ereiferte sich Prof. Köthe so, als am Dienstagmorgen ein Kommilitone die Forderung erhob, angesichts der Besetzung der Universitäts die Vorlesung, die, nebenbei bemerkt, sowieso schlecht gehalten wird, durch eine politische Diskussion abzulösen?
Hatte er Angst, daß dabei zur Sprache kommen würde, daß er den Kommilitonen Pfister bei der Universitätsjustiz denunziert hat? Daß wir von ihm Rechenschaft darüber verlangen könnten, daß er wie die Bullen den Herrschenden Handlangerdienste leistet: den Widerstand gegen die Notstandsgesetze der Universitäten (Relegationen, Ordnungsgesetze, technokratische Hochschulgesetze) und gegen den autoritären Staat zu liquidieren.
Als er sich anschickte, den Kommilitonen, der in "seiner"(!) Vorlesung eine politische und wissenschaftstheoretische Diskussion forderte, keifend hinauszuwerfen, als er noch einmal umkehrte, um sich den Zeigestock -Ausweis seiner Autorität- zu holen, da war er die sinnfälligste Allegorie der Notstandsuniversität, die sich politischen Denkens und Handeln nur noch mit dem Griff zum Polizeiknüppel erwehren kann.

Die Studenten setzen dagegen den Versuch, Wissenschaft und praktische Politik in Projektgruppen selbst zu organisieren. Wissenschaft, auch die herrschende, ist nicht wertfrei, sondern ist in ihren Konstitutionsbedingungen und Verwertungszusammenhängen politisch definiert; diese politische Definition muß offengelegt werden und in die Organisation der Wissenschaft eingehen.

Deshalb werden wir am nächsten Montag in Hörsaal III anstelle der Köthe-Vorlesung eine Diskussion führen über die politischen Bedingungen insbesondere der Naturwissenschaften, Bedingungen, die uns in den letzten Tagen von der Polizei so augenfällig gemacht worden sind.

Diese Aktion richtet sich nicht gegen gegen die Person Köthes. Über ihn braucht man kein Wort mehr zu verlieren, genauso wenig wie über jenen Studenten, die ihn autoritär so heftig unterstützten, als er die Diskussion unterdrückte: sie sind Produckte einer Ausbildung,,die mit dem Mittel der Unterdrückung die Unterdrücker, die selbst wieder Unterdrückte sind,,hervorbringt, und unterder wir so lange noch zu leiden haben werden, wie wir es dulden, daß unser Studium an den Profitinteressen des organisierten Kapitals und an den Herrschaftsinteressan der hochentwickelten Klassengesellschaft orientiert wird anstatt an unseren eigenen Bedürfnissen und an der pracktischen Befreiung der Gesellschaft.

weiter S. 14

11

Betriebsdiskussion (Teil eines Artikels, der für die NK geschickt wurde)

Der Diskussion der Betriebsprojektgruppen legten die Heidelberger ein Papier "Zur Rekonstruktion der Arbeiterbewegung" vor, das, durch die Projektdiskussion in der AK aufgeweicht, in noch diffuserer Form [illegible] in die Plenumsdiskussion gelangte, da es vorgab, alle dort vorgetragenen Ansätze absorbiert zu haben. Der Ansatz der Heidelberger, daß nähmlich Arbeiteragitation in den Betrieben in Form von innerbetrieblichen Basisgruppen zu beginnen sei, wurde in der endgültigen Fassung des Papiers um weitere Ansätze (Stadtteilbasisgruppen, Lehrlings-und Jugendheime, BVG, Kinderheime etc.) mechanisch "bereichert". Da auf, unter dem Aspekt sozio-ökonomischer Gesellschaftsanalyse hergestellte Querverbindungen der einzelnen Ansätze und somit taktischer Hierarchisierung verzichtet wurde, degeneriert das Konzept zur Karikatur der totalen Strategie. Letztlich ging es in der Diskussionnicht, wie die Heidelberger den Frankfurtern und anderen unterstellten, um die Alternative: innerbetrieblicher- außerbetrieblicher Ansatz- geronnen zu der formel:Betriebsbasisgruppen-Stadtteilbasisgruppen. Es ging vielmehr darum deutlich zu machen daß es Hochstapelei ist, aus der äußerst schmalen Praxiserfahrung eine sich als geschlossen gebende Theorie und Strategie auszuwalzen. allzusehr wird die lange geübte Beschränkung auf Hochschularbeit in der analytischen Dürftigkeit des Konzepts durchsichtig. Im Rahmen eines neuen Heidelberger Selbstverständnisses als Großgruppe und linke Metropole scheint ein"abgerundetes" Konzept zur Betriebsstrategie eher die Funktion zu besitzen, die vorabgegangene Politik zu kompensieren. Solchen Gefahren der Verdrängung und Kompensierung bei Neuansätzen 'zur REkonstruktion der Arbeiterbewegung' ist ganz allgemein Rechnung zu tragen. Generell ist die Frage bedenkenswert, ob die Studentenbewgung ohne vorherige kurzfristige Konsolidierung in der Lage ist, die Rekonstruktion der Arbeiterbewegung in Angriff zu nehmen. Die beiden 'Fahsen' sind nicht ahistorisch voneinander abtrennbar. Und diese Frage beinhaltet nicht den Verzicht auf Expansion, weist aber dem Projekt Betriebsagitation einen zunächst experimentellen Stellenwert zu, in dessen Rahmen das schmerzlich vermißte Erfahrungsmaterial gewonnen werden könnte, ohne daß man sich gezwungen sehen brauchte, über irgendwelche Minikader endlich und endgültig die sozialistische Strategie zu stülpen. Die angesprochene Verdrängung wäre zu ersetzen durch eine Analyse der objektiven Bedürfnisse der bisherigen antiautoritären Bewegung in Westdeutschland und ihres Stellenwerts für die theoretisch projezierte sozialistische Bewegung. Die Heidelberger hingegen demonstrierten die Gefahr des großen Sprungs nach vorn. Was der Argumentation der Frankfurter und dem zur Gegenposition aufgeblähten Slogan von der 'Stadtteilbasisgruppe' zugrunde liegt, ist die Hereinnahme der Konsumsphäre, des Freizeitraums, der Trennung in Beruf und Privatleben, die Disparität der sozialen Schichten in die Überlegungen zur politischen Agitation außerhalb der Universität. Dadurch werden keinesfalls der Grundwiderspruch von Kapital und Arbeit und die objektiven Klassengegensätze negiert. Vermieden werden durch die Reflexion auf den veränderten Charakter der Entfremdung und somit der Agitierung lediglich Fabriksromantik und Arbeiterfetichismus die dem Standort des Intellektuellen entsprchende Heimkehr in den Schoß Abrahams. Zu leisten sind die konkreten Angaben über die entfremdete Situation des Arbeiters, vor allem des jungen, bzw. ihren Ort, die Entlarvung des lohnmäßigen Wohlstands durch den Druck des arbeitsfreien Konsumraums, etc. Schließlich geht es eher um Analysen und Strategien, die in der Lage wären, die weiterhin von der Grundlage des Existenzminimums argumentierende Wohlstandsideologie aufzubrechen als mir dir nichts im Zuge der Wahlkampfkampagne (die hier ihre außengesteuerte Rationalisierungerleidet) "das parlamentarische Bewußtsein der Arbeiter aufzubrechen".

Jochen Kelter

Zur Strategiediskussion

Obwohl sich die Nasisgruppe als Aktionsgruppe verstand, war es sehr schwierig den allgemeinen strategischen Rahmen dieser Aktioen zu sehen. Herrschte auf der einen Seite eine theorielose Praxis, die bestenfalls die Artikulation der Interessen der Medizinstudenten an ihrem eigenen Arbeitsplatz leisteten, so blieb die theoretische Arbeit zunächst losgelöst von unseren Aktionen, diente einzig im geringem Maße der Verbesserung unserer Agitationsfähigkeiten. Erst die Einsicht, daß unsere Art Medizin-Soziologie zu betreiben, darin bestehen müßte, z.B. die autoritären Strukturen in einem Krankenhaus zu verändern kann neue Möglichkeiten einer praxisbezogenen Arbeit schaffen.

Was ist sozialistisch in der Basisgruppe Medizin? Diese Frage stellten wir uns am Ende des Wintersemesters. Sie ist Ausdruck unserer Unzufriedenheit mit uns selbst. Die Analyse unserer Politik die wir in den Ferien ansatzweise durchführten zeigte uns daß nicht so sehr mangelnde agitatorische Fähigkeiten, ~~XXXXXXX~~ politische Fantasilosigkeit etc. unsere Frustration bedingte, als vielmehr unsere grundsätzlich falsche Einschätzung der Situation in der Medizin und die unreflektierte und unmodifizierte Übernahme des Basisgruppenmodells. Unseren Anspruch Teil der sozialistischen Bewegung und Teil der Reorganisation des SDS zu sein den wir auf unseren ersten Sitzungen formulierten und der die Qualität unserer politischen Arbeit bestimmen sollte, hatten wir nicht einlösen können. Auf die Phase der dezentralisierten Organisation an der Basis folgte bei uns nicht eine neue Kommunikation mit den anderen politischen Zentren inner- und außerhalb der Universität.

Die Situation in der Medizin

Die Medizinstudenten haben eine große emotionale Barriere gegen ihre eigene Politisierung. Herkunft und Persönlichkeitsstruktur verhindern politisches Engagement. Die überwiegende Mehrheit stammt aus Arztfamilien oder anderen großbürgerlichen Elternhäusern. Ihre Sozialisation verläuft relativ konfliktfrei. Die Medizin hat den niedrigsten Prozentsatz an Studentenneurosen. Ursache dafür ist wohl die Bereitschaft der Medizinstudenten zu Anpassung und Indendifikation. Die starke Reglementierung des Studiums ist für dieses Verhalten sowohl Stimulanz als auch Legitimation. Ein weiteres Hindernis für die Agitation in der Medizin ist die Tatsache, daß sich einzelne aktivierte Mediziner wohl an den zentralen Aktionen des SDS beteilifen aber offensichtlich nicht mehr in der Lage sind, sich am Arbeitsplatz selbsttätig politisch zu engagieren. Politik dient hier als Ausgleich für die Frustration des Studiums und nicht als Instrument diese Frustration zumindest ansatzweise zu überwinden.
Bewährte Agitationsmuster der Studentenbewegung wie Hochschulreform, Notstandsgesetze Vietnamkrieg lassen sich in der Medizin nicht einfach wiederholen, geschweige denn durch große Sprünge aufholen. Der Ansatz der Basisgruppen, die Agitation über Probleme am Arbeitsplatz, war am Anfang vielversprechend, denn nur über solche Dinge wie Prüfungen, Anwesenheitskontrollen und andere Professorenwillkür ließ sich überhaupt eineKommunikation mit anderen Studenten herstellen (noch im SS als wir über die Notstandsgesetze diskutieren wollten, wurden wir über eine Stunde lang niedergeschrien.) Das theoretische Postulat über eine Problematisierung des Studiums zu einer Politisierung der Medizinstudenten zu kommen, blieb reine Wunschvorstellung, angesichts der Tatsache, daß es zwar möglich war kollektiv eine Prüfung zu verweigern, aber nachgerade

unmöglich dies als eine politische Aktion vermitteln, d.h. dem Beteiligten klar zu machen, daß sie gegen Symtome irrationaler Herrschaft Widerstand geleistet haben. Wir hatten anzukämpfen gegen das falsche Bewußtsein vieler Medizinstudenten, denen es bei der Prüfungsverweigerung nicht darum ging, die Institution der Prüfung anzugreifen, sie in ihrem Doppelcharakter als Initiationsritus und Disziplinierungsmaßnahmen zu entlarven. Statt die Repression eines verschulten Studiums parziell aufheben. Verlangten sie nach einer reibungs- und lückenloseren Organisation. Langfristig allerdings ist dieser Ansatz ohne Nutzen, wir müssen ihn aufgeben, oder zumindest den Schwerpunkt unserer Aktivität verlagern; bei der sozio-psychologischen Struktur der Medizinstudenten sehen wir keine Möglichkeiten, auf diese Weise die Ebene der Gewerkschafterei zu verlassen. Auf dieser Ebene allerdings sind die Aktionen der Basisgruppe erfolgreich. Streikandrohung gegen feudalistische Ordinarien und Prüfungsverweigerungen verunsichern die Professoren, vermitteln den Studenten sowohl das Erlebnis eines Interessenkonflikts als auch im Erfolg das Gefühl ihrer eigenen Macht. Das in der Akton geweckte politische Bewußtsein muß durch immer neue Aktionen weiter entwickelt werden. Kleine Arbeitskollektive haben bisher in der Gynäkologie, Kinderklinik, Chirurgie Biochemie und in dem chemischen Praktikum des 2. Semesters Konflikte aktualisiert und die Interessen der Studenten artikuliert. Nach Diskussionen im Forum der Basisgruppe x wurden dann entsprechende großere Aktionen vorbereitet (Herstellen der Öffentlichkeit von Fakultäts- und Kommissionssitzungen, Teach-ins etc.) Die Selbsttätigkeit und Selbstorganisation am Arbeitsplatz garantiert zwar die Spontaneität der anti-autoritären Bewegung, aber noch nicht deren Kontinuität und Verbindlichkeit.

Um die emotionale Barriere und die festgefahrenen Rollenerwartungen der anderen Medizinstudenten zu durchbrechen, um die Schwäche unserer bisherigen Praxis, durch die Artikulation unserer Bedürfnisse nur eine Reduplikation der Wirklichkeit zu liefern ohne langfristige und tiefgreifende Veränderungen, zu überwinden und damit auch Perspektiven für unsere Berufsarbeit zu entwickeln, war es notwendig, neue Organisationsformen und Inhalte für unsere Praxis zu finden. Unsere Hauptschwierigkeit bisher war es, das bürgerliche Modell der Zersplitterung der Wissenschaften in unserer politischen Praxis zu überwinden; die Basisgruppe reproduzierte am Anfang nur die Isolation der Medizin. Sie überwand zwar den Fehler der Medizingenossen, die die Repression des Studiums individuell erlitten, nämlich ihre Basis, die Medizinstudenten nicht zu aktivieren, isolierte sich aber gleichzeitig von den anderen Aktionsgruppen. In folgenden konkreten Projekten sehen wir die Möglichkeit, unsere praktische und theoretische [illegible] Isolation zu überwinden: Rote Hilfe, Blaukreuz, Kindergärten, Gefangenenfürsorge, Aktion befreite Gebiete.

Perspektiven für die Hochschulagitation

Zwei Voraussetzungen müssen erst einmal erfüllt werden:

1. Die Medizin muss praktischer werden. Wir brauchen Unterricht und Erfahrung in Erster Hilfe, Notfalltherapie, Sicherheit im Umgamg mit Instrumenten und Medikamenten.
2. Die Medizin muss theoretischer werden. Es muss überhaupt erst eine Theorie der Medizin geschaffen werden und damit die Möglichkeit, Funktion und Handlungsbedingungen der Medizin in dieser Gesellschaft anzugeben. Wichtig für diese Analyse wird eben diese Theorielosigkeit der Medizin selber sein.

Weitertreiben der theoretischen Arbeit

Es kommt uns darauf an festzustellen welche Relevanz die Medizin für die Reproduktion des Kapitals hat genau zu bestimmen wo und wie durch die Medizin kapitalistische Herrschaft stabilisiert wird und herauszufinden wie sich Medizin als Instrument des Klassenkampfes organisieren lässt (Beispiel: sex-pol).
Vorarbeiten hierfür haben wir in unserem Arbeitskreis Medizinsoziologie geleistet.

Weitere medizinsoziologische Analysen und unsere eigenen Erfahrungen werden die Bedingungen dafür angeben wie wir unser Studium und unsere spätere Berufspraxis so organisieren können dass sie sich dem dem Interesse des Kapitals entziehen. Weiter versprechen wir uns davon Aufklärung über den Stellenwert einer revolutionären medizinischen Berufspraxis in der sozialistischen Bwegung.

KONGRESS ALLER MEDIZINISCHEN ARBEITER

vom 16 - 18 Mai in MAINZ

STRATEGIEDISKUSSION der BASISGRUPPEN

Anmeldung: Initiativgruppe Kritische Medizin (IKM)
65 Mainz
Adam-Karrillon-Str 58, Hofgebäude

(Schluß von Seite 10)

Nach den Ankündigungen Rüeggs ist damit zu rechnen, daß die Vorlesung am Montag unter Polizeischutz gehalten werden wird: dann wird es vielleicht auch de. letzten klar, was Wissenschaft mit Politik und Herrschaft zu tun hat, und wir werden dann wohl diskutieren müssen, wie wir die Bullen und ihren Hilfsbüttel aus dem Hörsaal werfen können.--

(2.5.)

FRANKFURT: JUSTIZKAMPAGNE

ERFOLG DER JUSTIZKAMPAGNE

Gericht: Carlo Schmid - Go in rechtmäßig !

U n s e r e J u s t i z k a m p a g n e zeitigt immer mehr Erfolge in der Abwehr der Kriminalisierung der studentischen Widerstandspraxis. Durch unsere organisierte Prozeßvorbereitung haben die Gerichte die Politisierung der Verfahren nicht mehr verhindern können. Mit dem Herannahen der Bundestagswahlen kann sich aber das Manipulations- und Herrschaftssystem der BRD nicht mehr darauf einlassen, öffentlich den Faschisierungsprozeß (Springer-Verfahren) über Nazi-Kiesinger (Beate Klarsfeld) und jetzt über den Notstandsprofessor Carlo Schmid zu diskutieren.
Nachdem wir zu dem Carlo-Schmid-Prozeß einen großen Justizkongreß angekündigt hatten, verfügte das Frankfurter Landgericht nun die Einstellung des Verfahrens mit in der Tat bemerkenswerten Begründungen:

> "Nach diesem Ermittlungsergebnis kann den Angeschuldigten ein Hausfriedensbruch gemäß § 123 StGB nicht zur Last gelegt werden. Sie sind weder widerrechtlich in den Hörsaal VI eingedrungen, noch haben sie ohne Befugnis entgegen der Aufforderung des Berechtigten darin verweilt. Bis auf zwei waren die Angeschuldigten zur Zeit des Vorfalles Studenten der Universität in Frankfurt am Main und als solche generell berechtigt, den Hörsaal VI auch während einer Vorlesung von Prof. Dr. Schmid zu betreten. Nur die Angeklagten Riechmann und Krahl waren aus irgendwelchen nicht geklärten Gründen aus der Liste der Studenten gestrichen worden. Aber auch ihnen kann die Berechtigung zum Betreten des Hörsaales nicht aberkannt werden, da auch viele andere Personen, die nicht eingeschriebene Studenten waren insbes. Vertreter der Presse und des Fernsehens mit Duldung des Rektors im Saal versammelt waren..."

Das bedeutet:

GO - INS SIND KEIN HAUSFRIEDENSBRUCH !

Rüegg diskriminierte damals des SDS mit dem Vorwurf der "Einübung faschistischer Terrormethoden".
Dazu führt das Gericht aus:

> "Das Vorgehen der Angeschuldigten, wie es sich aus dem Ergebnis ddsr Ermittlungen ergibt, sieht die Kammer jedoch nicht als rechtswidrig i.S. von § 24c StGB an. Nach der Rechtsprechung zu der angegebenen Bestimmung ist eine Tat rechtswidrig, wenn die Anwendung von Gewalt zu dem angestrebten Zweck als "verwerflich" anzusehen ist..... Das Verhalten der Angeschuldigten hatte offenbar letztlich zum Ziel, auf eine politische Entscheidung, die das gesamte Volk der Bundesrepublik betrifft, Einfluß zu nehmen. Die Angeschuldigten wollten, wie sich aus dem Flugblatt des SDS ergibt, in dem zu dem "Go-In" aufgerufen wurde, Prof. Dr. Schmid wegen seiner Haltung zu den Notstandsgesetzen "zur Rede stellen"; sie wollten mit ihm diskutieren, sie wollten ihre Meinung dazu darlegen, und für ihre ablehnende Haltung demonstrieren. Das Mitwirken an der allgemeinen politischen Willenbildung ist durch Art. 5 Abs. 1 GG verfassungsmäßig garantiert und hat dadurch Verfassungsrang. Dieses Grundrecht der Meinungsfreiheit erschöpft sich nicht darin, eine eigene Meinung haben zu dürfen, sondern umfaßt auch die Befugnis, diese Meinung frei von staatlichem Zwang kundtun zu können und die Bevölkerung über bestimmte politische Entscheidungen - deren Hintergründe und vermeintlichen Folgewirkungen - aufzuklären. Gerade diese aber halten die Angeschuldigten offenbar....

> Die Angeschuldigten... haben nicht irgendeine beliebeige Veranstaltung ausgesucht, sondern die Vorlesung eines Professors für politische

Wissenschaften, der selbst das politische Leben in der Bundesrepublik aktiv mitgestaltet und als Minister entsprechende Verantwortung trägt. Die Vorlesung hatte Politik zum Inhalt, so daß die Angeschuldigten auch bei den eingeschriebenen Hörern Interesse und Aufgeschlossenheit voraussetzen durften."

Rüegg hat den Faschismusvorwurf gegenüber dem SDS bis heute nicht zurückgenommen. Rüegg ist immer noch Rektor. Wir können diesen Rektor nur dadurch abschaffen, indem wir unser Studium selbst organisieren, indem wir die Ansätze, die wir im aktiven Streik des letzten Semesters gefunden haben, systematisch ausbauen.

R e l e g i e r t R ü e g g a u f d i e s e W e i s e

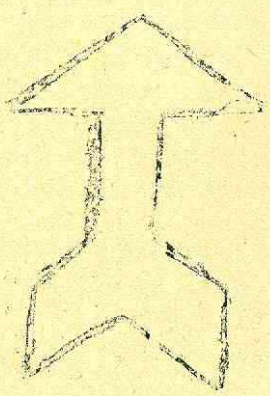
M a s s e n h a f t !

Die Stabilisierung unserer Selbstorganisation darf uns aber nicht den Blick dafür verstellen, daß wir sie nur im politischen Kampf erreichen können. Rüegg und die Universitätsbürokratie planen selbst nach diesem Gerichtsbeschluß noch die Durchführung von Disziplinarverfahren und Relegationen, mit denen sie die Studentenbewegung an der Universität, die die Basis gegen technokratische Hochschulreform und autoritären Staat ist, zerschlagen wollen.

W I R F O R D E R N D I E A B S C H A F F U N G D E R
D I S Z I P L I N A R V E R F A H R E N ; S O N S T W E R D E N
W I R S I E E R K Ä M P F E N !

(24.4.)

Der BV gibt dazu eine Broschüre mit Anklageschrift, Einstellungsbeschluss & Kommentar heraus!



17

- -

BERLIN: ZUR HOCHSCHULSTRATEGIE

- -

Bestellt massenhaft

(aus: Rote Presse Korrespondenz, 1 Berlin 30, Eislebenerstr. 14)

ROTE PRESSE KORRESPONDENZ

Die Professoren der Freien Universität tragen ein großes Geheimnis mit sich herum - das Geheimnis der Schließung der Universität in diesem Semester. Sie sind von diesem Geheimnis so sehr erfüllt, daß sie es nur schwer für sich behalten können. Gerüchte über eine Schließung der Phil. Fak. kursierten bereits am Ende des letzten Semesters, lanciert wurde diese Parole mit einer Mischung von steinernem Ernst und stolzer Genugtuung: Endlich wollten die Professoren, endlich wollten sie nicht mehr einzeln durchdrehen, sondern solidarisch zeigen, daß ihre Geduld am Ende ist. Der Wille zum entschlossenen Handeln gegen die linken Studenten scheint sich durchgesetzt zu haben, selbst um den Preis, daß damit auch ein entschlossenes Auftreten gegenüber dem Berliner Senat erforderlich wurde. Ein imponierendes Beispiel für diese Entschlossenheit gab der Jur. Fak.-Professor Heinitz mit seiner von keiner Senatsverlautbarung gedeckten Äußerung, drei Störungen des Lehrbetriebs würden genügen, um die Universität zu schließen. Der Spitzenbürokrat Hartwig rechnet mit zehn bis vierzehn Tagen bis zur Schließung. Mehrere Professoren ließen ihre bisherige Lehrtätigkeit in einem neuen Licht erscheinen, indem sie zu verstehen gaben, daß sie sich in diesem Semester gar nicht erst auf ihre Vorlesungen vorbereitet hätten.

Was von alledem bare Münze und was Zwecklüge zur Einschüchterung der Studenten ist, müssen wir prüfen, ohne die politische Diskussion in Spekulationen über die Taktik des Senats und der Professoren untergehn zu lassen. Wir haben keinen Grund, wie die Professoren gebannt auf den Tag X der Schließung zu starren. Analysiert werden müssen die Widersprüche der Konterrevolution, die sich in dieser Komplottpolitik ausdrücken; studiert werden m üssen die Erfahrungen des letzten Semesters und zu entwickeln sind aus diesen Analysen die Grundlinien unseres Kampfes in diesem Semester, dessen Härte vorweg durch die verschärfte Relegationssituation bestimmt ist, dessen Erfolg aber zugleich von der Klarheit abhängt, mit der wir uns über die langfristige Strategie des studentischen Kampfes innerhalb und außerhalb der Universität verständigen.

II. Zur Strategie der Konterrevolution und über die Widersprüche im feindlichen Lager

Der Senat hat in seiner Universitätspolitik drei Aufgaben zu lösen:

E r s t e n s : muß er im Interesse seiner eigenen langfristigen Perspektiven angesichts der politischen und wirtschaftlichen Misere Westberlins die von den Universitäten ausgehende Unruhe auszuschalten. An eine Sanierung ist nicht zu denken in einer Atmosphäre, in der die Unruhe weitere Teile der Angestellten und Arbeiter ergreift, in der das universitäre Beispiel unter der Schülerschaft und unter den Lehrlingen, ja sogar unter der Beamtenjugend Schule macht. Es ist untragbar, daß eine Situation weiter vorherrscht, in der ein jeder Streik zu einem solchen Politikum wird, daß Schütz in den entsprechenden Betrieb eilen , und zur Nachkur hohe Chargen aus der westlichen Welt wie Nixon und Wilson beordern muß, um sie vor der Arbeiterschaft auftreten zu lassen. Bei der prekären Situation Westberlins ist keine langfristige Politik denkbar, wenn die Massen, dem Beispiel der Studenten folgend, auf die Idee kommen, sich nicht länger zum bloßen Objekt politischer Konfliktregelung machen zu lassen. Also hat der Senat ein lebenswichtiges Interesse daran, die Universitäten zu befrieden.

Z w e i t e n s muß es dem Senat im Interesse der Disziplinierung der Volksmassen gelingen, seine seit Ostern 68 schwer angeschlagene Autorität wieder herzustellen. Er muß sich als d i e Ordnungspartei präsentieren

BV-TEL. ab 20.5., 18h 740109

können, nicht nur um die kommenden Wahlen zu überleben, sondern um einen proportional zu seinem eigenen Autoritätsschwund einsetzenden Desintegrationsprozeß der Gesellschaft aufzuhalten.
D r i t t e n s hat die Berliner SPD als Agent der Kapitalinteressen die Aufgabe, in der Modernisierung und Rationalisierung der Universitäten eine Avantgarderolle zu übernehmen. An der einstmals fortschrittlichsten Universität, au s der die Studentenrevolte hervorging, hat der Senat ein technokratisches Reformprogramm zu vollstrecken, das gleichzeitig als Vorbild dafür dienen kann, wie die längst dysfunktional gewordenen Hochschulen in der Bundesrepublik und Westberlin den veränderten Verwertungsbedingungen des Kapitals wieder optimal anzupassen sind. Für die Bundesparteitage der SPD arbeitete eine Hochschulkommission ein Plattfor aus, die sich interessanterweise mit den Reform-Schubladenplänen des Berliner Senats deckt. So leistet der Senat seinen Beitrag zum Bundestagswahlkampf der SPD, die sich der Wählerschaft und der Wirtschaft als Partei der Ordnung und der Reform präsentieren möchte. Ist das Hochschulgesetz erst einmal verabschiedet (10.6.), kann die SPD auf ihren Wahlreisen laut verkünden: "Da schaut her, wie die SPD an den Universitäten Ruhe schafft und sie dabei auch noch reformiert!"

Die Lösung dieser drei Aufgaben wird den Senat dazu zwingen, seine Strategie vom vergangenen Semester umzuwerfen. Der Senat kann es sich nicht leisten, die Universitäten im Zustand einer ständig schwelenden Rebellion zu belassen. War es im vergangenen Semester noch seine Politik, die Studentenrevolte sich totlaufen zu lassen, um seinen berühmten Differenzierungsprozeß voranzutreiben, so muß er für das folgende Semester unter dem doppelten Beschuß der Professoren und der Öffentlichkeit seine Taktik noch einmal überdenken. Statt sich totzulaufen präsentierten die Studenten dem Senat ihre Rechnung für seine Versuche, sie zu disziplinieren: Sie legten den Lehrbetrieb still. Der Januar war eine Blamage und vollständige Niederlage für den Senat. Seine ständigen Beteuerungen, daß der Universitätsbetrieb zu 90% reibungslos funktioniere, konnten trotz Massenaufgebots an Polizei, um diesen reibungslosen Betrieb zu garantieren, keinen Glauben beanspruchen. Der einem Heerlager gleichende Campus hatte nicht die erhoffte Wirkung: der Senat demonstrierte statt seiner Macht seine Ohnmacht. Hinzu kommt, das die Frontsoldaten des Senats in der Durchhalteschlacht um die Universitäten, die Professoren, offenbar nicht länger gewillt sind, diese Strategie des Senats mitzumachen. Die eigenmächtige Schließung der Jur. Fak. , die Erklärung der Phil. Fak., zu Beginn dieses Semesters den Lehrbetrieb bei der leisesten Störung zu schließen, die Schließung der Anatomie in diesem Semester, belehren den Senat, daß er seine Rechnung, die Studenten sich totlaufen zu lassen, ohne die Professoren gemacht hat, die die Studenten nicht auf ihrem Rücken sich totlaufen lassen wollen. Unter dem Beschuß der reaktionären und der radikalen Front wird sich der Senat gezwungen seh en, für das kommende Semester beide Fronten auszuschalten. Die Studenten haben jedoch ihre Politik nicht in erster Linie aus den Schritten der Konterrevolution, sondern aus ihren eigenen Zielsetzungen abzuleiten. Über die richtige Linie der Universitätspolitik wird man sich nur auf der Grundlage einer Analyse der vergangenen Praxis verständigen können.

III.

Im vergangenen Semester haben wir einen weiteren Schritt vom Protest zum Widerstand getan. Unser Protest entzündete sich zunächst an den Staatseingriffen in die Universität. Die Hausordnung und die Relegationen diagnostizierten wir richtig als ein Mittel, mit dem der Senat versuchte, sich auf disziplinarischem Wege einer unliebsamen Minderheit zu entledigen. Diesen Versuch beantworteten wir adäquat mit dem Streik als einer Sanktionsmaßnahme. Wir stellten klar, daß der Versuch des Senats, seine Macht über die Universität zu etablieren, auf Kosten ihrer Funktionsfähigkeit geht. Wir stellten klar, daß mit dieser Hausordnung auf dem Tisch

BV-TEL ab 20.5., 18h 740109

die Universität nicht funktionieren kann. Es war jedoch unmöglich, von den Säuberungsaktionen des Berliner Senats zu sprechen, ohne die technokratische Studienreform, deren krudester Teil die Hausordnung nur ist, zu thematisieren. Und die technokratische Studienreform ist beileibe keine Erfindung des bedrängten Berliner Senats, um mit einer unbequemen Minderheit fertig zu werden, sondern ein Instrument des Kapitalismus, um die allmählich unfunktional gewordenen Universitäten den veränderten Bedingungen des Kapitalverwertungsprozesses anzupassen. Im Laufe des Streiks änderte sich demgemäß unser Begründungszusammenhang. Der Streik des Wintersemesters war von den bewußtesten Teilen der Studentenschaft v von vorneherein nicht nur gegen die drohenden Relegationen gerichtet, sondern erklärte sich ausdrücklich auch als Mobilisierung und Organisierung gegen die technokratische Hochschulreform. Nicht um eine lokalpolitische Kraftprobe ging es in erster Linie, sondern um den ersten effektiven Versuch, dem Kapital ganz handgreiflich die Universitäten zu entziehen. Unser Ziel war es, das Kapital dadurch an einer empfindlichen Stelle zu treffen, daß wir den Modernisierungsprozeß sabotierten, dem das Kapital seine Universitäten zu unterwerfen gezwungen ist.

Im Zuge der Veränderung des Begründungszusammenhangs unterzogen wir unsere vergangene Praxis einer praktischen Kritik. Wir haben nämlich unsere Kritik an der technokratischen Studienreform verschärfen, zum Teil revidieren , vor allem aber konkretisieren müssen, Als wir begannen,die technokratische Studienreform zu kritisieren, hoben wir ihren rigiden Funktionalismus hervor, der über die Interessen der Individuen hinwegschreitet. Wir leiteten unsere Kritik am Kapitalismus in erster linie aus dieser Indifferenz gegenüber dem Entfaltungsdrang des Einzelnen ab. Wir werten den Anspruch des Kapitals auf die Uinversitäten ab und beanspruchten sie als einen Freiraum, in dem wir unter Abbau irrationaler Zwänge unsere Indivisualität entfalten könnten. Dabei abstrahierten wir von der konkreten historischen Situation, in der von uns nicht die Antizipation sozialistischer Emanzipation, sondern die disziplinierte Unterordnung aller Anstrengungen unter das Ziel, den Kapitalismus zu zertrümmern, gefordert war

Wir hatten zu erkennen, daß wo wir den etablierten Wissenschaftsbetrieb "kritische Wissenschaft" in "autonomen Sektoren" entgegensetzten, wir hinter unsere eigene Wissenschaftskritik zurückfielen. Wir wußten, daß die "reine Wissenschaft" eine ideologisch bürgerliche Fiktion ist. Also hatten wir einer schmutzig, mit den Interessen der Herrschenden verfilzten Wissenschaft eine ebenso schmutzig, mit den Interessen der Unterdrückten verfilzte Wissenschaft entgegenzusetzen; nicht die Neuauflage der expertokratisch-elitären Vorstellung von reiner Wissenschaft, diesmal als "kritische Wissenschaft". Wir erkannten, daß die Kritik der Wissenschaft da praktisch wird, wo die Wissenschaft ihre Praxis hat: in den Berufen und Institutionen, wo akademisch programmierte Menschen ihren Beitrag zur Aufrechterhaltung und Stabilisierung des Kapitalismus leisten. Im Maße also, in dem der Versuch, die Universitäten dem Kapital zu entziehen im Streik greifbare Formen annahm, zeichnete sich auch die Wendung von der Verweigerung der Universität zu ihrer Umfunktionierung für unsere Ziele ab. Gleichzeitig mit der materiellen Verweigerung der Universität entwickelten wir die ersten Ansätze, die Universität sozialistischen Zielen dienstbar zu machen. Das heißt, durch Einbeziehung außeruniversitärer Praxisbereiche sie funktional für den Klassenkampf zu machen. Und zwar in zweierlei Hinsicht: Einmal als Ausbildungsstätte revolutionärer Berufspraxis, zum anderen als Arbeitsplatz sozialistischer Basisgruppen.

IV. Zur revolutionären Berufsperspektive

Im vergangenen Semester wurde der künftige Beruf des Studentenrebellen thematisiert. Wir begannen die Universität mehr und mehr unter ihrem Aspekt als Berufsausbildungsstätte zu sehen. Die Universität unseren

Zielen dienstbar machen heißt, daß wir versuchen müssen, die Berufsausbildung in unsere Hand zu bekommen. Wir machten die ersten Schritte dazu, die Berufsausbildung in verschiedenen für den Klassenkampf strategischen Bereichen zu reorganisieren und damit zugleich die Bereiche unserer künftigen Praxis zu organisieren.
Wir folgten damit einem dringenden subjektiven Bedürfnis. Eine Studentenpolitik nämlich, die davon abstrahiert, daß die Studienzeit nur eine Durchgangsphase ist, wird nie eine Politik sein, an der sich die Masse der Studentenschaft beteiligen kann. Wenn die politische Arbeit während der Studienzeit nicht für den einzelnen Studenten eine individuelle Perspektive permanenter politischerr Arbeit eröffnet, dann wird sie zu einer linken Reproduktion der Zeit des Austobens, die die bürgerliche Gesellschaft ihrem Nachwuchs je gegönnt hat, um ihn dann umso besser einpassen zu können. Die Folgen des Mangels, bisher solche individuellen Perspektiven durchdacht zu haben, macht sich bereits bemerkbar: in Zynismus oder Verzweiflung. Immer mehr Studenten versinken resigniert ins bürgerliche Leben oder fürchten sich vor dem Studienabschluß, fürchten sich, den Raum zu verlassen, in dem sie politisch haben arbeiten können. Wenn der von den Universitäten ausgehende antikapitalistische Kampf also nicht durch Resignation stagnieren oder aus Verzweiflung falsche Wege gehen soll, muß der Verusch, die Produktivkraft Wissenschaft gegen die Herrschenden zu wenden, beschleunigt unter dem Aspekt der Erarbeitung individueller Perspektiven vorangetrieben werden.
Das heißt, daß wir im kommenden Semester die ausgegebenen Parolen "BEREITET IM STUDIUM REVOLUTIONÄRE BERUFSPRAXIS VOR" und "ERLERNT EUREN BERUF IM KLASSENKAMPF" konkretisieren müssen. Diese Arbeit allein heißt Organisieren. Alles andere ist abstraktes Geschwätz.
Nach den Erfahrungen des vergangenen Semssters und der Semesterferien muß bereits jetzt dem Revisionismus vorgebeugt werden. Revolutionäre Berufspraxis kann niemals heißen, mit einem solzialistischen Bewußtsein in einem etablierten Beruf zu überwintern; das ist auch dann keine Praxis, wenn man aus seinem Bewußtsein Diskussionen am Arbeitsplatz speist. Erst recht darf revolutionäre Berufspraxis nicht heißen, mittels der Kombination von Stellung und Bewußtsein irgendwelche Reformen zu erstreben. Es muß ganz deutlich gesagt werden: Alle Berufspraxis ist nur insoweit revolutionär als sie einen wie kleinen Beitrag auch immer zur Organisation und zum Sieg der Arbeiterklasse leistet. Diese stringente Definition der revolutionären Berufspraxis weist uns auf den Weg, auf dem wir die ersten organisatorischen Schritte tun müssen. Wir haben eine sorgfältige Analyse der strategisch wichtigen Berufe zu machen und eine Linie zu erarbeiten, wie in diesen Berufen ein Beitrag zur Zerschlagung des Kapitalismus geleistet werden kann (Bereiche, die sich der Erarbeitung einer solchen Linie notwendig verschliessen müssen, sollten wir nicht länger mit der Parole von der revolutionären Berufspraxis behelligen). In Seminaren, die wir selber durchzuführen haben, haben wir uns mit Genossen, die bereits in diesen Berufen stehen, über die konkreten Praxismöglichkeiten zu verständigen, Handlungsanweisungen für Aspiranten auf diesen Beruf zu erarbeiten und so die Kaderbildung auf diesem Sektor voranzutreiben.

Die G e r m a n i s t e n geben hierfür ein Beispiel:

Angesichts der Erfahrungen, wie schwierig die Arbeit des Lehrers ist, haben die Germanisten die Schlußfolgerung gezogen, daß es unverantwortlich ist, weiter mit der Parole von der revolutionären Berufspraxis hausieren zu gehen, ohne genauere Aussagen darüber machen zu könne, welchen Beitrag der Lehrer durch seinen Unterricht zur Zerschlagung des Kapitalismus leisten kann. Was er in der Klasse zu tun, und was er tunlichst zu lassen hat. Sie haben daher zunächst das Schlagwort von der Syndikalisierung ihres Berufes als Phrase erkannt und über Bord gefegt. Sie

beginnen jetzt, sich mit dem Problem der Kaderbildung zu beschäftigen. Zu diesem Zweck richtet die ad-hoc-Gruppe der Germanisten drei Hauptquartiere ein und fordert die ad-hoc-Gruppen jener Fachrichtungen, in denen Lehrer herangebildet werden, auf, in diesen Hauptquartieren mitzuarbeiten. Es sind dies:

1. Das Hauptquartier der Organisation der Lehrer sowie der Reorganisation der Lehrerausbildung.
2. Das Hauptquartier der Schülerarbeit.
3. Das Hauptquartier der revolutionären Jugendorganisation.

Vom ersten Hauptquartier sollen innerhalb des regulären Lehrbetriebes Schulungskurse eingerichtet werden, in denen Genossen, die bereits im Schuldienst stehen, mit solchen, die sich auf diesen vorbereiten, Modelle darübererarbeiten, was ein revolutionärer Unterricht leisten muß. Schüler werden an diesen Schulungskursen mitarbeiten. Die gemeinsam theoretisch aufgearbeiteten Erfahrungen sollen zu präzisen Empfehlungen und Anregungen gerinnen, die jenen zur Verfügung gestellt werden können, die mit der Parole von der revolutionären Berufspraxis im Herzen in den Schuldienst gehen möchten.
Das zweite Hauptqurtier versucht, die verschiedenen Initiativen mit Schülern zusammenzuarbeiten zu koordinieren. Aus den auftretenden Problemen und gemachten Erfahrungen werden Fragestellungen abgeleitet, die zum Gegenstand von Enqueten gemacht werden können, die im regulären Seminarbetrieb eingebradht werden. Dieses Hauptquartier versucht die organisatorischen Vorbedingungen dafür zu schaffen, den Lehrerberuf gemeinsam mit den rebellischen Schülern zu erlernen. Das dritte Hauptquartier basiert auf der Erkenntnis, daß der Forderung, den Beruf im Klassenkampf zu erlernen durch die Zusammenarbeit mit den rebellischen Schülern nicht genügt wird, da die Schülerrebellion im gegenwärtigen Stadium noch keinen Beitrag zum Klassenkampf leistet. Die Schülerrebellion kann naturwüchsig nicht die proletarische Linie einschlagen. Nur in der Zusammenarbeit der Schüler mit ihren Altersgenossen aus der Arbeiterklasse wird dies möglich sein. Aufgabe dieses Hauptquartiers ist es zu erkunden, wo sich Ansätze einer solchen revolutionären Jugendorganisation bilden, und was künftige Lehrer in diesen Organisationen tun können, um sich selber zu schulen. Vorschläge sind zu erarbeiten und Phantasie ist zu entwickeln: die Möglichkeiten mit Jugendlichen gemeinsame Feriencamps durchzuführen, in denen Politisierungsprozesse eingeleitet, die Solidarität unter den Jugendlichen der verschiedenen Klassen gefestigt und konkrete Kampfmaßnahmen vorbereitet werden, sind zu erkunden.
Aus den Erfordernissen der kombinierten drei Hauptquartiere leitet sich das neue Ausbildungsprogramm für künftige revolutionäre Lehrer her. Dieses Programm sind sie wild entschlossen an die Stelle des traditionellen Lehrbetriebs zu setzen. Das heißt, sie werden durch entschlossenes Vorgehen sich die Freiräume erobern, in denen sie Lehre und Forschung gemäß ihren strategischen Bedürfnissen selbst gestalten. Selbstverständlich werden sie sich das Recht auf Scheinvergabe für diese Arbeit erzwingen

V. Zur Universität als Arbeitsplatz sozialistischer Betriebsbasispraxis

Unter dem zweiten Aspekt, der Universität als Arbeitsplatz sozialistischer Betriebsbasispraxis, soll am Beispiel der S o z i o l o g e n aufgezeigt werden, inwieweit das Nebeneinander von Hochschul- und Basisgruppenbereich aufhebbar ist; in seiner Funktion der Bereitstellung von Wissen für die Unterdrückten sich aber beschränkt auf eine Revolutionierung der Studienpraxis und das Moment der Arbeitsmöglichkeit nach dem Studium, das Moment der materiellen Reproduktion noch nicht löst.
In der Entwicklung eines soziologischen Seminars zu Fragen des Gesellschaftsbildes von Arbeitern, das aus der Frustration über einen praxisfernen Seminarmarxismus die Konsequenzen zog und über Gruppendiskussionen mit Arbeitern zu Fragestellungen der Agitation von Arbeitern kam, die folgerichtig in die Gründung einer Basisgruppe einmündeten,

stellte sich der Zusammenhang zwischen Universitäts- und Basisgruppenbereich her.
Auf der einen Seite folgte aus dem theoretischen Ansatz der Institutsarbeit eine langfristigere nicht nur konfliktbezogene Perspektive der Betriebsbasisarbeit, auf de r anderen Seite wurde die sich aus der praktischen Arbeit sich ergenbende Notwendigkeit der Zusammenarbeit mit anderen Gruppen in und außerhalb der Universität und das Problem der Geld- und Raumbeschaffung als institutioneller Konflikt in das soziologische Institut getragen.
So wurden die sich an der praktischen Arbeit konkretisierenden Bedürfnisse umgesetzt in Ansätze einer Sektionsbildung (Sektion Industrie- und Betriebssoziologie, Sektion Sozialisation, Sektion Medizinsoziologie), die organisiert und getragen von Studenten, auf eine totale Neustrukturierung des soziologischen Instituts, den Erfordernissen einer antikapitalistischen Strategie entsprechend, hinzielt.
Klar ist, daß dieser Ansatz, der durch die Losung SUBSUMPTION DER AD-HOC-GRUPPEN UNTER DIE SEKTIONSPOLITIK charakterisiert wird, nicht einheitlich und gleichzeitig wird stattfinden können. So werden die Ad-hoc-Gruppen als studentische Interessenvertretung zur Einführung und Agitation der Erstsemeste r zunächst bestehen bleiben müssen.
Das Prinzip dieses Ansatzes ist die Schaffung einer breiten horizontalen (andere Fachbereiche) und vertikalen (außeruniversitäre Bereiche) Kooperation und das Selbstverständnis der Sektionsgruppen als SOZIALISTISCHE KADER einen verbindlichen Diskussionszusammenhang herzustellen, der die Gewinnung einer sozialistischen Strategie erst ermöglicht.

VI. Über den auszuhaltenden Widerspruch (Handlungsanweisung für das Vorgehen im Semester)

All dies bedeutet, daß wir angestrengt theoretisch und organisatorisch arbeiten müssen, womit der Kraftaufwand, mit dem wir im Januar Barrikaden bauen mußten, sich schwerlich verträgt. Nun hieße es aber einen schweren Fehler machen, wollte man zu Gunsten der umfassenderen strategischen Zielsetzungen das ursprüngliche Ziel unseres Kampfes aus den Augen verlieren. Es ist reine Träumerei, von langfristigen antikapitalistischen Perspektiven an einer Universität zu reden, an der der Senat durch die einfachsten Disziplinierungsmaßnahmen seine Macht wieder hergestellt hat. Es wird uns langfristig nicht gelingen, ein strategisches Bein auf den Boden zu bekommen, bevor nicht die Relegationen und die Hausordnung vom Tisch gefegt sind. Kein Student wird es mehr wagen, in seinem Seminar auch nur eine immanente Wissenschaftskritik, oder eine Kritik an der Organisation des Seminars zu äußern, wenn er die Hausordnung im Nacken weiß (wir wissen, daß am Friedrich Meinecke-Institut Teilnehmer eines Seminars für die Äußerung von Kritik am Seminar von Hausordungsverfahren heimgesucht worden sind). Wir werden also weiter mit äußerster Schärfe den Kampf gegen die Relegationen fortzuführen haben; und das heißt genau das, was wir im Januar angekündigt haben: kein Professor, der sich als Denunziant betätigt hat, wird die Möglichkeit erhalten, an dieser Universität weiter zu lehren oder zu arbeiten; wir werden für die Relegierten Studienplätze erzwingen.
Wir werden die entsprechenden Professoren entweder materiell aussperren oder ihre Seminare dazu auswählen, sie in Freiräume zu verwandeln, in denen wir gemäß unseren strategischen Bedürfnissen arbeiten. So werden die künftigen Lehrer unter uns die Seminare von germanistischen, romanistischen und historischen Relegateuren besuchen und die entsprechenden Professoren unausgesetzt mit der Frage terrorisieren, welche Relevanz seine Lehrveranstaltung für die künftige Berufspraxis hat, welchen Beitrag sie leistet, den Seminarteilnehmer auf seinen künftigen Beruf vorzubereiten. Wir werden Diskussionen über den Charakter der Schulen, an die wir gehen müssen und über die Funktion des Unterrichts, den wir er-

teilen müssen, erzwingen. Wir werden über die Möglichkeiten, den reaktionären Schulen den Kampf anzusagen, diskutieren; über die Möglichkeiten, sie aus sozialisierenden Charakterfabriken für den Kapitalismus in Brückenköpfe gegen den Kapitalismus zu verwandeln.
Die Juristen werden auf einer Diskussion aber den kapitalistischen Charakter des Rechts bestehen. Sie werden Diskussionen über die Methoden des Strafvollzugs erzwingen. Ebenso werden die Mediziner auf der Diskussion über den zentralen Stellenwert der psychosomatischen Medizin bestehen.

Gemeinsam werden wir uns ostentativ mit den Relegierten in die Seminare setzen und zu Beginn des Semesters eine Klärung über den Status unserer Kommilitonen herbeiführen. Wir werden die Zusage, die Mitarbeit unserer Kommilitonen mit einem Schein zu honorieren ebenso zu Beginn des Semesters erzwingen. Seminare, in denen diese Zusage nicht gegeben wird, werden auf gar keinen Fall stattfinden.
Sollte der Senat sich daraufhin entschliessen, die Universität zu schliessen, um sie im Wintersemester mit strengem politischen numerus clausus wieder zu eröffnen, also das größte politische Relegationsverfahren aller Zeiten durchzuführen, werden wir dem Senat abermals klarzumachen haben, daß der Versuch, seine Macht über die Universität zu etablieren, auf Kosten ihrer Funktionsfähigkeit geht. Diesen Vorgang werden wir so oft wiederholen, bis er es begriffen hat und folgende drei Forderungen erfüllt:

1. Rücknahme der bereits ausgesprochenen Relegationen; Einstellung aller bisher eingeleiteten Verfahren.
2. Eine Hausordnung, die untauglich ist, Studenten zu disziplinieren.
3. Die Garantie, daß die Studenten in ihren Instituten die Möglichkeit erhalten, über Geldmittel und das Recht auf Scheinvergabe so verfügen zu können, daß sie Seminare in eigener Verantwortung veranstalten können.

Der Widerspruch zwischen unseren langfristigen strategischen Anforderungen und unseren unmittelbaren taktischen Anforderungen ist nicht aufzuheben, sondern muß ausgehalten werden!
Gleichzeitig müssen wir uns auf den Fall der Schließung vorbereiten. Die Ad-hoc-Gruppen müssen zum frühestmöglichen Zeitpunkt konuise Programme entwerfen, die durchgeführt werden können, auch dann, wenn uns der Campus und die Räume der FU nicht zur Verfügung stehen. Wir werden uns die Räume, die wir brauchen, in Berlins Schulen und Universitäten nehmen!

Hochschulstrategisches Redaktionskollektiv: AStA, Ad-hoc-Gruppen, SDS

BERLIN: Was will der Asta Nr. 4 April 1969

ORGANISATION UND SCHULUNG VON KADERN

Das Sommersemester beginnt unter der Flüsterparole, daß "beim geringsten Anlaß" die Universität geschlossen werde. Einerseits wird diese Drohung durch eine Reihe gezielter Indiskretionen bestätigt. Der Jur.Fak. Professor Heinitz verrät, drei Störungen des Lehrbetriebes würden genügen, um die Universität zu schließen. Der Spitzenbürokrat Hartwich gibt uns zehn bis vierzehn Tage. Zahlreiche Professoren haben ihre Lehrveranstaltungen abgesagt oder nicht vorbereitet. Andererseits läßt sich leicht ausrechnen, warum der politische Senat jetzt mit dem Mittel der Schließung hantiert. Die Bundestagswahlen stehen vor der Tür; die eilige Verabschiedung des Hochschulgesetzes (10.Juni) ist der Wahlkampfbeitrag der Westberliner SPD.

Der massive Widerstand der Studenten gegen dieses Hochschulgesetz würde d der Reformlüge den Boden entziehen. Streik, besetzte Institute, Polizei-

einsatz auf dem Campus, so rechnen Strategen der SPD, wären eine schlechte Wahlkampfkulisse. Kann also das Hochschulgesetz in eine mobilisierte Universität nicht eingeführt werden, so muß man sie vorübergehend stillegen. Wahrscheinlich erhofft man sich hiervon zugleich eine Isolierung der Linken und eine Zerstörung des Solidaritätszusammenhangs, zu derdie Relegationspolitik des Wintersemesters nicht geführt hat. Schließung als oft angedrohte Maßnahme des "harten Durchgreifens" trifft alle Studenten. Sie soll die Interessen der sogenannten Lernwilligen gegen die Krawallmacher ausspielen.

Hierzu braucht man Schuldige, und die wiederum muß der Betrieb liefern. Die soeben verhängte Relegation der AStA-Mitglieder Bellermann, Dane, Fischer, Kunz, Maikowski, Scheeichel, Schwiedrzik, Traulieb und die Einleitung von Strafverfahren sind in diesem Zusammenhang klar als Provokation zu sehen. Diesem hilflosen wahltaktischen Kalkül, auf das das gescheiterte Reformprogramm der SPD zusammengeschrumpft ist, entspricht auf Professorenseite das teils hämische, teils pathische Warten auf das Walten der Staatsautorität. Die Gegensätze zwischen dem Flügel der Anachronisten, die zu Lebzeiten vom Privatbesitz der Freiheit der Wissenschaft nicht lassen wollen, und dem Flügel der Reformer, die gedacht haben, daß sie die Universität nicht auf Stromlinie bringen können ohne die Studenten, finden keine politische Lösung mehr; sie werden durch die Schließung endlich liquidiert. Die Dekomposition der professoralen Politik zeigt sich noch an der Schwelle der Schließung: ein Professor schließt eilfertig drei Anatomische Institute, weil er unter dem Emblem von Hammer und Sichel nicht lesen kann. Eine einstweilige Verfügung durch die SV hebt die Schließung wieder auf und Prorektor Lieber kommentiert:"Der Spinner Clemens hat nichts begriffen."

Wir haben keinen Grund, uns die Hysterie des Staatsapparates und das gebannte Starren auf den Tag X zu eigen zu machen.
Welche politische Bedeutung hat die Schließung der Universität für uns? Stellt sie eine ernstzunehmende Gefährdung unserer Arbeit an der Organisierung der Praxisbereiche dar? Verändert sie die strukturellen Bedingungen unserer Arbeit? Wird die Zusammenarbeit von Studenten und Schülern gefährdet? Nein! Wird die Schließung uns hindern am Aufbau von sozialistischen Kadern?Ist sie ein geeignetes Mittel gegen die Justizkampagne? Nein! Die Konterrevolution hat keine Strategie, sondern nur noch Maßnahmen. Die Maßnahme der Schließung ist pompös und ungenau zugleich.

Die Schließung trifft nicht die politisch organisierten Studenten, sondern bedroht nur die unorganisierten Studenten.
Um die Studentenbewegung auszuschalten, müssen die Studenten abgeschafft werden. Um die Ordnung des Lehrbetriebs zu sichern, muß der Lehrbetrieb liquidiert werden. Der einzige strategische Ansatz, den der politische Senat hatte, nämlich durch Reformlizenzen und Hausordnung den Differenzierungsprozeß unter den Studenten einzuleiten, ist durch den aktiven Streik im vergangenen Wintersemester gescheitert. Die sogenannten reformwilligen Studenten waren für den politischen Senat nur innerhalb dieses taktischen Kalküls von Interesse.

Wir können aus der Analyse der politischen Konstellationen, die zur Maßnahme der Schließung führen, nichts für unsere Strategie im Sommersemester lernen. Die richtige Linie für die einzuschlagende Universitätspolitik kann sich nur aus der Analyse des aktiven Streiks selbst und der politischen Bewertung seiner Resultate ergeben.

Der aktive Streik stellte uns vor die Aufgabe, gegen die Relegationsverfahren einen langfristigen und anstrengenden Abwehrkampf zu organisieren. Wir haben gezeigt, daß wir kurzfristig mächtig genug sind, den Lehrbetrieb zu beenden und die Universität als Ausbildungsstätte angepaßter Intelligenz funktionsunfähig zu machen. Damit haben wir die

Hoffnung des politischen Senats demonstrativ zerschlagen, die Relegation einzelner Genossen könne ein taugliches Mittel sein, die Studenten einzuschüchtern und zu disziplinieren.

Der durch die Relegationsverfahren einmal erreichte Stand der Mobilisation der Studenten wurde nicht bloß gehalten. Das qualitativ Neue bestand darin, daß nicht mehr Aktion auf dem Campus und inhaltliche Diskussion um Veränderung der Wissenschaftspraxis unvermittelt nebeneinander hergehen oder gegeneinander ausgespielt werden. Vielmehr wurde der Streik als der entscheidende erste Schritt begriffen, in den Instituten die Ansätze einer Selbstorganisation des Studiums auszubauen. Das Plädoyer der Seminarmarxisten für interne "Umfunktionierung" autonomer Seminare (gegenüber einem als heteronom hingestellten Streik) wurde als Trick entlarvt, diese Seminare vom Streik auszusparen. Es Arbeitete ihren Professoren in die Hände, die Aktionseinheit der Streikenden und die Beschlüsse der Vollversammlungen durch Scheinplebiszite in den Seminaren zu durchbrechen.

Das qualifizierende Moment unserer Kampffähigkeit besteht darin, daß wir imstande waren, gezielte Sanktionsschläge gegen die Kuratorialverwaltung, gegen das Romanische Seminar, gegen die Dekanate auszuteilen, die disziplinierte Streikpostenarbeit bis zum Semesterende durchzuhalten und gleichzeitig mit Ausdauer die langfristige Arbeit an der Organisierung der Praxisbereiche im Studium zu leisten. Das Kalkül des Senats, die radikale Minderheit werde sich mit Naturnotwendigkeit t tlaufen, erwies sich als falsch.

Die Revolutionierung der Berufspraxis war die strategische Formel, unter der der Streik eröffnet wurde.
Unser Kampf an der Hochschule muß zum gegenwärtigen Zeitpunkt die allgemeinen politischen Parolen abstreifen und zur systematischen Organisation und Schulung von Kadern übergehen, die den Kampf an den zentralen Stellen eröffnen können, an denen der Staatsapparat empfindlich ist. Unsere Aktionen bei der Berabschiedung der NS-Gesetze waren insofern dimensionslos, als unsere Parole von der "Organisierung der Wissenschaft als Widerstand" sich schlechthin gegen die Faschisierung der Gesellschaft wandte und noch keine Vorstellung enthielt, wie die Folgen für die Hochschule selbst zu definieren sind. Die Diskussionen hierüber zeigten die verhängnisvolle Tendenz, in institutsinternen Auseinandersetzungen zu verschwinden.

Wir können die institutsinterne Bornierheit nur aufbrechen, wenn wir unsere Ziele außerhalb der Hochschule erkennen.
Wir müssen unsere Arbeit auf die praktische Veränderung des Arbeitsplatzes ausrichten und bereits im Studium den Kampf aufnehmen gegen eine Berufsausbildung, die uns als Funktionäre im Verwertungsprozeß des Kapitals dienstbar macht. Die Einbeziehung der Praxisbereiche fordert eine Aufhebung der pratikularistischen Arbeit in den Instituten.Es wird nötig sein, die institutsgebundene Organisation der ad-hoc-Gruppen aufzulösen und Sektionen der sozialistisch arbeitenden Studenten zu entwickeln aus den spezifischen Aufgaben, die die Berufspraxis mit sich bringt. Vordringlich ist die Organisation des Ausbildungssektors. Nur so war im aktiven Streik auch der reformistischen Absicherungspolitik auf institutspolitischer Ebene zu begegnen.
In den Institutsvollversammlungen konnte der Versuch abgewehrt werden, den Streik allein als Druckmittel für institutspolitische Verhandlungen zu definieren. Ebenfalls konnte sich im Streikrat unter der Perspektive der Berufspraxis gegen den Institusegoismus das Bewußtsein durchsetzen, daß der Kampf um die Organisation und Kontrolle des gesamten Lehrbetriebs geführt werden müsse.
Das im Streik nicht gelöste Problem war, daß wir in den ständigen Konfrontationen mit den subjektiven oder aus dem Arbeitsinteresse der Seminare bedingten reaktionären Widerständen unsere Kräfte verbrauchten,

ohne im selben Maße unsere strategische Formel von der Veränderung der Berufspraxis als eine konkrete sozialistische Alternative für alle Studenten zu entfalten. Die Parole "Lernt euren Beruf im Klassenkampf" ist richtig, aber im aktiven Streik war sie als politische Perspektive nicht unmittelbar einsichtig zu machen. Sie zu begreifen war eben die Erfahrung nötig, die nur die bereits politisch aktiven Studenten selbst gemacht hatten.
Die Abwehr der Forderung nach Revolutionierung der Berufspraxis entspringt der berechtigten Angst vor der Berufspraxis selber.
Mit dieser Abwehr ist so lange zu rechnen, bis ein Begriff des solidarischen Widerstands und der Zertrümmerung der Zwänge und Anpassungsnormen im Beruf durch arbeitende Kader vorstellbar gemacht wird.
In unserem Streik verführte der Man el einer konkreten sozialistischen Alternative zu radikaldemokratischen Apellen (Wer jetzt noch studiert, hat nichts begriffen!),die dem auf den Lehrbetrieb bornierten Interesse abstrakt erscheinen mußten: wir waren im Streik nur als Streikende zu erkennen; der Streik erschien als Selbstdarstellung einer Avantgarde.
Wir werden uns in Zukunft auf diese Konfrontation mit unpolitischen Studenten am Arbeitsplatz nicht mehr einlassen, wenn wir sie nicht zugleich progressiv für uns entscheiden können.
Wir werden es dem politischen Senat überlassen, entgegen seiner Propaganda mit der Schließung der Universität zu zeigen, wie wenig er das "ordentliche"Studium respektiert.
Wir haben mit dem Streik die organisierte Macht über den Lehrbetrieb bewiesen. Haben wir die Machtfrage richtig gestellt ?
Zwar hat der Senat behauptet, der Lehrbetrieb werde aufrechterhalten. Aber während wir die Hörsäle verbarrikadierten und jedes einzelne Seminar bis in seine Schlupfwinkel verfolgten, ging es dem Senat nur um die Aufrechterhaltung des Scheins einer funktionierenden Universität. Indem wir uns auf eine publizistische Konkurrenz mit der Senatspressestelle einließen, waren wir gezwungen, mit der bürgerlichen Presse um eine Interpretation des aktiven Streiks zu feilschen. In Wahrheit beweist der Senat mit der Hinnahme des Streiks und der Drohung der Schließung, daß er den Lehrbetrieb der Universität im kapitalistischen Verwertungszusammenhang zeitweilig als Quantité négligeable erachtet.

Die Machtfrage richtig stellen heißt: Aufbau der zweiten Front in den Apparaten der kapitalistischen Gesellschaft.

Das bedeutet Organisation und Schulung von Kadern, die die Arbeit in den Apparaten der Klassenjustiz, der Kliniken und der Anpassungsfabriken des Schulbetriebs aufnehmen. Ihre Funktion besteht darin, die vorhandenen Widersprüche zwischen der bürokratischen und hierarchischen Unterdrückung und der Entfaltung der beruflichen Fähigkeiten, zwischen den Bedingungen des Kapitalismus und gesellschaftlicher Verantwortung auszunutzen, Konflikte zu erzeugen, punktuelle Streiks zu initiieren und die vereinzelt ausgelieferten Individuen Solidarität zu lehren. Die Arbeit an disser Perspektive kann sofort aufgenommen werden. Was ist der Stand unserer Arbeit? In den Semesterferien haben Praktikantenkollektive der Germanisten Tests mit der Schulbürokratie angestellt. Sie hatten darüber hinaus die Funktion, vereinzelte linke Schüler in arbeitenden Schulkollektiven zusammenzufassen. Kollektive bereiten sich auf die Referendarausbildung vor. In den erkämpften Freiräumen wird dieSchulungsarbeit aufgenommen, in der die Studenten für die praktischen Aufgaben vorbereitet werden, dis sichfür die Zusammenarbeit mit den Schülern ergeben . In drei Hauptquartieren wird die Arbeit organisiert:
1) Das Hauptquartier der Organisation der Lehrer sowie der Reorganisation der Lehrerausbildung.
2) Das Hauptquartier der Schülerarbeit.
3) Das Hauptquartier der revolutionären Jugendorganisation, das gegenwärtig als zentrale Aufgabe die Mobilisierung von Lehrlingen in Berufsschulen hat.

Durch arbeitende Kader können wir in absehbarer Zeit erfolgreich in den Apparaten offensiv werden. Darüber hinaus bleibt die Notwendigkeit, organisatorische Verbindungen zwischen Universität und Betriebsbasisarbeit aufzubauen.
Ein soziologisches Seminar zog zu Fragen des Gesellschaftsbild von Arbeitern aus der Fraustration über einen praxisfernen Seminarmarxismus die Konsequenzen: Aus der Gruppendiskussion mit Arbeitern, deren Ergebnisse als Material für arbeitende Basisgruppen gedacht waren, ergab sich die Notwendigkeit der Agitation von Arbeitern, die folgerichtig zur Gründung einer neuen Basisgruppe führte. Die problematische "Zusammenarbeit" für die Arbeit der Basisgruppen konnte in praxisbezogene Arbeit der Studenten gewendet werden. Den Institutskonflikten kommt unter dem Gesichtspunkt des Aufbaus der zweiten Front eine taktische Rolle zu.

Wir werden die erkämpften Freiräume sichern und weitere Bereiche des Lehrbetriebs in die Hand nehmen.
Wir werden den Boykott gegen die terroristischen und objektiv überflüssigen Abteilungen im Lehrbetrieb organisieren.
Wir werden die Prüfungen erleichtern durch standardisierte Prüfungsthemen und organisierte List.
Wir werden die Kontrolle der Prüfungen überall durchsetzen.
Wir werden die materiellen und agitatorischen Möglichkeiten des Tutorensystems für unsere politische Arbeit nutzen.

Für den Kampf im Sommersemester haben wir aus der Analyse des Streiks zu lernen, daß wir uns nicht mehr auf langwierige und am Ende denensive Aktionen einlassen dürfen. Wir werden weiterhin genau definierte Sanktionsvorschläge führen und die Brennpunkte der Universität angreifen, hinter denen das direkte Interesse des Staats und des Kapitals steht. Denunzianten werden exemplarisch ausgesperrt und durch geeignete Maßnahmen verunsichert werden. Die Bedeutung des Forschungssektors der FU ist bislang unterschätzt worden. Die Studenten werden sich fragen müssen, ob die CIA- und Wirtschaftsforschung an der FU und die Anfertigung von bestimmten juristischen und psychiatrischen Gutachten hingenommen werden können.

Redaktionskollektiv AStA/FU

FRANKFURT: Projekt SOZIALISTISCHER ÄRZTEBUND

Zum Problem der Organisierung linker Mediziner

1. Die linken Mediziner haben die Aufgabe, den dialektischen Zusammenhang zwischen ihrer politischen Theorie und ihrer Berufspraxis zu erhalten, indem sie sich eine politische Praxis ermöglichen, die in der Entwicklung einer Revolutionären Medizin und der Praktizierung einer Medizin für Revolutionäre besteht.
   Für linke Ärzte ist die Möglichkeit politischer Praxis vorerst noch eingeschränkt durch die Notwendigkeit passiver Anpassung am Arbeitsplatz in den Kliniken, in denen die meisten zur weiteren Qualifizierung einige Jahre lang ausharren müssen. Diese Institutionen können nicht isoliert, nicht ohne das gesellschaftliche Ganze verändert werden (Befreite Gebiete).
   Die aktive Teilnahme am politischen Kampf der Linken hat daher neben ihrer allgemeinen Notwendigkeit für jeden von uns zugleich eine individuelle Funktion: sie ermöglicht uns nämlich, jene Jahre in den Institutionen schadlos zu überstehen. Unsere Anpassung wird kurzfristig, listig und lauernd sein.

Jener Widerspruch aber zwischen unseren beiden Formen von Praxis, der Arbeit in der Institution und dem Kampf gegen die Institution, ist vorerst nicht aufhebbar.

2. Zu den spezifischen Aufgaben der Linken Mediziner gehören konkret:

   a. Komplex "Rote Hilfe" (s.u.)
   b. Projektgruppe Pharmazeutische Industrie (s.u.)
   c. Projektgruppe Krankenhaus (s.u.)
   d. Projektgruppe Sozialmedizin (s.u.)
   e. Hochschulpolitik (Med.Fakultät)
   f. Radikaler Vertretung berufsständiger Interessen
   g. Öffentlichkeitsarbeit (Arbeitskreise, Info).

3. Diese Aufgaben können nicht von isoliert voneinander arbeitenden Genossen bewältigt werden, sondern nur kooperativ im Rahmen einer Organisation.
   Angesichts der Vielfalt der Aufgaben einerseits und unserer unterschiedlichen Qualifikation anderseits, ist eine funktionale Differenzierung der Organisation notwendig. Auch der verschiedene Grad gesellschaftlichen Bewußtseins der einzelnen "linken" Mediziner macht eine Mehrzahl von Organisationen erforderlich. (In diesem Zusammenhang gehört die noch zu leistende Diskussion, ob sich der SÄB als Kader oder als Pool versteht).

4. Es darf aber über dieser Differenzierung nicht aus den Augen verloren werden, daß die Interessen aller objektiv identisch sind. Die Arbeitsteilung wird daher auch von Fall zu Fall in gemeinsame Aktionen der Linken aufgehoben. Hierbei orientiert sich der SÄB an der Strategie und den Zielen des SDS (oder allgemein: der jeweils progressivsten linken Organisation); er betrachtet sich neben dem SDS und anderen linken Gruppierungen als integrierter Bestandteil der sozialistischen Bewegung.
   Darüberhinaus ergibt sich eine funktionale Integrierung der unterschiedlich qualifizierten "Medizinischen Arbeiter" durch das Organisieren konkreter Projekte (z.B. der Roten Hilfe). Hierbei kann durch das Einbeziehen anderer Gruppen (z.B. der Sozialarbeiter) zusätzlich auch eine interdisziplinäre Zusammenarbeit und Koordination über den Fachbereich hinaus erreicht werden.
   Der trotzdem drohenden Gefahr der Verselbständigung der jeweiligen Organisation oder eines ihrer Teile, etwa einer Projektgruppe, kann dadurch vorgebeugt werden, daß der SÄB seine Aktivitäten in die Gesamtstrategie der sozialistischen Bewegung integriert; hierzu sollten alle Projektgruppen in folgenden Gremien aktiv vertreten sein: SDS-MV, Basisgruppen-Rat, Vorstand des SC. Auch ein Info (zus. mit BG Medizin) und überregionale Seminare erfüllen eine koordinierende Funktion.

5. Die derzeit schon bestehenden oder erst intendierten Organisationen linker Mediziner sind folgende:
   a. Sektion Ärzte in der ÖTV: z.T. notwendige, aber engstirnig-berufsständische Politik; eine Zusammenarbeit zwischen uns und ihnen ist unmöglich;
   b. Sektion Mediziner im SC: vom Vorstand des SC intendiert; die hierfür avisierten Genossen sind identisch mit denjenigen, die ihrerseits den SÄB anstreben. Die von uns zu gründende Initiativgruppe des SÄB sieht derzeit keine Notwendigkeit, im SC als Dachorganisation aufzugehen.
   c. Initiativgruppe Medizinischer Arbeiter: existiert bisher nur in Berlin. Der von uns zu gründende SÄB wäre formal und programmatisch mit jener Gruppe so weit übereinstimmend, daß unsere enge Zusammenarbeit möglich und notwendig ist.

d. Basisgruppe Medizin: unsere (d.h. des SÄB) Abgrenzung von dieser ist dadurch begründet, daß diese
+ vorrangig die Aufgabe hat, am Kampf an der Hochschule teilzunehmen;
+ abstrakt-theoretische, nicht unmittelbar in Praxis mündende Arbeitskreise durchführt, die für die Verbreiterung der Basis an der Medizinischen Fakultät erforderlich sind;
+ die Interessen der Studenten vertritt, die gelegentlich mit den Partikularinteressen der Ärzte in Konflikt geraten können.

6. Der SÄB als Zusammenschluß aller sozialistischen Medizinalassistenten und Ärzte hat demnach neben seinen allgemein-politischen auch folgende spezifischen Aufgaben:

a. Komplex Rote Hilfe
Projektgruppe Blaukreuz (in Zusammenarbeit mit Pflegern, Schwestern, Lehrlingen, Medizinstudenten): Pflegeeinheiten für Notfälle, Ambulanzen für Straßenkämpfe, OP-Räume für die kleine Chirurgie, Überwachung der ärztlichen Versorgung verletzter Genossen in öffentlichen Krankenhäusern, Ausbildung von Genossen in Erster Hilfe, Entwicklung von Schutzmaßnahmen gegen Tränengas, Einrichtung einer Apotheke (für Eigenbedarf und Dritte Welt).
Projektgruppe Psyche (in Zusammenarbeit mit Sozialarbeitern, Soziologen Psychologen): psychotherapeutische Beratung, Vermittlung von Psychotherapie finanzielle Beihilfe zur Psychotherapie, Aufbau von psychiatrischen Rehabilitierungskommunen (die zugleich der wissenschaftlichen Arbeit dienen).
Projektgruppe Sex: Aufklärung von Lehrlingen über Konzeptionsverhütung Pillenvertrieb, psychologische Beratung bei Störungen der "Liebesfähigkeit", Diskussion der freiwilligen Sterilisation, Kampagne zur Legalisierung der Abtreibung.
Projektgruppe Sucht: (in Zusammenarbeit mit Sozialarbeitern, Soziologen Pharmazeuten):Aufklärung über die gesellschaftliche Ursache von Sucht und die gesellschaftliche Funktion des Alkoholkonsums, Kampagne zur Legalisierung des Haschisch, Rehabilitierung Entwöhnter.
Ferner: ärztliche Versorgung nicht-krankenversicherungsfähiger Genossen, Unterstützung kriegsunwilliger US-Soldaten u.v.a.

b. Projektgruppe Pharmazeutische Industrie (in Zusammenarbeit mit Pharmazeuten, Lehrlingen, Chemikern, Volkswirtschftlern): Analyse und Bekämpfung ihres Einflusses auf Lehre und Forschung und auf die Versorgung der Patienten, Experimente an Menschen, ihr Beitrag zur Stabilisierung des Kapitalismus, ihre Rolle im Dritten Reich, Grundlagenforschung für C-Waffen, Psychopharmakaproblem (Chem.Manipulation).
Projektgruppe Krankenhaus: Kritik des bestehenden Krkhs., Diskussion von Reformmodellen (sog. Klassenloses Krkhs.), Projektierung revolutionärer Modelle, Organisation von Ärztekommunen und Gruppenpraxen als institutionellen Vorläufern des Roten Krankenhauses.

d. Projektgruppe Sozialmedizin: medizinische Sinnlosigkeit und politischer Zweck unserer sozialmedizinischen Einrichtungen, Heilstätten, Krankheitsbegriff, Arbeitsmedizin, Präventivmedizin, schichspezifische Erkrankungen, Lebenserwartung ...

e. Öffentlichkeitsarbeit: Info (zusammen mit BG Medizin), Umfunktionierung von Kongressen der Deutschen Ärzteschaft ....

7. Die effektivste Organisationsform der einzel Arbeisgruppen ist dieprojektorientierte, aber herogen zusammengesetzte Wohngemeinschaft, die zugleich von "psychohygienischer" Bedeutung ist für die noch weitgehend in der neurotisierenden gesellschaftlichen Vereinzelung lebenden linken Mediziner.

BV-TEL. ob 205 18°° 740109

INFI B E R L I N: ENTWICKLUNGSHILFE/BUNDESWEHR

ÜBER EINE BESONDERE FORM PSEUDO-REVOLUTIONÄRER BERUFSPRAXIS

In dem Beitrag "Zur Hochschulstrategie" wurde zum ersten Mal der ambivalente Begriff der revolutionären Berufsperspektive problematisiert. Dort steht: "Revolutionäre Berufspraxis kann niemals heißen, mit einem sozialistischen Bewußtsein in einem etablierten Beruf zu überwintern; das ist auch keine Praxis, wenn man aus seinem Bewußtsein Diskussionen am Arbeitsplatz speist. Erst recht darf revolutionäre Berufspraxis nicht heißen, mittels der Kombination von Stellung und Bewußtsein irgendwelche Reformen zu erstreben." Entsprechend gibt es Bereiche, die sich einer revolutionären Berufspraxis verschließen, die also nicht länger mit dieser Parole behelligt werden dürfen.

Dies soll am Beispiel der "Entwicklungshilfe" konkretisiert werden, insbesondere aufgrund der Verwirrung, zu der der Begriff der alternativen Berufspraxis in diesem Bereich schon geführt hat. Gleichzeitig soll zur Diskussion der Möglichkeiten anti-imperialen Kampfes in den Metropolen angeregt und wo notwendig zur Polarisierung eingeleitet werden.

Anlaß ist ein vor der Verabschiedung stehendes "Entwicklungshilfegesetz", das alternativ zum Kriegsdienst in der Bundeswehr Ausbildung und Einsatz als Entwicklungshelfer ermöglicht.

In das Vakuum des "Bundesministeriums für Wirtschaftliche Zusammenarbeit" (BMZ), das bisher über kein geeignetes Ausbildungsprogramm für die steigende Zahl von Entwicklungshelfern verfügt, stößt der Vorschlag des "Internationalen Arbeitskreis" (IAK), den Aufbau eines "Entwicklungspädagogischen Aufbaustudiums" (EPA) zu übernehmen. Dieser Plan, der beim BMZ auf reges Interesse stößt, wird von seinen Initiatoren, insbesondere ihrem Bundesvorsitzenden Melchers, als alternative Praxis innerhalb von Institutionen begriffen. Er sieht folgendes vor:

1. Ausbildung: 3-4 Jahre im EPA neben Studium bzw. Beruf bei gemeinsamer Unterbringung in Wohnheimen. Angestrebt ist ein Selbstverwaltungsmodell bei Finanzierung durch das BMZ.
2. Einsatz: 2 Jahre in einem unterentwickelt gehaltenen Land. Dort ist in Zusammenarbeit mit der jeweiligen Kompradorenregierung an den Aufbau nationaler Entwicklungsdienste gedacht, d.h. Einheimische sollen in großer Zahl ausgebildet und durch die Entwicklungshelfer des EPA zu selbstständiger Durchführung von Entwicklungsprojekten befähigt werden.

Die Möglichkeit revolutionärer Praxis sieht der IAK durch das Selbstverwaltungsmodell gewährleistet. Es ermögliche die Übernahme des Ausbildungssektors des EPA durch linke Dozenten, die den zukünftigen Entwicklungshelfern revolutionäres Bewußtsein vermitteln sollen. Die nunmehr revolutionären Entwicklungshelfer würden die nationalen Entwicklungsdienste revolutionieren, diese wiederum die Massen.

Um die reformistischen und voluntaristischen Vorstellungen der Initiatoren des EPA zu entlarven, bedarf es der Kenntnis der Perspektiven des westdeutschen Imperialismus. Eine entsprechende Analyse wurde von uns (INFI) anläßtlich der Vorbereitung der Kampagne

"Zers hlagt die Entwicklungshilfe" vorgenommen, deren Ergebnisse in einer Broschüre veröffentlicht werden. Hier kann deshalb nur in globalen Thesen die tendenzielle Perspektive angedeutet werden, deren Durchsetzung zwar durch systemimmanente Irrationalität verzögert aber kaum aufgehoben werden kann. Darauf deuten auch die inhaltlich sich ergänzenden Äußerungen zu diesem Thema von scheinbar so heterogenen Vertretern des Kapitals wie Abs, Strauß, Eppler hin.

Thesen:

I. Man unterscheidet drei sich überlappende Phasen des Eindringens der Metropolen in die unterentwickelt gehaltenen Satelitten.
   1. Schaffung und Stabilisierung von fügigen Kompradorenregierungen
   2. Schaffung der infrastrukturellen und sozioökonomischen Voraussetzungen für profitable und gesicherte Privatanlagen.

   Punkt 1. und 2. decken sich im wesentlichen mit dem Begriff der "Staatlichen Entwicklungshilfe", wobei die kulturimperialistische Tätigkeit durch private Stiftungen, Kirchen etc. tatkräftig unterstützt wird.

   3. Eindringen des Privatkapitals mit dem Ziel der Erlangung kolonialer und monopolistischer Extraprofite. (Diese Form erscheint unter dem Begriff der "privaten Entwicklungshilfe").

II. Das westdeutsche Privatkapital, das sich in der Rekonstruktionsperiode innerhalb der nationalen Grenzen ungehemmt entwickeln konnte und auf Kapitalanlagemöglichkeiten im Ausland weitgehend verzichtete, entfaltete inzwischen eine Potenz, aufgrund derer sich sie Kapitalanlagemöglichkeiten innerhalb der nationalen Grenzen als Schranke und der versperrte Zugang zu bestimmten"Zukunftsindustrien" (z.B. Elektronik) wegen des eindeutigen technologischen Vorsprungs der USA in diesen Sektoren, als Fessel einer weiteren ungehemmten Entfaltung des Kapitals erwiesen.

III. Entsprechend erstrebt das westdeutsche Privatkapital ausländische Kapitalanlagemöglichkeiten. Kapitalanlagen im Ausland werden aber vor allem durch zu erwartende Extraprofite getätigt und diese entstehen (abgesehen von monopolistischen Extraprofiten) in Ländern mit niedrigerer Produktivitätsstufe als der des Geberlandes. Deshalb und weil das westdeutsche Kapital nicht in Konkurrenz zu anderen EWG-Staaten treten will, denn es benötigt die EWG-Partner, um mit diesen gemeinsam die Brechung des USA-Monopols in den "Zukunftsindustrien" in Angriff zu nehmen, strömt es nicht ungehemmt in den EWG-Raum, sondern bevorzugt bestimmte unterentwickelt gehaltene Regionen und Länder.

IV. In den unterentwickelt gehaltenen Ländern erstrebt es allein oder gemeinsam mit den EWG-Partnern
   1. den Zugang zu eigenen Rohstoffquellen, um von der USA-gelenkten Rohstoffzufuhr unabhängiger zu werden
   2. tendenziell den Aufbau von Industrien mit niedriger organischer Zusammensetzung (Leichtindustrie) unter eigener Regie, um innerhalb der nationalen Grenzen die Kapazitäten auf die "Zukunftsindustrie" umzustellen.

V. Für die jeweiligen unterentwickelt gehaltenen Satelitten bedeutet dies eine Verschärfung ihres Abhängigkeitsgrades speziell gegenüber der westdeutschen Metropole. Die tendenzielle Erhöhung des Produktivitätsniveaus wirkt dem nicht entgegen, da der Produktivitätsunterschied (als Voraussetzung der kolonialen Extraprofite)

gegenüber der Metropole beibehalten wird. Zudem erfolgt diese Erhöhung unter Regie und entsprechend den Bedürfnissen der Metropole.

Betrachtet man in diesem Zusammenhang das Entwicklungshilfegesetz, so wird klar, daß verstärkte Rekrutierung nach außen vor allem das Ziel verfolgt, in Schwerpunktländern verstärkt infrastrukturelle und sozioökonomische Voraussetzungen für profitable und gesicherte Privatinvestitionen zu schaffen. Das bedeutet allerdings auch immer verstärkte kulturimperiale Tätigkeit mit dem Ziel der Uniformierung kolonialer Gesellschaften in kapitalistische Satelliten der westdeutschen Metropole.
Da die bisherige freiwillige Entwicklungshelfertätigkeit dieser Funktion quantitativ und qualitativ nur unzureichend entsprach und lediglich der Verschleierung der imperialistischen Tätigkeit der BRD diente, muß jetzt neben die notwendig verstärkte Rekrutierung ein qualitativ besseres Ausbildungsprogramm treten, ein Programm wie es die EPA vorsieht.
Scheindemokratische Ausbildungsprogramme erfüllen diese Funktion um so eher als sie geeignet sind, beim zukünftigen Entwicklungshelfer Identifikationsmechanismen mit den Zielen des westdeutschen Imperialismus auszulösen.
Innenpolitisch entspricht das Entwicklungshelfergesetz dem Ziel, aufgrund der Attraktivität des Entwicklungshilfedienstes einen Teil potentiell kritischer von der Bundeswehr fernzuhalten, um sie in der weniger autoritären Ausbildung um so besser zu integrieren, d.h. auf die innenpolitisch disziplinierende und formierende Funktion der Bundeswehr wird nicht verzichtet.

So gesehen wird ersichtlich, daß das BMZ ein scheindemokratisches "Selbstverwaltungsmodell" einem autoritären vorziehen wird, da es den Anforderungen nach höherer Effizienz gerecht wird. Illusorisch dagegen ist es anzunehmen, die Übernahme des Ausbildungssektors durch linke Dozenten und offene Agitation würde geduldet. Keine Schwierigkeit wird es bereiten, systemüberschreitende Ansätze frühzeitig abzuwürgen, da offensichtlich kein Mangel an reformistischen und korrumpierbaren Ausbildern aus den Bereichen der Politologen etc. besteht.

Untersucht man schließlich die Einsatzpläne des IAK, so erweisen sich seine Vorstellungen als objektiv konterrevolutionnär:
1.) Ein gut ausgebildeter "demokratischer" Entwicklungshelfer erfüllt die Aufgabe der Übertragung kapitalistischer Wertbegriffe, weil verschleierter, umso besser, genau so wie die d der infrastrukturellen Veränderung.
2.) Illusorisch ist die Annahme, Kompradorenregierung und westdeutscher Imperialismus duldeten systemüberschreitende Agitation der nationalen Entwicklungsdienste.
3.) Es widerspricht jeder Erfahrung anzunehmen, es könne Aufgabe von Europäern sein, unterentwickelt gehaltenen Völkern revolutionäres Bewußtsein zu vermitteln.

Zusammenfassung:
Revolutionäre Entwicklungshelfer gibt es nicht. Gut ausgebildete "demokratische" Entwicklungshelfer behindern die Bildung von revolutionärem Bewußtsein, also Entstehen und Wirken revolutionärer Befreiungsbewegungen. Der Entwicklungshelfer ist ein Soldat des Imperialismus und wird von den Befreiungsbewegungen entsprechend behandelt werden.

Bevor hier Ansätze einer Gegenstrategie entwickelt werden, müssen Pläne, wie die des IAK in einer umfassenederen Zusammenhang eingeordnet werden. Dieser ist in dem derzeitigen Bemühen inbes. von BMZ und Kirchen zu sehen, mittels technokratischer Reformvorstellungen und moralisierender Anbiederungsversuche zunehmend erfolgreich, "linke", für ihre Pläne effiziente Entwicklungshelfer zu gewinnen mit dem Ziel ihrer Integrierung. Solche Versuche sind besonders in einer Situation gefährlich, in der an der Hochschule der Begriff der alternativen Berufspraxis ungeklärt ist, und so weitere Verwirrung geschaffen wird, indem sie potentiellen Genossen aus verschiedenen Bereichen ein Beispiel alternativer Praxis innerhalb der Institutionen vorgaukelt. Solches Bemühen wird vor allem bei denjenigen Genossen aus der sozialistischen Lehr- und Forschungsgruppe (SLFG) am OSI erfolgreich sein, deren Praxisverständnis von antiimperialistischem Kampf sich in der Organisierung eines "linken Schrebergartens", und dem Akkumulieren linker Theorie (sofern examensrelevent) erschöpft, was folgerichtig zur praxisfernen Vorbereitung von Integrierbaren führt. (Ähnliche Ansätze in andern Studienfächern)

Zur Gegenstrategie

1.) Die Zeit bis zum Wirksamwerden des Entwicklungshelfergesetzes wird von uns, neben weiterführender theoretischer Arbeit, dazu benutzt werden:

A) In Form von Aufklärung und Aktion klarzulegen, daß neben dem US-Imperialismus ein expansiver westdeutscher Imperialismus existiert, dessen Handlanger in universitären, privaten und staatlichen Institutionen, in der BRD und West-Berlin zu finden sind.

b) die Genossen, die mit "linkem" Bewußtsein in Entwicklungshilfeinstitutionen zu überwintern gedenken, oder in der Akkumulation von Umperialismustheorie die Möglichkeit des antiimperialistischen Kampfes in den Metropolen erschöpft sehen, zur Polarisierung zu zwingen.

2.) Wir werden alle Möglichkeiten in Angriff nehmen, speziell die EPA-Pläne des IAK zu Fall zu bringen. Zweifellos wird das BMZ alternative Ausbildungspläne und Institutionen erstellen; diese werden jedoch zunehmend ihren scheindemokratischen Schleier fallen lassen müssen, da wir den massiven Angriff auf solche Institutionen von außen organisieren und praktizieren werden. Selbstverständlich behalten wir uns vor, Spione einsickern zu lassen.

3.) Vor allem aber werden wir uns im Rahmen der Kampagne "Zerschlagt die Entwicklungshilfe" dahingehend organisieren, daß wir die Rekrutierungsfelder der potentiellen Entwicklungshelfer agitatorisch erafssen, d.h. Oberschulen, Berufsschulen, Hochschulen. Wir werden uns an die organisatorischen Ansätze von Genossen in diesen Bereichen wenden und die Agitation parallel zur Bundeswehrkampagne führen. Die Agitation wird die Rolle des Entwicklungshelfers als Soldaten des Imperialismus klarstellen und alternativ den Eintritt in die Bundeswehr fordern.
Denn in der Bundeswehr:
sind die Unterdrückungs- und Reglementierungsmechanismen zwangsläufig manifester, d.h. die Agitationsmöglichkeiten besser;
stellt die Verweigerung während des Kriegsdienstes ein wirksames Mittel der Verunsicherung, Zersetzung und Lähmung dar;
bestehen reichhaltigere Sabotagemöglichkeiten des inneren Dienstbetriebes.

INFI Berlin

BUNDESWEHR: FRAUENHOFER-GESELLSCHAFT

DIE INSTITUTE DER FRAUENHOFER GESELLSCHAFT

Vorbemrkung:

Die Fraunhofer-Gesellschaft wurde 1949 als eine Art Vermittlungsstelle für Vertragsforschung gegründet. ImVerlauf der Remil tarisierung der Bundsrepublik übernahm sie allmählich die Funktion einer Vermittlungsstelle für militärische Forschungsaufträge des Verteidigungsministeriums. Sie wickelt grundsätzlich alle Forschungsaufträge ab, die von der Bundeswehr aus an die Universitäten gehen.
Wichtige Geheimaufträge werden in der Regel nicht an Hochschulinstitute vergeben; sie werden in Instituten abgewickelt, die der Fraunhofer-Gesellschaft direkt unterstehen. Allerdings haben diese Institute nicht selten Assoziationsverträge mit Universitätsinstituten abgeschlossen.
Wie hoch der Anteil der für die Bundeswehr betriebenen Militärforschung der Universitäten und Technischen Hochschulen ist, ist unbekannt. Der Bundesforschungsbericht II gibt an, dass Verträge mit ca. 120 Instituten bestehen; nach einer zuverlässigen Schätzung dürfte aber die Zahl 250 nicht übertrieben sein.
Aus dem Interview eines Ingenieurs der Rüstungsindustrie geht hervor, dass in den Kultusministerien der Länder Verfassungsschutzabteilungen sitzen, die für die Geheimhaltung der Militärforschungsprojekte zuständig sind. Die Anschaffung von Panzerschränken in Hochschulinstituten, die bei der Übernahme von Militärforschungsprojekten einer Geheimhaltungsstufe vorgeschrieben ist, lässt diesem Informanten zufolge grundsätzlich auf ein lan fristiges Projekt schliessen. Es empfiehlt sich in einem solchen Fall, vor allem auf unverständlich rasche Stellenwechsel (Kündigung "linker" Assistenten nach der vor dem Vertragsabschluss durchgeführten Überprüfung der in Frage kommenden (Forschungsgruppe!) zu achten.

A. Forschungsinstitute der Fraunhofer-Gesellschaft (in der Reihenfolge der Etablierung)

1. Institute für angewandte Mikroskopie, Photographie und Kinematographie der Fraunhofer-Gesellschaft e.V., 75 Karlsruhe-Waldstadt, Breslauer Str. 48 (o721/681657), Dr. Horst Reumuth, F.: Hocherhitzungsmikroskopie, Zeitraffertechnik, Hochfrequenz-Kinematographie. (Grundlagenforschung für die Reproduktion von Problemen militärischer Festkörperphysik, wahrscheinlich Beteiligung bei der Produktion biologischer Kampfstoffe)
2. Institut für hygienisch-bakteriologische Arbeitsverfahren der Fraunhofer-Gesellschaft, 8 München 9o, Wirtstr. 1 (o811/698320), Priv.-Doz. Dr. Ewald Kanz
F.: Sterilitätsprüfungungen, hygienisch-bakteriologische Lebensmitteluntersuchungen für die Bundeswehr, Kunststoffverwendung zur Abwehr bakteriologischer Kampfmittel; wahrscheinlich an den B-Waffenkomplex der Bundeswehr angeschlossen.
3. Institut für Technische Physik der Fraunhofer-Gesellschaft e.V., mit Versuchsstelle Holzkirchen, 7 Stuttgart-Degerloch Königsträssle 74, (o711/765oo8-9), Prof. Dr. Karl Gösele.
F.: Bauphysik, Physik der Erschütterung durch Sprengkörper

4. Institut für Elektrowerkstoffe der Fraunhofer-Gesellschaft 78 Freiburg Eckerstr. 4 (o761/31391/2), Prof. Dr. Reinhard Mecke
F.: Werkstoffe in der Elektrotechnik, militärische Verwendung von Halbleitern, Infrarot - und Mikrowellenfroschung.
5. Ernst- Mach - Institut der Fraunhofer-Gesellschaft e.V. mit Aussenstelle Weil:Rhein, 78 Freiburg Eckerstr. 4 (o761/31o96) Prof. Dr. F. Schultz-Grunow, Priv.-Doz. Dr. F. Kerkhof.
F.: Erforschung von militärisch verwertbaren Kurzzeitvorgängen: Verhalten fester Körper bei extremer Beanspruchung, instationäre Gasdynamik, Plasmaphysik, Untersuchung von Stosswellen.
6. Institut für Chemie der Treib- und Explosivstoffe der Fraunhofer-Gesellschaft e. V., 75o1 Berghausen bei Karlsruhe, Hummelberg (o721/46o41), Dr. Karl Meyer.
F.: Chemie und Physikalische Chemie fester Treibstoffe für Raketenantriebe. Physikalische Chemie vorwiegend plastischer Sprengstoffe
7. Institut für Aerobiologie, 5949 Grafschaft/Hochsauerland, Dr. K. Bisa (o2972/6367 und 6368).
F.: Aerosoltechnik in der biologischen Kriegführung, Aerotoxikologie, Entnebelung, Exobiologie. Seit der Emigration von Dr. Petras in die DDR als Produktionsstätte biologischer Kampfstoffe ausgewiesen.
8. Technische Entwicklungsstelle der Fraunhofer-Gesellschaft e.V., 899 Lindau (Bodensee), Fraunhoferstr. 1o (o8382/2277), Felix Wankel.
F.: Abdichtung von Verbrennu ngsmotoren, Kompressoren, Motoren- und Fahrzeugforschung
9. Laboratorium für Betriebsfestigkeit. Gemeinnütziges Forschungsinstitut der Fraunhofer-Gesellschaft e. V., 61 Darmstadt-Eberstadt, Mühltalstr. 55-57 (o6151/79276 und 799o2), Prof. Dr. Ernst Gassner, Dr. Otto Svenson.
F.: Belastungsfähigkeit und Betriebsfestigkeit regellos beanspruchter Bauteile im Fahrzeugbau, im Flugzeugbau, im Stahlbau und bei der Waffenproduktion.
1o. Institut für Physik und Chemie der Grenzflächen der Fraunhofer-Gesellschaft e.V., 6761 Marienthal über Rockenhausen, (Rockenhausen, o6 361), Prof. Dr. K.L. Wolf.
F.: Zustand, Morphologie und Energetik von Grenzflächen.
11. Physikalisch-Bioklimatische Forschungsstelle der Fraunhofer-Gesellschaft e.V., 81 Garmisch-Partenkirchen, Skistadion, (o8821/7877), Dr. Reinhold Reiter
F.: Atmosphärische Elektrizität und Radioaktivität, Radioaktivität bei unterirdischen Kernexplosionen, Aerosolforschung, Meteorobiologie, militärische Verwertungsprobleme der Geophysik und der Beochemie.
12. Institut für Radiometeorologie und Maritime Meteorologie an der Universität Hamburg (Institut der Fraunhofer-Gesellschaft!), 2 Hamburg 13, Binderstr. 22, (o411/44197(1); 2538; 445258; 445757), Prof. Dr. Karl Brocks.
F.: Auf Anregung der Beratergruppe für Radiometeorologie des Wissenschaftsausschusses des NATO-Rats gegründet. Erforschung der elektromagnetischen Wellenausbreitung in der Atmosphäre und der damit zusammenhängenden militärischer Verwertungs probleme der maritimen Meteorologie.
13. Institut für Schwingungsforschung der Fraunhofer-Gesellschaft e.V., 74 Tübingen Stuffenbergstr. 21 (o7122/446o), ab 1969: 75 Karlsruhe, Breslauerstr. 4o, Geschäftsführung: Dr. Max Syrbe, Dr. Alfred Schief, Wiss. Kurator: Prof. Dr. Horst Tischner.
F.: Physik mechanischer und elektrischer Schwindungen, Datenverarbei ung bei modernen Waffensystemen.

Sonstige Einrichtungen der Fraunhofer-Gesellschaft

14. Institu für Produktionstechnik und Automatisierung (in Verwaltung der Fraunhofer-Gesellschat), angeschlossen an: Lehrstuhl und Institut für Industrielle Fertigung der Universität Stuttgart, 7 Stuttgart N, Holzgartenstr. 17, (o711/29973(1)9oo) Prof. Dr. Ing. Martin Dolezalek
15. patentstelle für die deutsche Forschung der Fraunhofer-Gesellschaft 8 München 19, Stievestr. 9, (o811/5722o3), Dr. Helmut Knoblauch
16. Dokumentationsstelle für Bautechnik der Fraunhofer-Gesellschaft, 7 Stuttgart, Silberburgstr. 119 A, (o711/623962), Clara E. Müller
17. Fachausschuss für Aerosolfragen der Fraunhofer-Gesellschaft e.V. 8 München 19, Romanstr. 13, (o811/5162751), Dr. Heinrich Nückel, Bad Lippspringe.
F.: Kolloidik, Meteorologie, Lufthygiene, Biologische Kampfstoffe und Abwehr biologischer Kampfmittel, Veterinärmedizin Pflanzenvernichtung durch chemische Kampfstoffe. Wahrscheinlich Koordinationsstelle der mit B- und C-Waffenforschung beschätigten Institute.

Forschungeinrichtungen, mit denen die Fraunhofer-Gesellschaft punktuell zusammenarbeitet

1. Dokumentationszentrum der Bundeswehr (DOKZENT Bw), 53 Bonn, Friedrich-Ebert-Alle 34, (o2221/222o91), Ernst-Egon Schütz.
2. Bundesministerium für wissenschaftliche Forschung, Referat Dokumentation (II/6), 53 Bonn, Heussallee 2-1o (o2221/2o28237), Reg.-Dir.Dr. Heinz Lechmann
3. Zentralstelle für Atomkernenergie-Dokumentation (ZAED), Zweigniederlassung der Gesellschaft für Kernforschung m.b.H. Karlsruhe, 6 Frankfurt/M, Westendstr. 21, (o611/77o981), Dr. Werner Rittberger
4. Zentralstelle für Luftfahrt-Dokumentation und-Information ((ZLDI), Institut der Deutschen Gesellschaft für Flugwissenschaften-DGF, 8 München 27 Maria-Theresia-Str. 21 (o811/451127), Dr.-Ing. Hans-Joachim Rautenberg
5. Deutsche Gesellschaft für Wehrtechnik e.V., 532 Bad Godesberg Deutschgerrenstr. 157, (o2229/64373), i.Vors.: Gen.Lt. a.D. Erich Schneider
6. Arbeitskreis für Wehrforschung, 7 Stuttgart, Urbanstr. 62 a, (o711/293694), Präs.: Vizeadmiral a.D. Prof. F. Ruge, Geschäftsführer: Dr. Gerhard Hümmelchen
7. Uentrale Operations Research-Stelle (ZOR) der Bundeswehr, Trier

---

INFI: BEFREITE GEBIETE IN AFRIKA

Seit 8 Jahren kämpfen die Völker Angolas, Guinea-Bissaos und Mozambiques um ihre Befreiung von der portugiesischen Kolonialherrschaft.

Nachdem der Aufstand in Angola in seiner ersten spontanen Phase 1961 von den Portugiesen mit Hilfe ihrer NATO-Verbündeten brutal niedergeschlagen wurde, haben die in der "Conference des Organisation Nationalistes des Colonies Portugaises" (CONCP) zusammengeschlossenen Befreiungsbewegungen von Angola, Guinea (B) und Mozambique seit 1963 den bewaffneten Befreiungskampf politisch und militärisch neu organisiert und weite Gebiete ihrer Länder befreit.

In Angola kämpft die MPLA (Movimento de Libertacao de Angola) in 8 von 15 Provinzen und hat etwa ein Drittel des Landes befreit;

In Guinea (B) begann die PAIGC (Partido Africano da Independencia da Guine e Cabo Verde) 1963 nach mehrjähriger politischer Vorbereitung den bewaffneten Kampf; sie hat heute den portugiesischen Machtbereich auf die befestigten Städte und Militärstützpunkte zurückgedrängt;
1964 schliesslich begannen Guerilla-Einheiten unter Führung der FRELIMO (Fren e de Libertacao de Mocambique) den Kampf in Mozambique; inzwischen stehen die nördlichen, an Tansania grenzenden Provinzen - Cabo Delgado und Niassa - unter der Kontrolle der FRELIMO.

Zur Bekämpfung der Befreiungsbewegungen hat Portugal mehr als 120 Tausend Soldaten in seine afrikanischen "Überseeprovinzen" geschickt. Die Wehrdienstzeit wurde auf vier Jahre erhöht. Der Kriegsetat stieg auf 45 % der Staatsausgaben.
Das portugiesische Kolonialregime wäre dennoch längst zusammengebrochen, erhielte Portugal nicht die massive Unterstützung seiner NATO-Partner.
Allein die Bundesrpublik lieferte seit 1961:

16 Aufklärungsflugzeuge Typ Dornier 21
40 Düsenjäger Typ Fiat 91 (incl. techn. Personal)
60 Sarbre-Jets F 86 (gegen den Protest der kanadischen Regierung)
1 Munitionsfabrik
Minen für 1 Mill. DM
schwere Mercedes Benz Lastwagen
10 000 israelische Maschinenpistoelen etc.

Lissabon honorierte diese "Entwicklungshilfe" mit einträglichen Konzessionen für bundesrepublikanische Grosskonzerne:

Schürfrechte für KRUPP in den Eisenerzlagern von Cassinga (Angola) jährliche Förderung: 5 Mill. t

Grossbauauftrag für SIEMENS, AEG, BBC, VOITH, HOCHTIEF für Staudammprojekt Cabora Bassa (Mozambique) - deutscher Lieferanteil für die erste Baustufe: 250 Mill. DM

Aufträge und Lizenzen für BRD-Konzerne, die die westdeutschen Investitionen in Portugal und seinen Kolonien allein von 1966 bis 1967 um über 100 % steigen liessen.

So tritt neben den Versuch, die anachronistische Kolonialherrschaft durch militärische Repression (verstärkten Truppeneinsatz, Luftangriffe auf die befreiten Gebiete, Einsatz von Napalm und Splitterbomben) aufrechtzuerhalten, die intensive Bemühung, durch verstärkte Investitionen, Grosprojekte mit weissen Siedlern etc. die neokoloniale Ausbeutung der porugiesischen Kolonien durch das westliche Kapital auf Jahrzehnte hianus abzusichern.
Die bewaffnete Selbstbefreiung der Völker Angolas, Guinea-Bissaos und Mozambiques wird nicht nur die konterrevolutionäre Blockbildung im Süden Afrikas verhindern, sondern eine konkrete Alternative zur geschenkten Unabhängigkeit, d.h. neokolonialen Ausbeutung in Afrika schaffen.

Welche Möglichkeiten der Hilfeleistung für die Befreiungsbewegungen gibt es angesichts der massiven ökonomischen und militärischen Unterstützung des portugiesischen Kolonialregimes durch seine NATO-Verbündeten?
Die Diagnose der kolonialen Situation haben die Befreiungsbewegungen selbst gestellt:
Unterernährung, Seuchen, Epidemien, Kindersterblichkeit usw. sind nicht mit Pflastern á la Albert Schweitzer zu kurieren. Als Symptome der Unterentwicklung sind sie nur zu heilen, indem man ihre

politischen und ökonomischen Ursachen bekämpt: die koloniale Unterdrückung und Ausbeutung der Dritten Welt durch die Industrienationen.

Auch die Wunden, die mit deutschen Flugzeugen durch Napalm- und Splitterbombenwürfe auf die befreiten Gebiete täglich neu hervorgerufen werden, sind nur die brutale Verdeutlichung dessen, was im kolonialen Alltag sonst "nur" als Zwangsarbeit, Unterernährung und niederige Lebenserwartung erscheint.

Nach dem Scheitern aller politischen Lösungsversuche, nach der Zerschlagung aller afrikanischen Parteien durch die portugiesische Geheimpolizei PIDE ist der bewaffnete Kampf die einzige und grundlegende Therapi der kolonialen Krankheit.
Für uns stellen sich zwei Aufgaben:

1. die Bekämpfung derkolonialen Ausbeutung und Unterdrückung dort, wo sie ihren Ausgangpunkt hat: in den Metropolen; d.h. sowohl in den Universitätsinstituten, Betrieben und Büros, in denen wir arbeiten, als auch durch öffentliche Demonstrationen , die den Verschleierungszusammenhang z.B. der "Entwicklungshilfe" aufaufreissen;
2. dass auch direkte, gezielte Hilfeleistung möglich und nötig ist (etwa durch Sammlung von Medikamenten für die Ambulanzen der Befreiungsbewegungen), verdeutlicht vielleicht die folgende Passage aus dem Bericht, den Amilcar Cabral, der Gen. Sekretär der PAIGC vor dem Exekutivsekretariat der OSPAAL in Havanna gegeben hat:
"... Wenn man bedenkt, dass wir nichts angefangen haben und dass die Portugiesen im ganzen Land nur 3 Krankenhäuser und einige Ambulanzen hatten, kann man die Bedeutung der Ergebnisse ermessen, die wir mit Hilfe einiger befeundeter Länder und Organisationen schon erzielt haben. Da aufgrund dieser Fortschrittedie Unterhaltskosten und der Bedarf an Medikamenten, die empfangene Unterstützung reicht nicht aus ... Diese Schwierigkeiten und Probleme verdienen unsere besondere Aufmerksamkeit, denn der Gesundheitsdienst ist ein politischer Faktor ersten Ranges für die Konsolidierung unserer befreiten Regionen und für die Entwiclung unseres Kampfes

- - - - - - -

Auf der Frankfurter Arbeitskonferenz wurden die ersten organisatorischen Vorbereitungen für die von der INFI-Projektgruppe Afrika initiierte Kampagne gegen den BRD-Imperialismus in den portugiesischen Kolonien Angola, Guinea (B) und Mozambique getroffen. Eine Reisegruppe des INFI wird Anfang/Mitte Juni mit einem teach-in-Programm (incl. einem kuban. Film über den Befreiungskampf in Giunea (B)) durch die Bundesrepublik fahren. Feste Termine gibt es bisher nur für Köln (11.6.) und Aachen (12.6.), lose Absprachen mit Kiel und Münster. Alle Gruppen werden gebeten, <u>frühzeitig</u> zu klären, ob in ihren Unis oder PHs dieses teach-in-Programm auch durchgeführt (d.h. auch propagandistisch vorbereitet, evt. über ASTAs finanziert und praktisch - durch direkte Aktionen - "verlängert") werden kann. Diese Vorklärung und Meldung von Terminen an das INFI sollte bald geschehen, damit sinnvoll disponiert, d.h. die möglichst kürzeste Rundreise-Route festgelegt werden kann. Das INFI wird rech zeitig Vorlagen und Material für Flugblätter den interessierten Gruppen zustellen. Es besteht in Berlin auch die Möglichkeit, ein gemeinsames Plakat herzustellen, in das dann nur die jeweiligen lokalen Angaben nachgetragen werden müssten. Bitte also auch Mitteilung, ob und wieviel davon gewünscht wird; (Preis richtet sich nach der Auflagenhöhe). - Das beigefügte Material (Befr. Gebiete ...) ist möglichst an Mediziner-ad-hoc oder Basisgruppen weiterzugeben, um auch andere Orten die Sammlung zu initiieren.

INFI - Afrika, Wolfgang Schwiedrzik, 1 Bln 21, Stephanstr. 25

BERLIN (OSI): SOZIALISTISCHE POLITIK - NAME UND PROGRAMM

Das Redaktionskollektiv der Berliner Zeitschrift für Politologie beendete den Konflikt mit den pseudo-liberalen Herausgebern der Zeitschrift im März dieses Jahres damit, daß es ihnen ihre Funktionslosigkeit klar machte, Selbstbestimmung übte und die irrationale Trennung von Redaktion und Herausgebern aufhob.

Das Ergebnis wurde im Editorial der gerade erschienenen ersten Nummer der SoPo wie folgt umschrieben:

"Aufgrund der Arbeitserfahrung bei der Gestaltung der Berliner Zeitschrift für Politologie während des Jahres 1968 faßte die Redaktion im Februar 1969 folgenden Beschluß über ihre zukünftige Tätigkeit:
1. Die sozialistische Praxis in Hochschule und Gesellschaft muß stärker als bisher in unserer redaktionellen Arbeit zum Ausdruck kommen.
2. Die theoretische Konzeption muß auch Niederschlag finden in der Organisationsform der Zeitschrift.
3. Da die -sich liberal titulierenden- bisherigen Mitherausgeber der Berliner Zeitschrift für Politologie mit juristischen Mitteln drohen, die Herausgabe einer eindeutig sozialistischen Zeitschrift unter dem alten Namen zu verhindern, gibt das Redaktionskollektiv der von ihr in Zukunft herauszugebenden Zeitschrift den Namen:

Sozialistische POLITIK

Ausgehend von der tradierten Organisationsform periodisch erscheinender Fachzeitschriften erschienen der Redaktion Änderungen dieser Organisation unumgänglich. Ein erster Schritt dieser Umwandlung war die Aufhebung der Isolation ressortbezogener Redaktionsarbeit und die Bildung eines Redaktionskollektivs. Die redaktionsinterne Entwicklung konnte aber nur Begleiterscheinung der allgemeinen hochschulpolitischen Entwicklung sein. Die Konsolidierung der Redaktion führte zur Analyse der mangelhaften Selbstbestimmung, resultierend aus personeller und funktionaler Trennung von herausgebern und Redaktion sowie der Übernahme eines pluralistischen Eklektizismus als theoretischer Grundlage redaktioneller Gestaltung. Um nicht den Widerspruch zwischen dieser irrationalen Ausgangsposition und unseren Bemühungen um Inhalte und Organisationsformen der sich bildenden sozialistischen Alternative an der 'Freien' Universität Berlin und der außerparlamentarischen Opposition zu perpetuieren, hob das Redaktionskollektiv auch seine Rolle eines passiven Agenten auf. Es kann sich nur als Vermittler einer Lehr- und Forschungspraxis begreifen, die ihr Ziel in der radikalen Umwandlung der bestehenden Gesellschaft und der Entwicklung einer sozialistischen Alternative sieht. Die Formen dieser Veränderung und ihre sozialistische Perspektive rücken damit in den Vordergrund redaktioneller Arbeit."

Die sozialistische POLITIK führt den Untertitel: Organ kritischer Sozialwissenschaft und begreift sich als Sprachrohr sozialistischer Praxis in Hochschule und Gesellschaft.

Im Unterschied zur Konzeption einer rein fachlich bezogenen, pluralistischen politologischen Zeitschrift sollen hier alle diejenigen ihr Organ finden, die sich an den verschiedensten Hochschulen und Arbeitsplätzen außerhalb der Universitäten um sozialistische Forschung und Lehre bemühen und gleichzeitig von ihrer als sozialistische Praxis begriffenen Tätigkeit in der Basis oder den Überbaubereichen die Isolation und ungenügende Vermittlung aufheben wollen.

Nur durch die strukturelle Konsolidierung der sozialistischen Organisationen und damit auch der publizistischen Organe der sozialistischen Opposition ist nach Auffassung des Redaktionskollektivs der SoPo eine erfolgreiche sozialistische Politik möglich.

Mitarbeiter, Autoren, Kritiker, Abonnenten, Wiederverkäufer schreiben an:
Redaktionskollektiv Sozialistische Politik
1 Berlin 33
Ihnestraße 21

J U S T I Z K A M P A G N E

VERKEHRSSICHERHEIT GEHT VOR DEMONSTRATIONSRECHT
aus: Rote Notizen - Tübingen

"Die Justiz ist eines der Mittel, deren sich die herrschende Klasse in ihrem latenten Kampf gegen das Proletariat bedient."
E.Fraenkel, 1927

Daß diese These Fraenkels nach über vierzig Jahren noch keineswegs überholt ist, hat das Bundesverwaltungsgericht in seiner neuesten Entscheidung zum Demonstrationsrecht wieder einmal schlagend bewiesen.
Diese Entscheidung besagt inhaltlich, daß die im Grundgesetz garantierte Meinungsfreiheit und Versammlungsfreiheit in der Form der Demonstration eingeschränkt werden können, "wenn und insoweit es die Verkehrssicherheit und der Schutz der Allgemeinheit vor Belästigungen erfordern." Zwar wird die Freiheit auf Meinungsäußerung unterstrichen, aber: "die Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs (gemeint ist wohl der Straßenverkehr) und der Schutz vor Belästigung seien höherwertige Rechtsgüter, hinter denen die freie Meinungsäußerung, wenn sie auf diese einwirkt, zurücktreten muß."
Es soll nicht analysiert werden, inwieweit dieses Urteil die bisherige Rechtsprechung pervertiert (übereinstimmend war bisher das Recht auf freie Meinun säußerung als höherwertiges Rechtsgut angesehen worden als das Recht auf ungehinderten Straßenverkehr); analysiert werden soll die politische Bedeutung dieses Urteils, das die noch verbliebenen "legalen Möglichkeiten der APO weiter einschränkt, ihren Widerstand gegen das kapitalistische System der Bundesrepublik fortzusetzen und zu intensivieren.
Die zunehmende Politisierung der Studenten, Schüler, Jungsrbeiter und Lehrlinge im letzten Jahr veränderte auch den Charakter der Demonstrationen. Auf die sich verschrafende Repression der herrschenden Klasse antworteten wir mit Widerstandsaktionen und militanten Demonstrationen, was für viele der Beteiligten auch die - zumindest temporäre Durchbrechung verinnerlichter Unterdrückung bewirkte. Aber auch Nichtbeteiligten - vor allem Lehrlingen und Jungarbeitern - wurde hierdurch zum ersten Mal klar, daß die sich durchaus gegen die durch die Sozialisationsinstanzen (Familie, Schule, Lehrwerkstatt, Betrieb) vermittelten Unterdrückungsstrukturen wehran können.

Diese die sozialistische Opposition stabilisierende Entwicklung spiegelt sich wieder in den Grundsatzurteilen der Bundesverwaltungsgerichte zum Demonstrationsrecht: wurde noch Anfang letzten Jahres die vom Berliner Senat verbotene Vietnam-Demonstration (1o ooo Teilnehmer) vom Verwaltungsgericht genehmigt, so zeichnete sich schon beim Nixon-Besuch eine Anderung der bisher geübten Rechtssprechungspraxis ab. Jegliche Demonstration wurde verboten mit der Begründung, "daß ein Teil der Gruppen der APO nach ihrem Selbstverständnis nicht bereit sei, sich innerhalb der Grenzen des Demonstrationsrechts zu bewegen und die Anwendung vom Gewalt zu vermeiden." Bestand nach dieser Entscheidung noch immer die Möglichkeit, Demonstrationen über linke und liberale Gruppen anzumelden, denen man ein solches Selbstverständnis nic t nachweisen konnte: nach der zu Anfang zitierten Entscheidung wird auch diese Lücke konsequent geschlossen.
Diese - allerdings noch nicht zur herrschenden Rechtsprechung erhobene - Argumenta tion kann in bestimmten Situationen (z.B. Streik an der Universität, Demonstrantenprozesse, Bundestagswahlkampf) einem generellen Demonstrationsverbot gleichkommen, die Notstandsstufe 1 kann auf diesem "Umweg" viel populärer eingeübt werden als über die Praktizierung der NS-Gesetze.
Bisher mußte die Polizei den Demonstranten mehr oder weniger taten-

los zusehen und konnte erst einschreiten, wenn aus der Menge irgendwelche "Gewaltakte" begangen wurden oder die vorgeschriebene Marschroute verlassen wurde. Jetzt ist hier durch die Justiz die Möglic keit gegeben, bei bestimmten Anlässen - wie oben erwähnt - jede spontan sich bildende Demonstration oder nur Ansammlung von wenigen Leuten sofort zu zerschlagen, wie es während des Ausnahmezustandes in Berlin beim Nixon-Besuch und der Wahl zur Bundesversammlung ständig eingeübt wurde.

Die Justiz produziert mehr Radikale, als sie einlochen kann.

JUSTIZKAMPAGNE : ANARCHISTEN UND STAATSSCHUTZ

aus: Rote Notizen - Tübingen

Folgende Urteilsbegründung ist in Berlin am 28.1.69 gegen Gaston Salvatore und Rolf Schwiedrzig gegeben worden:
"Beide zählen sich zur sogenannten außerparlamentarischen Opposition, einer linksradikalen, äußerstenfalls wenige tausend Anhänger zählenden politischen Gruppe, die in Berlin seit dem Beginn ihres Bestehens überwiegend auf einhellige Ablehnung stößt und ihre umstürzlerischen Zielsetzungen seit Jahren u.a. durch Brandschatzungen, Sachbeschädigung und zum Teil bewaffnete Angriffe auf Polizeibeamte verfolgt. Zu den Leitbildern der APO gehört der chinesische Kommunistenführer Mao Tse Tung, dessen Lehre über erfolgreiche Methoden des Kleinkrieges sie bei ihren aufrührerischen Handlungen zu befolgen trachten. Beide Angeklagten sind entschlossen, daran mitzuwirken, das gegenwärtige Staatsgefüge mit der es tragenden Rechtsordnung durch eine Revolution umzustürzen, um ganz neue Machtverhältnisse zu schaffen, über deren Ausgestal ung sie - soweit überhaupt - nur verworrene Vorstellungen haben. Gewaltanwendung unter Bruch der geltenden Rechtsordnung, an die sie sich nicht gebunden wähnen, betrachten und propagieren sie als angemessenes Mittel dafür. Die staatlichen Organe der Rechtspflege und deren einzelne Bedienstete sind ihnen verhaßt ... Ein Angriff auf die Wirkungsstatten der dritten Gewalt offenbar die bedingungslose Entschlossenheit der Angeklagten, durch massiven Straßenterror das öffentliche Leben in Berlin empfindlich zu stören, um ihrem umstürzlerischen Zielen näher zu kommen. Ihr Treiben ist gemeingefährlich und verbrecherisch. Der Staat muß sich ihrer mit der ihren Methoden angepaßten Härte erwehren, will er die nach dem 2.Weltkrieg errichtete freiheitlich demokratische Grundordnung als die vom Volkswillen geschaffene und getragene Staats- und Gesellschaftsform gegen die Angriffe militanter Gruppen anarchistischer Zerstörer bewahren."

Wie in der Zeit der Bismarckschen Sozialistenverfolgung, wie in der Weimarer Zeit, werden die Angeklagten als politische Feinde behandelt; die Feinde, vor denen die Justiz den Staat und die Ordnung der wenigen Mächtigen schützen will, nennt sie heute Anarchisten. Die FR vom 7.3. berichtet, daß seit einem Jahr "anarchistische Gruppen" von der Bundesanwaltschaft (mit Hilfe dreier Geheimdienste) beobachtet werden; als Resultat davon ist die U-Haft des Arbeiter-Genossen Schmiedel in Hamburg Febr.69 zu sehen, die Ermittlung wegen Landesverrat gegen einen Berliner Genossen, der im Zuchthaus Tegel als Vollzugshelfer gearbeitet hat, und diex Ermittlungen gegen die Kommune I wegen Nötigung von Verfassungsorganen.
Die Methoden der Anarchistenverfolgung sind die gleichen wie die

der Kommunistenverfolgung der 5oer Jahre. Die Benennung des Feindes mußte aber geändert werden, da ein militanter Antikommunismus nicht mehr opportun ist. Die BRD ist noch rechteitig auf die Koexistenzlinie eingeschwenkt, wie die Zulassung der DKP zeigt, von der man, wohl nicht zu Unrecht, ein staatsrettendes Verantwortungsbewußtsein a la SPD oder KPF erhofft. Darum machen die Herrschenden eine saubere Trennung zwischen anständigen Kommunisten und unverbesserlichen Anarchisten. Damals wurde der Staat über Geheimdienste und Justiz allein ohne Hilfe von aufgehetzten Massen mit der KP fertig, weil die politische Organisation der KP durch den Faschismus zerschlagen worden war, und die KP sich deshalb nicht aktiv - in Manifestationen etc. - dagegen wehren konnte. Bei der APO dagegen, die öffentlich kämpft, reichen offensichtlich die bisherigen Mittel zur Zerschlagung nicht aus. Als Voraussetzung für die Einsetzung der Bevölkerung in die Bekämpfung der politischen Opposition muß eine neue Gefahr - die Anarchisten - aufgebaut werden.

Hierfür bietet sich die Kommune I an. Für die Studentenrevolte hatte sie exemplarische Funktion, die zwar für uns jetzt überholt ist, der Reaktion aber ein Trauma bleibt. Die K 1 hat es erstmals geschafft, die Justiz lächerlich zu machen, die Möglichkeit ihrer Bekämpfung und zugleich ihre Gefährlichkeit zu zeigen. Die 3 großen Prozesse der K 1 war ein entscheidender Impetus für die Justizkampagne. Nur ist es der Kommune selbst nicht gelungen, sich an der Organisierung dieses Kampfes gegen die Justiz, vor allem außerhalb der Gerichtsäle, zu beteiligen.

Die Behandlung der APO als politischer Feind heißt, daß es möglich wird, die Staatsschutzbestimmungen von 1951 auf sie anzuwenden. Die hysterische antikommunistische Welle nach Ausbruch des Korea-Kriegs wurde dazu benutzt, diese Bestimmungen zu verabschieden, um damit den Widerstand gegen die Wiederaufrüstung der BRD zu erstikken, und um außerdem das KP-Verbot einleiten zu können. Diese Bestimmungen sollen jetzt reformiert werden. Es ist zu erwarten, daß lediglich eine Präzisierung der Definitionen erreicht wird, damit die Richter ihren politischen Auftrag, den Staat und den status quo zu schützen, erreichen können, ohne auf extensive Auslegung zurückgreifen zu müssen und ohne dabei den Verdacht einer Gesinnungsjustiz erwecken zu müssen. Nach den Staatsschutzbestimmungen wird es möglich sein:
1. Genossen sofort in U-Haft zu stecken, ohne die normalen U-Haft-Bestimmungen etwa durch Vorbeugegesetze ändern zu müssen - so kann man sich die Aufregung der liberalen Presse ersparen. Die Schwerfälligkeit des Justizapparats (lange Ermittlungszeit, mehrere Instanzen) wäre dann ein Vorteil für die Herrschenden, und nicht mehr für uns.
2. Die Prozesse kommen vor den BGH oder die Politischen Strafkammern, die erste und letzte Instanz zugleich sind.
3. Es könnte notfalls die Öffentlic keit für die Dauer der Verhandlung ausgeschlossen werden, wenn Staatsgefährdung vorliegt, und dem Angeklagten ein Schweigegebot über die Verhandlung erteilt werden - im Falle von Zuwiderhandlung kann ein Prozeß wegen Landesverrats eingeleitet werden. Dies gilt zwar nur für Spionagefälle, aber wer Bomben legt, um sie selbst wieder aufzuspüren (wie bei der K 1 geschehen), wird auch Spionage erdichten können, wenn er davon profitieren kann.
4. Kommt das Gericht zu der Überzeugung, daß die 'normalen' Demonstrationsdelikte in staatsgefährdender Absicht geschehen sind, wird das Strafmaß erhöht.

Der Versuch, so mit der K 1 zu verfahren, ist fehlgeschlagen. Nach

5-wöchiger U-Haft mußte dem Freilassungsantrag des Verteidigers doch staattgegeben werden. Dies ist nicht nur auf die dilettantische Bombenlegung der Polizei zurückzuführen, sondern ebenfalls auf die Solidarität der Gefangenen in Tegel und Moabit und auf die Solidarität der politischen Studenten und Arbeiter in Berlin.

Daß die Solidarität (Demstrationen in der Stadt, vor und in den Gefängnissen) einen direkten Schutz bieten konnte, ist allerdings eine Ausnahme. Es wird zu erwarten sein, daß U-Haft Gefängnis verhängt werden. Aber eine Festigung und Organisierung des Widerstandes in diesen Bereichen wird die Pläne der Konterrevolution vereiteln können.

PASCHUKANIS ALLGEMEINE RECHTSLEHRE UND MARXISMUS

Ab sofort kann das Buch durch Überweisung von DM 10.- auf das Konto der Rechtshilfe, Dresdner Bank 28 28 80, mit dem Vermerk 'Paschukanis' bezogen werden.

Oskar NEGT: POLITIK UND GEWALT

Bestellung: 10 Exemplare gegen DM 3.- Vorauszahlung auf

Dresdner Bank 28 24 27
POstscheck Ffm 316 07 Bundesvorstand

INDONESIEN-BROSCHÜRE

Für den Suharto-Besuch hatten wir eine Broschüre vorbereitet. [illegible]schist [illegible]
Sie enthält zwei Aufsätze über die wirtschaftliche und politische Entwicklung Indonesiens und die Selbstkritik der PKI von 1966. Umfang etwa 50 Seiten.

Die Broschüre kann (ab 10 Exemplare) für DM 1.80 bezogen werden. Einzelbestellungen bitte nicht an uns. Nach Möglichkeit 18.- Vorauszahlung für 10 Exemplare.

BV - 6 Ffm - W Hauff Str 5.

MAINZ: SDS VERJAGT VORBEUGEHAFT-HIRSCH

Der RCDS/MSU-AStA hatte eine Podiumsdiskussion mit Hirsch (MdB), Kaeseha gen (örtlicher Polizeiführer) und ähnlichen Leutchen angesetzt. Wir begannen erst Montag Morgen mit der Agitation (s. beiliegendes Flugblatt) Das Flugblatt schlug ein, und die Studenten erwarteten einiges von uns ("macht ihr endlich mal auch bei uns was"). Es kamen ca. 7oo Studenten, wi wie sonst nur zu Vollversammlungen. Die Stimmung war von Anfang an gespannt; schon vor dem Erscheinen von Hirsch etc. war eine Agitation nicht möglich, weil wir niedergeschrien wurden. Sobald die Leutchen da waren, versuchte der ASTA, "mit der Diskussion zu beginnen".
Wir argumentierten eine Diskussion über Verfassungskonformität von Vorbeuge haft und Ordnungsrecht sei überflüssig, da sie schon praktiziert würde; da aber klar sei, daß diese Gesetzeskomplexe gemacht würden, um uns zu liquidieren, müßten wir über den organisierten Widerstand diskutieren. Eine unverbindliche Diskussion mit Hirsch sei Zeitverschwendung, es sei denn, er würde ein imperatives Mandat von der Versammlung annehmen. Nach einer 3/4 Stunde Hin- und Herschreierei warfen wir dann Eier und Hirsch & Co. verschwanden.
Danach konnte dann die Diskussion über den Widerstand geführt werden. Wir zeigten auf, daß es notwendig sei, sich in Basisgruppen zu organisieren, um sich kritische Inhalte zu erarbeiten, und besonders, um bei Anwendung des Ordnungsrechts Gegenmaßnahmen gegen die Institute organisieren zu können.
Wir glauben jetzt bei weiterer guter politischer Arbeit, das bei dieser Aktion mobilisierte Potential organisatorisch erfassen zu können.

MAINZ: Flugblatt zum Ordnungsrecht

Jetzt, da einige Studenten endlich die Kritiklosigkeit, die Ihnen in Kindergarten, Schule, Kirche, Elternhaus und Bundeswehr anerzogen wurde, überwinden, das heißt, kritische Fragen stellen, droht diesen Fragestellern der Abbruch ihrer Ausbildung durch das Ordnungsrecht. Dieser Staatsvertrag zur Reform der wissenschaftlichen Hochschulen sieht so aus:

§ 3: 1) Versagung der Teilnahme an Lehrveranstaltungen
2) Ausschluß vom Studium an allen Hochschulen des Landes
3) Ausschluß als Mitglied der Hochschule bis zu 3 Jahren

Nach § 4 können Studenten, die z.B. in Mainz eine Vorlesung des NS-Professors Bartholomeyczik stören, in Frankfurt, in München, Saarbrücken usw relegiert werden!
WESSEN ORDNUNG SOLL DIESES MINISTERPRÄSIDENTENORDNUNGSRECHT GARANTIEREN ?
Der Entwurf meint: "Die Ordnung an den Hochschulen". In wessen Interesse ist diese Hochschulordnung erforderlich ?
1) Im Interesse der Studenten, die Ihre Ausbildung selbst bestimmen und ordnen können ? oder
2) Im Interesse einer Industrie, die maximale Gewinne nur macht, wenn sie für den Abfallhaufen produziert.
Dazu braucht sie ordentlich ausgebildete Ingenieure, Chemiker, Werbe- und Betriebspsychologen, Werksärzte und Rüstungstechniker. Im Interesse einer Verwaltung, die immer noch Lehrer für konfessionelle Zwergschulen ausbildet, Juristen erzieht, die Rehse-, Klarsfeld- und Poblemzurteile fällen; Ärzte, die an Klassenkrankenhäusern reich werden, Biologen, die bakterielle Waffen herstellen, Theologen, die die Befreiung des Menschen vom Unglück durch sich selbst verhindern, indem sie falsche Hoffnungen auf eine "höhere Macht" wecken.
Es ist das Interesse derer, die Mitläufer für ihr inhumanes, da profitorientiertes System gerade an den Unis suchen.

Werden Sie nicht zu deren Handlangern. Organisieren Sie sich statt dessen in Initiativgruppen, Basisgruppen, Reflexionsgruppen, Aktionsgruppen.
Heute abend 2o°° an der Uni

Diskussion: Ordnungsrecht und Vorbeugehaft
mit: Käsehagen, Polizeipräsident, Hirsch SPD-MDB und Professor Noll (Honorar 2oo.-DM)

UND WIR

S C H L A G T D I E F A S C H I S T E N

W O I H R S I E T R E F F T ! ! ! ! !

Hirsch bringt die faschistische Vorbeugehaft in den Bundestag ein.
Hirsch kommt nach Mainz, um darüber und über das neue Ordnungsrecht zu labern.
Das geht zu weit!!!
Unsere Henker wollen noch diskutieren, ob wir mit den Stricken einverstanden sind.
Wir nicht. Wir schlagen den Faschisten in die Fresse.
Kommt heute abend und helft uns dabei !
Bringt das entsprechende Instrumentarium mit.

Wenn wir sie vertrieben haben, müssen wir diskutieren, wie wir uns dagegen wirkungsvoll organisieren. Und zwar nicht in theoretischen akademischen Arbeitskreisen, sondern in Aktivgruppen, die den Widerstand auf allen Ebenen vorbereiten.
Denn was nützt es uns, wenn wir kritisch werden und dann niedergeknüppelt und eingelocht werden.
Dann nützen uns keine Argumente was.
Deshalb keine Diskussion mit unseren Schlächtern, sondern nur, wie wir sie uns vom Hals schafffen können.

H a u t d e m H i r s c h e i n s a u f s G e w e i h ! !

SDS SOZIALISTISCHER DEUTSCHER STUDENTENBUND SDS

GERMANISTIK ABSCHAFFEN!
Agitationsbroschüre der Basisgruppe Germanistik Frankfurt
0.30 DM bestellen bei Bagr. Germ.
6 Frankfurt a.M. 1, Gräfstr. 76/I
Tel. 7983137

MÜNCHEN: ZUR 1. MAI - KAMPAGNE

"Die Kommunisten unterstützen überall jede revolutionäre Bewegung gegen die bestehenden gesellschaftlichen und politischen Zustände. In allen diesen Bewegungen heben sie die Eigentumsfrage, welche mehr oder minder entwickelte Form sie auch angenommen haben möge, als die Grundfrage der Bewegung hervor."

Manifest der Kommunistischen Partei

Für die Entfachung des Klassenkampfs von unten und für die Entwicklung der Arbeiterschaft zur kämpfenden Klasse sind im Spätkapitalismus - besonders im postfaschiatischen der BRD - zwei Aspekte des Bewußtseins der Arbeiterschaft von besonderer Bedeutung:

1. Die Arbeiterschaft hat zwar nach eislich ein dichotomisches Gesellschschaftsbild und sieht z.T. auch Kapital und Arbeit als Gegensätze. Aber die erst reformistisch-sozialdemokratische und systemimmanent-gewerkschaftliche und später die faschistische Erziehung der Massen haben den Grundwiderspruch zwischen Lohnarbeit und Kapital in der Weise aus dem Arbeiterbewußtsein verdrängt, daß die Arbeiterschaft nur noch die eine Seite des Widerspruchs, nämlich ihre eigene Lage sieht. Die Arbeiterschaft begreift zwar durchaus noch ihre eigene Lage als verbesserungsbedürftig. Aber eine bewußtseinsmäßige Reduzierung des Grundwiderspruchs auf die eigene Lage bildet die Grundlage dafür, daß die Verbesserung der eigenen Lage identifiziert wird mit der Verbesserung des Lebensstandarts, der rechtlichen Stellung, des Ansehens etc..

Für die Entwicklung der Arbeiterschaft zur kämpfenden Klasse ist es daher von entscheidender Bedeutung, ob es durch Aufklärung, Schulung und jeweilige Kämpfe gelingt, das Kapital zum erkennbaren Gegenstand von politischem Kampf zu machen. Dies ist eins der Kriterien für die Auswahl der Ansatzpunkte der Basisarbeit außerhalb der Hochschule.

2. Im dichotomischen Gesellschaftsbild der Arbeiterschaft reduziert sich andererseits der Grundwiderspruch auf einen Herrschaftswiderspruch, den "oben-unten"-Widerspruch. Der "oben-unten"-Widerspruch wird zwar nicht bejaht, büßt aber die mobilisierende Wirkung eines Widerspruchs ein, indem er als Schicksal hingenommen wird. Diese Resignation ist die notwendige Folge davon, daß sich der Grundwiderspruch im Bewußtsein auf einen "oben-unten"-Widerspruch reduziert hat. Die Arbeiterschaft sieht im "Oben-Unten" etwas, das sie vorfindet, ohne Einfluß darauf gehabt zu haben, und erkennt nicht, daß sie es ist, die mit der Lohnarbeit die Herrschaft über sich selbst produziert.

Aufklärung, Schulung und jeweilige Kämpfe haben wesentlich die Aufgabe, diese Resignation zu überwinden. Die Basisarbeit außerhalb der Hochschule muß an Punkten ansetzen, wo die Arbeiterschaft durch Schwächung der Stellung der Herrschenden und ihrer Lakaien und durch die eigene Aktion Handlungsmöglichkeiten erkennen und ein Bewußtsein ihrer eigenen Stärke bekommen kann. Konkret: Es geht nicht darum, die Herrschenden nur als Unterdrücker der Arbeiterschaft zu entlarven, sondern ebenso und gleichzeitig als angreifbar und verwundbar.

Im folgenden sollen die P r o d u k t i o n s e b e n e und die R e p r o d u k t i o n s e b e n e unter Berücksichtigung der oben angedeuteten beiden Aspekte auf Ansatzkriterien für die Basisarbeit außerhalb der Hochschule untersucht werden. (Unter Produktionsebene ist hier der Bereich zu verstehen, wo der Arbeiter seine Arbeitskraft verkauft und der Mehrwert produziert wird; unter Reproduktionsebene der Bereich, wo der Arbeiter seine Arbeitskraft reproduziert und zwar reproduziert zu den Bedingungen und auf dem "Niveau", die durch den zur Mehrwertrealisation nötigen Warenabsatz bestimmt sind.)

1. Obwohl ständige Konflikte im Betrieb und überbetriebliche Auseinandersetzungen zeigen, daß der Grundwiderspruch zwischen Lohnarbeit und Kapital kein statischer ist, erscheint der Arbeiterschaft das Kapital auf der P r o d u k t i o n s ebene als ein sich gleich bleibender Faktor. Die bewußtseinsmäßige Reduzierung des Grundwiderspruchs auf die oberflächige Erscheinungsform der einen Seite des Widerspruchs, nämlich auf die eigene Lage, wird verstärkt auf die verhältnismäßig verschleiernde Weise, wie die absolute Höhe des Lohneinkommens stetig wächst. Darüberhinaus sorgt die Tarifpolitik der bestehenden Gewerkschaften dafür, daß das Engagement für die materielle Verbesserung der eigenen Lage nicht in Konflikt mit den Interessen des Kapitals gerät. Die Tatsache, daß die ständigen partikulären Konflikte und Spontanaktionen der Arbeiter bisher zu keiner Politisierung geführt haben, die aus den Anlässen einen politischen Kampf entwickelt hätte, ist ein weiteres Indiz dafür, daß beim gegenwärtigen Bewußtseinsstand und bei der gegenwärtigen objektiven Lage der Arbeiterschaft der Betrieb nicht die primäre Ausgangsbasis für eine Politisierung ist, die das Kapital zum Gegenstand von politischem Kampf macht. Ausnahmen davon können allerdings stagnierende Betriebe und Branchen, Rationalisierungs- und Automatisierungsmaßnahmen sein, wo die Gefährdung der eigenen Lage die sicht auf die Kapitalverwertung als Ursache lenken kann.

Auf der R e p r o d u k t i o n s ebene vollzieht sich z.T. die umgekehrte Entwicklung wie auf der Produktionsebene. Gerade in der Rekonstruktionsperiode war das Kapital zwar an einer verhältnismäßig starken Steigerung der Konsumtionsfähigkeit der Arbeiterschaft interessiert. Andererseits setzt die Kapitalverwertung immer der Entwicklung der Konsumtionsfähigkeit der Arbeiterschaft objektive Schranken, die dafür sorgen, daß der Arbeiter nichts als seine Arbeitskraft zu verkaufen hat und sich also als Lohnarbeiter reproduziert. Diese Schranken, die nach dem Ende der Rekonstruktionsperiode immer spürbarer werden, realisieren sich heute weniger auf der Produktionsebene durch Stagnieren oder Sinken der absoluten Höhe des Lohneinkommens, sondern durch steigende Reproduktionskosten. Die Arbeiterschaft, die statt des Grundwiderspruchs zwischen Lohnarbeit und Kapital nur noch die eigene Lage sieht, wird sich unter diesen Umständen ihrer Abhängigkeit von der Kapitalverwertung eher auf der Reproduktionebene als auf der Produktionsebene bewußt.
Vor allem bei zwei Schichten der Lohnabhängigen ist der Ansatz auf der Reproduktionsebene von besonderer Bedeutung: Einmal bei denjenigen, die aufgrund der spätkapitalistischen Absatzpropaganda so weitgehende Bedürfnisse entwickelt haben, daß die durch den Arbeitslohn gegebenen Möglichkeiten der Bedürfnisbefriedigung dazu in krassem Mißverhältnis stehen (vor allem junge Arbeiter). Zum anderen diejenigen, die nicht oder kaum mehr in den Genuß des verhältnismäßig stetigen Wachstums des Lohneinkommens gelangen und deswegen besonders von der Steigerung der Reproduktionskosten betroffen sind (vor allem ältere Arbeiter und Rentner).

2. Die Entpolitisierung und Resignation der Arbeiterschaft ist in hohem Maß auf die historische Erziehung der Massen durch die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften und auf die Tätigkeit der bestehenden Gewerkschaften zurückzuführen. Die bestehenden Gewerkschaften sind nicht als "schlechte Interessenvertretung der Arbeiterschaft" zu begreifen, sondern als Regulativ, mit dem die Konsumtionsfähigkeit der Arbeiterschaft den jeweiligen Bedürfnissen der Kapitalverwertung angepaßt wird, und als Herrschaftsinstrument (Disziplinierung der Arbeiter durch "Arbeitervertreter"). Damit die Gewerkschaften diese doppelte Funktion erfüllen können, brauchen sie zwar von der Arbeiterschaft nicht als Kampforganisation oder politische Interessenvertretung aber doch als Vertretung ihrer materiellen Interessen im Kapitalismus anerkannt werden.
Auch wenn die Gewerkschaften selber von der Arbeiterschaft nicht als Klassenkampforganisation angesehen werden, so stellt das Verhälnis der Arbeiterschaft gegenüber den Gewerkschaften ein wesentliches Hindernis für die Entfachung des Klassenkampfes auf der Produktionsebene dar. Die Existenz und die Politik der bestehenden Gewerkschaften sind eine wesentliche Ursache dafür, daß die Arbeiterschaft zwar die Gesellschaft als in "oben und unten"

gespalten begreift, aber weder die Notwendigkeit noch vor allem die Möglichkeit der Veränderung der bestehenden Verhältnisse erkennt: die Existenz und Politik der bestehenden Gewerkschaften erwecken einerseits den Eindruck, als könne die Lage der Arbeiter ohne Kampf und bei Aufrechterhaltung des Grundwiederspruchs zwischen Lohnarbeit und Kapital gesichert und verbessert werden. Andererseits verstärken die Gewerkschaften die Resignation vor dem "oben-unten", indem sie die Vertretung der Interessen der Arbeiterschaft als nur möglich durch die Teilhaberschaft an der Herrschaft und Übernahme von Herrschaftsfunktionen (Bundestags-, Stadtrats-, Aufsichtsrats-Mandate etc.) erscheinen lassen. Die vorhandene Unmut und d das Mißtrauen gegen die Gewerkschaften sind ihrerseits das Spiegelbild davon: Man nimmt das "Oben-Unten" als unveränderlich hin und räsonniert nur darüber, daß man selber "unten" ist, die "Arbeitervertreter" aber jetz zu "denen da oben" gehören. Die häufige Kritik, daß die Gewerkschaften selber kapitalistische Unternehmer sind, ist kein Teil einer Infragestellung des Kapitalismus, sondern eher ein Ersatz für die Infragestellung des Kapitalismus.
Auf der R e p r o d u k t i o n s ebene gibt es keine den Gewerkschaften vergleichbare Interessenvertretungen und Organisationen (der Mieterschutzbund erfüllt längst nicht die umfassende Funktion der Gewerkschaften). Während die Arbeiter auf der Produktionsebene dem Schein nach nicht als Individuen den Grundpreis für den Verkauf ihrer Arbeitskraft festsetzen, sind sie als Käufer der Reproduktionsgüter auf sich gestellte Individuen. Angesichts der Tatsache, daß die Lohnabhängigen heute eher auf der Reproduktionsebene als auf der Produktionsebene ihre Abhängigkeit von der Kapitalverwertung und ihrer Schwankungen erfahren, ähnelt die Situation der Lohnabhängigen auf der Reproduktionsebene in manchem der Situation der noch nicht gewerkschaftlich organisierten Arbeiter im Frühkapitalismus - insbesondere bei den Gruppen der Lohnabhängigen, die sich nicht oder kaum durch die bestehenden Gewerkschaften vertreten sehen (junge Arbeiter, Frauen, Rentner).

Der Ansatz auf der Reproduktionsebene wurde von den außeruniversitären Basisgruppen realisiert in der Kampagne gegen die Einführung des "Weißen Kreis" in München, die sich in der Bildung von "Mieterselbsthilfen" fortsetzte. Die Feststellung, daß die Situation der Lohnabhängigen auf der Reproduktionsebene der Situation der noch nicht gewerkschaftlich organisierten Arbeiter im Frühkapitalismus ähnelt, bestätigt sich durch die verhältnismäßig große Bereitschaft zur spontanen Syndikalisierung. Es war verhältnismäßig einfach, nach der Einführung des "Weißen Kreises" den Zusammenschluß der gekündigten Mieter eines Hauses zu initiieren, die dem Hausbesitzer auch tatsächlich syndikalistisch entgegentreten. Es scheint nur eine Frage der Aktivität der Basisgruppen zu sein, daß eine größere Anzah syndikalistischer Zusammenschlüsse auf Hausebene entstehen. Es war auch noch möglich, daß die entstandene "Mieterselbsthilfe" eine insofern über die selbstgenügsame Syndikalisierung auf Hausebene hinausgehende Aktivität entfaltete, indem sie die Mieter im Stadtviertel agitierte und dabei eine Vorstufe politischer Aktivität entfaltete. Aber schon die aus dieser Organisierung entstandene Agitation der Mieter auf Stadtviertelebene zeig deutlich die Gefahr, daß nur eine Mietergewerkschaft nach Art der bestehe den Gewerkschaften oder des Mieterschutzbundes entsteht. Die Organisierun auf Stadtviertelebene, die mehr spontan als von den Basisgruppen initiier entstand, legt schon weniger das Schwergewicht auf die Syndikalisierung auf Hausebene, die tatsächliche Konfrontation schafft, sondern auf einen möglichst großen Mitgliederverein. Es zeigt sich, daß die von der Verschärfung der Reproduktionsbedingungen Betroffenen zwar ebenso wie die noch nicht gewerkschaftlich organisierten Arbeiter im Frühkapitalismus spontan "ihre Organisation" schaffen können, daß aber diese spontane Orga sierung denselben Mangel hat wie die spontane gewerkschaftliche Organisierung der Arbeiter, nämlich die Beschränkung auf die Organisierung der unmittelbaren Interessen und die Entwicklung eines "Trade Unionistischen" Bewußtseins statt eines Klassenbewußtseins.

Die Syndikalisierung der Mieter in "Mieterselbsthilfen" kann Schule und Durchgangsstadium zur politischen Organisierung sein. Ihre über die Syndikalisierung hinausgehende Bedeutung gewinnnen sie unter anderem dadurch, daß sie als in großer Zahl vorhandene organisierte Widerstandskerne bei der völligen Mietpreisfreigabe 1971/72 die politische Konfrontation ermöglichen, die bei der Einführung der ersten Stufe des Weißen Kreises 1968/69 notwendigerweise angesichts der völligen Vereinzelung der Betroffenen ausbleiben mußte. Aber es muß von vornherein vermieden werden, daß sich dieselbe Entwicklung einstellt wie bei der spontanen Organisierung der Arbeiter im Frühkapitalismus, nämlich daß die politische Organisierung sich aus der spontanen Syndikalisierung von innen heraus entwickelt und nur die politische, d.h. sozialdemokratische Fortsetzung des Trade-Unionismus wird. Die Syndikalisierung an der Basis wird nur dann eine Schule des Klassenkampfes, aus der sich Genossen für die Politischen Kader rekrutieren, wenn sie nicht im eigenen Saft schmort, sondern sich von vornherein als Teil einer politischen Kampagne und Bewegung vollzieht. (Primat der Politik über die Ökonomie, Klassenbewußtsein als von außen geschaffenes Bewußtsein). Das Schwergewicht darf also nicht darauf liegen jetzt eine "Mieterselbsthilfe" nach der anderen zu schaffen, die Basisgruppen müssen in Zusammenarbeit mit den schon organisierten Mietern Kampagnen durchführen, die über die Mietfrage das Kapital zum Gegenstand des politischen Kampfes machen. Die Einführung des weißen Kreis in München bietet insofern dafür einen Ansatzpunkt, als die Mietpreisfreigabe deutlich im Verwertungszusammenhang des Kapitals steht: Die Freigabe der Mieten bei Altbau- und Sozialwohnungen impliziert die Kapitalverwertung nicht nur über die Reproduktion der Lohnabhängigen, sondern ist darüber hinaus ein Mittel, um dem Kapital mittels der Stadtplanung neue Verwertungsmöglichkeiten zu schaffen (München wird schon jetzt angepriesen als besonders für Kapitalinvestitionen günstig; die Herrichtung der Stadt für die Olympiade schafft neue rigorose Verwertungsmöglichkeiten, die der Bevölkerung sorgfältig verschleiert werden; Stadt-, Landes- und Bundesregierung bieten großen Wohnungsbaugesellschaften ganze Stadtviertel an, die von Arbeitervierteln in Verwaltungs- und Versicherungszentren umgewandelt werden sollen). Die Entlarvung der gerade in München im Rufe einer sozialen Wohlfahrtseinrichtung stehenden Stadtregierung und der kapitalistischen Stadtplanung wird bei der zur Politisierung der Mietfrage notwendigen Kampagne die Funktion der Vermittlung zwischen der sozialen Lage der Lohnabhängigen auf der Reproduktionsebene und der Kapitalverwertung auf der Reproduktionsebene haben. Es geht darum die Kapitalverwertung zum Gegenstand der Kampagne zu machen und der Verteidigung der unmittelbaren Interessen zur politischen Konfrontation mit den Herrschenden zu gelangen. Unter diesem Aspekt könnte es - nachdem bei den Mietern ein Bewußtsein darüber vorhanden ist, daß ihre Interessen im Bundestag nicht vertreten werden - eine Möglichkeit des Eingreifens in den Wahlkampf im September sein, daß die sozial Betroffenen während des Wahlkampftheaters Aktionen unternehmen, die nicht mehr "Störmanöver einer kleinen Minderheit" sondern eine im Ansatz massenhafte Konfrontation mit dem Parlamentarismus.

Die Kampagne gegen die bestehenden Gewerkschaften, wie sie mit der Kampfansage gegen den 1.Mai des DGB begonnen wurde, bestimmt sich aus der Notwendigkeit der Politisierung der Arbeiterschaft, die die Voraussetzung für einen zu verallgemeinernden Kampf in den Betrieben schafft. Bei einer entpolitisierten Arbeiterschaft genügt es nicht partikuläre Betriebskonflikte aufzugreifen und zum Einzelerfolg voranzutreiben. Sondern erst eine überbetrieblich politisierte Arbeiterschaft stellt die Basis dafür dar, daß Einzelkonflikte exemplarisch vorangetrieben, verallgemeinert und zur Schule des Klassenkampfes gemacht werden können. Einzelkonflikte können zwar schon jetzt zur Bildung von Betriebsgruppen führen. Aber beim gegenwärtigen Ausmaß der Konflikte im Betrieb, bei der bewußtseinsmäßigen Reduzierung des Grundwiderspruchs auf die eigene materielle Lage, bei der Bereitschaft, in den Gewerkschaften einen Ersatz für das eigene Handeln zu sehen, besteht die Gefahr, daß Betriebsgruppen als Zirkel neben den Gewerkschaften unverbindlich bestehen oder zu schlechten Ersatzgewerkschaften werden. Die Politisierung durch die Kampagne gegen die bestehenden Gewerkschaften ist nicht allein Aufklärung und Entlarvung, sondern bestimmt

sich als Konfrontation der Arbeiter mit den bestehenden Gewerkschaften, die die Vereinzelung der Arbeiter in der gemeinsamen Konfrontation ansatzweise aufzuheben beginnt, und als politischer Lernprozeß, der die Formen der Selbstätigkeit und Selbstorganisation herausbildet.

Da die Arbeiter keinen politischen Begriff von ihren Interessen haben und ihre Kritik an den Gewerkschaften nicht über das "oben-unten" hinauskommt (sie räsonnieren gegen die Gewerkschaften, weil sie zu "denen da oben" gehören, können sich aber dennoch nur eine Vertretung vorstellen, die unter "denen da oben" ihre Interessen anmeldet) besteht die Gefahr, daß die Kampagne gegen die bestehenden Gewerkschaften nur Herrschaftskonflikte aktualisiert und bei den Arbeitern die Auseinandersetzung mit den Gewerkschaften an die Stelle der Auseinandersetzung mit dem Kapital tritt.

Auf der einen Seite muß die Konfrontation mit den bestehenden Gewerkschaften auf betrieblicher und überbetrieblicher Ebene so geführt werden, daß sie zur Konfrontation mit dem Kapital und seinen Dirigenten führt (die Forderung nach der Veröffentlichung der Betreibsratstätigkeit ist z.B. eine Forderung, die für das Kapital ebensowenig akzeptabel ist wie für die Gewerkschaften). Die Bestimmung der Gewerkschaften als Interessenvertretun des Kapitals hat zugleich die Funktion die Interessen der Arbeiter politisch zu bestimmen; der praktische Angriff gegen die Gewerkschaften als Interessenvertretung des Kapitals holt das Kapital aus seiner der Auseinandersetzung entzogenen Anonymität in den Kampf zurück. Auf der anderen Seite bietet die Konfrontattion mit den bestehenden Gewerkschaften durch konkrete Erfolgserlebnisse einen Ansatz, die Resignation der Arbeiter zu überwinden (der Erfolg der Kampfansage gegen den 1.Mai des DGB zeigte sich darin, daß DGB-Chef Koch und OB-Vogel am 1.Mai ausdrücklich erklären mußten, daß die Basisgruppen nicht die Vertretung der Arbeiterschaft sind, und sich bemüßigt sahen, sich ständig zu rechtfertigen und ihre Legitimation als DGB-Vorsitzender und gewählter Oberbürgermeister zu unterstreiche wobei sie sich den Applaus dafür von der Tribüne herab selber geben mußten In der Konsequenz hat die Kampagne dazu zu führen, daß die Arbeiterschaft begreift, daß die "Stärke" des DGB nur in der Passivität der Arbeiterschaf und in der von den Herrschenden gelihenen Macht besteht, und durch in der Konfrontation mit den Arbeitern in die Enge und offen auf die Seite der Herrschenden getriebene Gewerkschaftsspitzen sich die Arbeiterschaft ihrer eigenen Stärke und Notwendigkeit des eigenen Handelns bewußt wird. Der bisherige Verlauf der Kampagne hat einerseits zu einer Vorpolitisierung der Arbeiter, die der DGB durch seine Reaktion vorangetrieben hat und die die Basisgruppen als erkennbare Kraft im Bewußtsein der Arbeiter verankert hat und andererseits dazu geführt, daß sich aus der Kampagne ~~xxr~~ Arbeiter für die Basisgruppen rekrutieren ließen - daß also die Kampagne selbst die Voraussetzung für ihre breitere und intensivere Fortsetzung geschäffen hat

MÜNCHENER FLUGBLATT ZUM 1. MAI:

Wer sind wir? Arbeiter und Studenten, die sich in Basisgruppen der Außerparlamentarischen Opposition zusammengeschlossen haben. Wir kämpfen gemeinsam dort, wo es um die Rechte und Interessen der Arbeiterschaft geht: dort, wo der Lohn z.B. durch ständig steigende Mieten hinten und vorne nicht ausreicht - die ersten Mieter haben sich mit unserer Unterstützung gewerkschaftlich zusammengeschlossen und setzen sich durch solidarische Hausgemeinschaften zur Wehr - und dort, wo der Lohn erarbeitet wird und der Unternehmer sich durch unsere Arbeit reich macht.

WAS IST LOS MIT DEM 1.MAI ?

Wir wollen, daß der 1.Mai der Tag der für ihre Rechte und Interessen kämpfenden Arbeiterschaft ist. Der 1.Mai des DGB aber ist eine Festveranstaltung, die den Anschein erweckt, als würde die bestehende kapitalistische Gesellscha tsordnung der Arbeiterschaft zu ihrem Recht verhelfen. Da wir nicht erwarten, daß von sich aus der DGB aus dem 1.Mai etwas anderes als bisher machen wird, haben wir eine 1.Mai-Kundgebung auf dem Königsplatz beantragt. Wir wollen die Ge-

werkschaften nicht von dort vertreiben. Sondern wir wollen, daß die Arbeiterschaft am 1.Mai nicht länger nur das Publikum für große aber hohle Worte ist.
In langen Diskussionen mit Betriebsräten wurde uns vorgeschlagen, es nicht zu zwei getrennten 1.Mai-Kundgebungen kommen zu lassen, sondern darauf hinzuwirken, daß die Arbeiterschaft auf einer DGB-Kundgebung auch unsere Argumente hören kann. Wir sind grundsätzlich mit dem Vorschlag der Betriebsräte einverstanden. Wir wollen aber, daß dies nicht hinter verschlossenen Türen und über die Köpfe der Arbeiterschaft hinweg ausgemauschelt wird. Wir wollen erreichen, daß die Arbeiterschaft ihren Tag selber bestimmt. Deswegen haben wir betriebsnahe Veranstaltungen zum Thema 1.Mai vorgeschlagen, auf denen der DGB sich und wir uns der Diskussion mit den Belegschaften stellen.
Nachdem wir den Königsplatz beantragt hatten, erwarteten wir daß sich der DGB mit uns politisch auseinandersetzt. Der DGB-Kreisvorsitzende Ludwig Koch antwortete uns:
Wertes Fräulein Sommerrock, werter Herr Schmitz-Bender!
Da in München eigentlich jedermann bis hinunter zum symbolischen Lieschen Müller weiß, daß eine 1.Mai-Kundgebung vom DGB-Kreis München durchgeführt wird und zwar seit Jahrzehnten auf dem Königsplatz, müssen wir annehmen, daß Sie mit der Beantragung Ihrer Kundgebung auf dem Königsplatz dem DGB und seiner Kundgebung entgegentreten wollen. Läge Ihrem Antrag, der sich auf den gleichen Ort und dieselbe Zeit bezieht, diese Absicht der Störung der DGB-Kundgebung nicht zugrunde, was hätte Sie gehindert, eine Mai-Veranstaltung nach Ihren Ideen und gesellschaftspolitischen Zielen zu einer anderen Zeit oder an einem anderen Ort abzuhalten. Wir sind deshalb über Ihren Brief sehr erstaunt.
Ihr Gesprächsangebot schmeckt unaufrichtig. Heuchelei mag nur insoweit nicht zutreffen, als Sie vielleicht glaubten, dem "amtsmäßigen Gütevergleich" des Amts für öffentliche Ordnung formell nachkommen zu sollen. Wir wollen nicht unterstellen, daß das Amt für Öffentliche Ordnung ernsthaft einen politischen Ausgleich anstrebt (dafür ist diese Dienststelle nicht zuständig), sondern es möchte sich aus einem Akt der Entscheidung herausmanöverieren.

Mit dem Gebrauch der Worte "unaufrichtig" und "Heuchelei" beabsichtigen wir keine Beleidigung, sondern wir wollen nur den Sachvorgang so bezeichnet wissen.
Vom Amt für öffentliche Ordnung erhielten wir bis jetzt kein Schreiben - wohl deshalb nicht, weil wir bei der telefonischen Vor anmeldung unserer Kundgebung bereits vom Vorliegen Ihres Antrages unterrichtet wurden. Da der DGB-Kreis München die Absicht hat, auch weiterhin seine Kundgebung durchzuführen, haben wir unsere schriftliche Anmeldung - trotz des von Ihnen gestellten Antrags - noch nachgereicht. Wir haben auch nicht die Möglichkeit, auf eine andere Tageszeit auszuweichen. Sie und wir müssen es nun dem Amt für öffentliche Ordnung überlassen, über unsere Anträge zu entscheiden.
Aus Gesprächen mit Kollegen, die sich der APO-Bewegung zurechnen, konnten wir entnehmen, daß sie genau so wenig wie andere soziale Gruppen die Absicht haben, die Kundgebung des DGB in Frage zu stellen.

Hochachtungsvoll Ludwig Koch

Wir, die Arbeiter-Basisgruppen der APO und die SDS-Arbeitsgruppe für Betriebs- und Wohnungsfragen, haben darauf dem DGB-Kreis München am 25. Februar mit einem offenen Breif geantwortet und haben

ihm vorgeschlagen, seinen Brief und diesen Brief von uns zusammen mit einer weiteren Stellungnahme des DGB in den Gewerkschaftszeitungen zu veröffentlichen.

Offener Brief an den DGB-Kreis München

Kollegen vom DGB-Kreisvorstand,

Ihr habt uns nichts besseres zu sagen, als daß "in München eigentlich jedermann bis hinunter zum symbolischen Lieschen Müller weiß, daß eine 1.Mai-Kundgebung vom DGB-Kreis München durchgeführt wird und zwar seit Jahrzehnten auf dem Königsplatz". Warum habt Ihr Euch nicht darauf berufen, daß der 1.Mai der Tag der für ihre Rechte und Interessen kämpfenden Arbeiterschaft ist? Weil Ihr in diesen Jahrzehnten den 1.Mai zu einer Festtagsveranstaltung gemacht habt, die den Anschein erweckt, als würde die bestehende kapitalistische Gesellschaftsordnung der Arbeiterschaft zu ihrem Recht verhelfen.

Ihr habt den 1.Mai zur Tribüne der Herren gemacht, die für die bestehende Gesellschaftsordnung Reklame machen und die die Interessen der Arbeiter mit Füßen treten. Oder wollt Ihr bestreiten, daß auf den 1.Mai-Kundgebungen Vertreter der Parteien gesprochen haben, die die Hand erhoben für Notstandsgesetze und für Verteuerung von Arbeiterwohnungen durch den "Weißen Kreis"?
Ihr selber speist am 1.Mai die Arbeiterschaft mit hohlen Worten ab, die der Ersatz für die Taten sein sollen, die Ihr nicht macht. Am 1.Mai vorigen Jahres wußte jeder, daß die Buhdesregierung nun Ernst macht mit der Verabschiedung der Notstandsgesetze. Aber an diesem 1.Mai konnten die zum Widerstand bereiten Arbeiter aus Eurem Munde noch nicht einmal etwas darüber hören, ob und wie sie mit Eurer Unterstützung rechnen können. Die Arbeiter, die dann gegen die Notstandsgesetze in den Streik traten, mußten erfahren, daß ihr tatsächlicher Kampf gegen die Notstandsgesetze ein "wilder Streik" war und von den Gewerkscha ten nicht unterstützt wurde.

Warum ist der 1.Mai für Euch nicht mehr der Tag der für ihre Rechte und Interessen kämpfenden Arbeiterschaft? Weil die Gewerkschaften ihre Aufgabe garnicht mehr im Kampf gegen den Kapitalismus und für eine Gesellschaft, in der die Arbeiterschaft zu ihrem Recht kommt, sehen. Sondern die Gewerkschaftsvorstände vermitteln nur noch wie ein Makler zwischen den Arbeitern und den Kapitalisten und schützen oft genug sogar die bestehenden Verhältnisse vor den Ansprüchen der Arbeiterschaft.
Die Arbeiter haben sich einst die Gewerkschaften geschaffen, um den höchstmöglichen Marktpreis für den Verkauf ihrer Arbeitskraft zu xxxxxxxxxxxx erkämpfen. Aber die Gewerkschaften von heute haben selbst dies aufgegeben, als sie zugunsten der Unternehmerpolitik der Großen Koalition 1968 darauf verzichteten, die Löhne an der Steigerung der Produktivität anzugleichen.
Dort wo die Gewerkschaftsvorstände heute noch zum Kampf für eine Lohnforderung aufrufen, ist für sie die Kampfbereitschaft der Arbeiter nur eine Sache, die da zu sein hat, um sie auf den Tisch der Unternehmer zu legen, die aber weg zu sein hat, wenn es hinter verschlossenen Türen zum Kompromiß mit den Unternehmern gekommen ist.
Als die Bundesregierung die Forderungen der Postbeamten mißachtete, sah Euer künftiger Bundesvorsitzender und jetziger 2.Vorsitzende der Postgewerkschaft, Kurt Gscheidle, die Aufgabe der Gewerkschaft darin, die Postbeamten zur Arbeit anzuhalten. Er sagte kürzlich: "Wir mußten den riesigen Unmut der Postbeamten kanalisieren; wir mußten sehen, daß die Leute in ihrem Unmut nicht tatsächlich streik-

tenten und somit gegen ihre Pflichten verstießen."

"Seit Jahrzehnten" habt Ihr den 1. Mai in Beschlag genommen, um Eurer Politik des ständigen Nachgebens den Glanz des Erfolgs zu geben. Wir von den Arbeiter-Basisgruppen der APO und der SDS-Arbeitsgruppe für Betriebs- und Wohnungsfragen aber haben den Königsplatz nicht deswegen beantragt, um uns anstelle von Euch dort einzurichten. Wir wollen den 1.Mai nicht für uns, sondern für die Arbeiterklasse, die für ihre Rechte und Interessen kämpft und sich mit den bestehenden Verhältnissen nicht abfindet. Der 1.Mai war nie der Tag irgendeiner Gewerkschaft, sondern ist seit fast einem Jahrhundert der Kampftag der Arbeiterklasse in der ganzen Welt.

Nachdem wir den Königsplatz vor Euch beantragt haben, verlaßt Ihr Euch nun darauf, daß das "Amt für öffentliche Ordnung", der Stadtrat und die Gerichte Euch dazu verhelfen, den 1.Mai wieder wie bisher durchzuführen. Wir aber meinen: für die Entscheidung über den 1.Mai sind nicht die Einrichtungen der herrschenden Klasse zuständig, sondern diejenigen, deren Tag der 1.Mai sein soll. Wir fordern Euch darum zu betriebsnahen Veranstaltungen auf, auf denen Ihr Euch und wir uns der Diskussion über die Durchführung der 1. Mai-Kundgebung in München stellen.
Solltet Ihr aber unbedingt auf einer Entscheidung des "Amts für öffentliche Ordnung" bestehen, so bestehen wir selbstverständlich auf unserem Recht als die ersten Antragsteller. Wir sind selbstverständlich auch dann bereit, Redner von Euch zu Wort kommen zu lassen. Die Arbeiter werden selber am besten entscheiden können, wer ihnen was zu sagen hat.

Mit sozialistischen Grüßen
Arbeiter-Basisgruppen der APO München Nord, West und Süd
SDS-Arbeitsgruppe für Betriebs- und Wohnungsfragen

Wichtig!

ANLEITUNG ZUR AGITATION

bestellen bei RPK 1.-
1 Bln. 30
Eislebener Str. 14
Tel. 24 22 26

HAMBURG: 1. MAI

Die Initiative zur Veranstaltung einer Sozialistischen Kundgebung am 1. Mai ging 10 Tage vorher vom Sozialistischen Lehrlingszentrum aus, welches auch den größten Teil der Organisation und inhaltlichen Vorbereitung leistete - Unterstützung kam vom AStA und SDS.

An den Berufsschulen wurden 30.000 Flugblätter verteilt, 10.000 gingen an Uni und Schulen.

Durch den Bau von 3 Kriegsschiffen bei der Hamburger Schiffswerft Blohm & Voss (Thyssenkonzern) für Portugal, die für den Einsatz in den portugiesischen Kolonien bestimmt sind und durch die Auseinandersetzung mit der gewerkschaftlichen Mitbestimmung ergab sich an beiden die Notwendigkeit der Propagierung von Arbeiterkontrolle, mehr oder weniger abstrakt am Beispiel der dubiosen Mitbestimmung und konkret am Beispiel der Blohm & Voss Rüstungsproduktion.

Um 12 Uhr versammelten sich zu der Sozialistischen Kundgebung 1.500 bis 2.000 Lehrlinge (überwiegend), Schüler und Studenten auf dem Campus. Bis 13:15 wurden 5 Referate (Auszüge eiter hinten) gehalten. Dann zogen die Teilnehmer mit roten Fahnen, Transparenten und Sprechchören in einem Demonstrationszug zum Rathausmarkt, wo für 14 Uhr die Kundgebung des DGB angesetzt war.

Der Rathausmarkt war von einer Polizeikette abgesperrt, durch die die Demonstranten einsickerten und sich unmittelbar dahinter erneut formierten.

Die einstündige DGB-Kundgebung mit Adalbert Höhne (DGB, SPD, HH), Weichmann (Bürgermeister HH), Brenner und Brandt wurde ununterbrochen durch Sprechchöre, Knallkörper und Internationale gestört. Weitgehend waren die Redner nicht zu verstehen.

Es gab stellenweise Schlägereien zwischen Demonstranten und DGB-Ordnern und Demonstraten und Fotografen und DGB-Ordnern und Presse. Während der Rede Brandts verließen die Kritiker, deren Anzahl auf 3.000 bis 4.000 angewachsen war, den Rathausmarkt und zogen durch die Innenstadt zum SPD-Haus, das trotz starker Polizeibewachung leicht beschädigt wurde.

Die Hälfte der Demonstranten zog noch zum UG und unternahm eine Solidaritätsaktion für den Genossen Schmiedel, der schon ein viertel Jahr in U-Haft sitzt. Es wurden Zerstörungen am Justizgebäude angerichtet. Hier wurden 38 Genossen festgenommen, erkennungsdienstlich behandelt und bis Mitternacht festgehalten. Ein festgenommener Italiener wurde in U-Haft überführt.

Zahlreiche PoPos wurden während der Demonstration verprügelt; so konnte eine weitere Anzahl von Festnahmen verhindert werden.

Selbstkritik:

Organisation: Mangelhafte oder fehlende Beteiligung anderer Gruppen. Zu hoher Aufwand an Flugblättern.

Teilnehmerstruktur: Ca. 60 % Lehrlinge und junge Arbeiter, 30 % Schüler, 10 % Studenten, offensichtlich mangelnde Einsicht der letzten sozialen Gruppe in politisch relevante Unternehmungen.

Soz. Kundgebung: Die Referate hatten starken teach-in-Charakter und waren agitatorisch schwach ausgebaut.

Demonstration: Taktisch richtiges Verhalten gegenüber den Provokationen durch die Absperrungsmaßnahmen und Anrempelungsversuche der Polizei.

SLZ - Sozialistisches Lehrlingszentrum
2 Hamburg 13
Hochallee 21

HAMBURG: AUSZÜGE AUS DEN REDEN AM 1. MAI

Im Laufe des großen Konzentrationsprozesses nach dem 2. Weltkrieg wurde der alte Blohmbetrieb mit den Ottensener Eisenwerken, der Stülcken-und der Schliekerwerft zum heutigen Großbetrieb unter der Verfügung weniger Siemens-und Thyssengroßaktionäre fusioniert. Bei diesen Fusionen, die mit Entlassungen größeren Ausmaßes und z.T. hohen Lohnrückstufungen verbunden waren, hatte der Betriebsratvorsitz, der traditionell von den reaktionärsten Gewerkschafts-und SPD-Funktionären besetzt wird, eine folgenreiche Funktion. Wie sich herausstellte, übernahmen es diese "edlen Vertreter der Lohnabhängigen" die Listen für Entlassungen und Lohnrückstufungen aufzustellen, wobei insbesondere ehemalige Betriebsräte, Vertrauensleute und unbequeme Kollegen in die schwarzen Listen einrückten. Als dies bekannt wurde, kam es zu Massenaustritten aus der Gewerkschaft. Der Anteil der Organisierten, der in einigen Gewerken traditionell an der Spitze aller Hamburger Betriebe lag, fiel von fast 80% auf 20-30% herab. Der heutige Betriebsratvorsitz besteht aus Befürwortern der Vorbeugehaft und Notstandsgesetze. Mit ihm dürfte dieser Betrieb, der heute wieder zu den größten deutschen Rüstungsproduzenten gehört, genauso zutreffend repräsentiert sein, wie durch seinen Vorstand, der durch eine Häufung von Adelsprädikaten hervorsticht und in einem auf der Werft gerteilten Flugblatt zutreffend als "heruntergekommenes Raubrittertum" bezeichnet wurde.

Wie sehr sich Betriebsratvorsitzender Knoedler mit dieser Betriebsleitung identifiziert, ist beispielhaft an der letzten Betriebsversammlung zu sehen: Ein Arbeiter fragte die anwesende Betriebsleitung nach dem Anteil der Rüstungsproduktion am Betriebshaushalt, und weiter warf er dem Betriebsratvorsitzenden vor, daß die von ihm benannten Vertrauensleute von ihrer Funktion keine Ahnung hatten. Bevor weitere Fragen gestellt werden konnten, brach der Betriebsratvorsitzende die Versammlung abrupt ab. Dem Arbeiter wurde zwei Tage später kommentarlos gekündigt. Weder der Betriebsrat noch die inzwischen informierte Rechtsstelle des DGB waren bereit, sich für das Gewerkschaftsmitglied einzusetzen.

Dieser Vorgang ist bei Blohm und Voss kein Einzelfall. Wiederholt wurden unbequeme Frager nach Betriebsversammlungen unter Vorgabe fadenscheiniger Gründe entlassen.

An diesem Punkt setzte die Arbeit einer Betriebsgruppe ein, die sich als Aktionskomitee zur Demokratisierung der Schiffswerft und Rüstungsfabrik Blohm und Voss bezeichnet.

Diese Gruppe verfügt über interne Informationen aus Betriebsrat und Betriebsleitung, scheint also auch dort Mitglieder und Sympathisanten zu besitzen.

Mit ihrem ersten Flugblatt, das den Fall der Entlassung des Arbeiters und die Rolle des Betriebsrats beleuchtet, erreichten sie, daß im ganzen Betrieb eine erregte Diskussion einsetzte. Dem folgte einerseits ein Massenaustritt aus der Gewerkschaft, andererseits die Einschaltung der Kripo und des Verfassungsschutzes durch die Betriebsleitung mit Zustimmung des Betriebsratvorsitzenden.

In der Folge erschien als Flugblatt ein Brief der MPLA (angolesische Befreiungsfront) gerichtet an "Genossen Arbeiter und Angestellte der Firma Blohm und Voss Hamburg", der eingeht auf den Bau von drei Korvetten für die portugiesischen Unterdrücker Angolas:

56

MOUVEMENT POPULAIRE DE LIBERATION
DE L'ANGOLA
m.p.l.a.

Délégation d'Alger
Alger, le 4. April 1969

045/RFA/69

Genossen. Arbeiter und Angestellte
der Firma Blohm & Voss, Hamburg!

Die MPLA (Volksbewegung für die Befreiung Angolas), die das angolesische Volk in dem Kampf gegen die koloniale Unterdrückung seitens der portugiesischen Regierung führt, hat davon erfahren, daß das Produkt Eurer Arbeit nicht nur sinnlos, sonder sehr schädlich für unser Volk verwendet werden soll.

Wir beziehen uns hier auf dsn Bau von drei Korvetten für Portugal, die mit größter Wahrscheinlichkeit in die Kolonialkriege der portugiesischen Regierungsoberschicht eingesetzt werden sollen.

Indem Ihr diese Korvetten mit Euren Händen baut, habt Ihr niemandem geholfen außer Eurem "Arbeitgeber" und den Unterdrückern der afrikanischen Völker unter portugiesischer Kolonialherrschaft.

Ihr müßt Euch klar darüber werden, daß Ihr nichts produziert, sondern nur vernichtet:

- Ihr vernichtet Eure Arbeitskraft und Intelligenz in dem Bau von Material, das bestimmt ist, uns zu zerstören und von uns zerstört wird;
- Ihr vernichtet Kräfte des portugiesischen Volkes, das seit Jahren gegen das faschistische Regime im eigenen Lande kämpft, denn durch Eure Arbeit wird das Regime gestärkt;
- Ihr vernichtet Kräfte des angolesischen Volkes, das von nun an auch noch gegen das Produkt Eurer Arbeit anzutreten hat.

Wenn Ihr bis heute aus Unwissenheit über die Folgen Eurer Arbeit leben konntet, so dürfte sich jetzt Eure Einstellung zu Eurer Tätigkeit ändern.

Das angolesische Volk und seine revolutionäre Organisation, die MPLA, haben das allen Völkern selbstverständliche Interesse daran, mit Euch Kontakt zu pflegen. Aber niemals soll unser Kontakt durch Bomben oder anderes von Euch produziertes Kriegsmaterial hergestellt werden.

Das gegen die koloniale Unterdrückung kämpfende angolesische Volk sendet Euch die besten Grüße und offenbart die Hoffnung, daß Ihr es in seinem Befreiungskampf nicht hindert, sondern gemeinsam antretet für die Verwirklichung einer gemeinsamen Gesellschaft ohne Ausbeutung und in Freiheit.

A VITORIA E CERTA!

(M' beto Traca)

Adresse: 38 -40 Rue Didouche Mourad-Porte 44 D-Alger-Tél: 64 07 70

57

In dem Flugblatt des SLZ heißt es:

In Hamburg baut die Schiffswerft BLOHM UND VOSS drei Korvetten für Portugal, die im Kolonialkrieg eingesetzt werden (siehe Rückseite). Am Institut für Geographie und Wirtschaftsgeographie an der Universität Hamburg wurden in enger Zusammenarbeit mit portugiesischen Kolonialinstituten und westdeutschen Konzernen Untersuchungen über Ausbeutungsmöglichkeiten der Kolonie Angola angestellt.

Trotz alledem feiert am 1. Mai, dem Tag der Arbeit und Internationalen Solidarität mit allen Unterdrückten, der Deutsche Gewerkschaftsbund sein alljährliches Volksfest und läßt Außenminister Willy Brandt, den verantwortlichen Mann für diese Politik, öffentlich über die Phrase von der Mitbestimmung schwafeln. Obwohl jedermann weiß, daß kein Arbeiter, kein Gewerkschaftler z.B. über den Bau und die Lieferung der drei Kriegsschiffe mitbestimmen kann. Wie notwendig eine tatsächliche Arbeiterkontrolle und Selbstbestimmung über die Arbeitsproduktedurch die Arbeitenden selbst ist, beweist der Mißbrauch von Wissenschaft am geographischen Institut, beweist der Bau der Kriegsschiffe bei BLOHM & VOSS.

Nur wenn alle bisher politisierten Lehrlinge, Arbeiter, Schüler und Studenten konsequent für die Durchsetzung der Arbeiterkontrolle im Betrieb, für die Selbstbestimmung der Wissenschaft durch die wissenschaftlich Arbeitenden der Universität kämpfen, werden wir die Papier-Resolution der UNO wirksam machen, daß "alle diplomatischen u.a. Beziehungen zu Portugal abzubrechen sind, jede Lieferung von Waffen und die Gewährung von finanzieller Unterstützung zu unterbinden" ist.

Am 1. Mai, dem Tag der Arbeit und Internationalen Solidarität, werden wir den DGB-Bürokraten und dem Außenminister Brandt auf dem Rathausmarkt in einer demonstrativen Aktion die UNO-Resolution ins Gedächtnis zurückrufen und unsere Forderung nach Arbeiterkontrolle und Selbstbestimmung deutlich machen.
Die Demonstration zum Rathausmarkt (ab 13.30 Uhr) wird vorbereitet durch eine

KUNDGEBUNG UND DISKUSSION in der Universität (AUDIMAX) 12.00 Uhr

Über:
1. Rüstungsproduktion bei BLOHM UND VOSS
2. Theorie und Praxis der Gewerkschaft (aufgezeigt am Beispiel Blohm und Voss)
3. die BRD und Portugals Kolonien (und die neokolonialistischen Interessenverbände in Hamburg)
4. Mitbestimmung oder Arbeiterkontrolle.

Ein weiteres informatives Flugblatt mit dem Titel "Blohm & Voss läßt die portugiesischen Kolonialisten nicht verkommen" folgte. Dieses Flugblatt führte innerhalb der Belegschaft zu einer Spaltung und gleichzeitig zu einer Klärung der Fronten. Während der größte Teil in Ratlosigkeit verfiel oder in seiner Gleichgültigkeit nicht gestört schien, nahm etwa 1/3 der Belegschaft die Diskussion auf und verurteilte den Bau der korvetten. Der Betriebsrat bekam über 100 Anrufe und Besucher. Er berief eine Geheimsitzung ohne die Jugendvertreter ein. Es setzte eine hektische Betriebsamkeit zwischen Betriebsrat und Leitung ein. Man versuchte mit vielen Tricks und gezielten Falschinformationen die undichten Stellen herauszufinden.

Bei den Arbeitern, die direkt in der Rüstungsproduktion beschäftigt sind, war die Reaktion leicht aggressiv, das zeigt auf, daß sie ihre Arbeit als Problem erkannt haben, sich aber nicht in der Lage sehen, ihre Situation zu ändern. So hieß es: wenn wir es nicht tun, tun es andere für uns. Und - was sollen wir denn sonst arbeiten.

Weitere Flugblätter, die sich mit der Funktion des Betriebsrates, dem Vorwurf der Unterdrückung wichtiger Informationen und der Ablehnung ziviler Aufträge zugunsten profitträchtiger und risikoloser Rüstungsaufträge beschäftigten, fanden wiederum - diesmal auch unter den Rüstungsarbeitern - breites Interesse.

Die Belegschaft wartet jetzt auf eine Stellungnahme des Betriebsrates. Man ist verblüfft über die guten Informationen des Aktionskomitees. Das Interesse weitet sich aus, und bei der Verteilung von Flugblättern bildeten sich schon Schlangen. Das nahm die Betriebsleitung zum Anlaß, die Polizei zu holen, die unter dem Vorwand der Verkehrsbehinderung die Personalien der Flugblattverteiler feststellte und die weitere Verteilung verbot.

Auf diese Weise will man verhindern, daß weitere Informationen und Zusammenhänge wie die folgenden verbreitet werden.

Der Anteil der militärischen und halbmilitärischen Produktion bei Blohm & Voss wird zusehends größer. So wurde in letzter Zeit die Panzerproduktion, die in riesenhaften Werkhallen mit gebremster Produktivität abläuft, und die Entwicklung neuartiger Panzertypen weiter ausgedehnt. Dem Bundesverteidigungsministerium wurden Angebote zum U-Boot Bau gemacht. Ein großer Teil der sogenannten zivilen Aufträge, wie Kühlschiffe für die Hamburg-Süd, werden weitgehend vom Bundesverteidigungsministerium finanziert, weil sie für den Kriegsfall als Truppentransporter vorgesehen sind.

Der umfangreiche Bau und Anbau für die Reperatur von Kriegsschiffen findet in unproduktivster Form mit riesigen Leerlaufzeiten statt. Meistens wird repariert, was gar nicht reperaturbedürftig ist. Außerdem werden Raketenabschußrampen, Maschinengewehre und vieles andere gebaut. Es gibt eine Reihe geheimster Projekte mit dunklen Finanzierungsquellen und obskuren Auftraggebern, deren Veröffentlichung nicht nur die Betriebsangehörigen interessieren wird.

Zu diesem Zeitpunkt kann die Betriebsgruppe ihre Unterlagen allerdings noch nicht aufdecken. Nach ihrer Veröffentlichung auf der Werft - zum geeigneten Zeitpunkt - wird sie diese dem SLZ und dem AStA der Universität übergeben.

Die Mitglieder des Aktionskomitees können aus verständlichen Gründen hier nicht sprechen. Wir sollen in ihrem Namen zu solidarischen Aktionen auffordern. Solange Blohm & Voss mit sogenannten Entwicklungshilfe-Geldern Munitionsmaschinen für den Schah von Persien liefert, damit er die hungernden kurdischen Bauern noch massenhafter töten kann, solange dort Kriegsschiffe für die portugiesischen Unterdrücker Angolas auf Kiel liegen, solange darf es einem Willy Brandt - als Außen-und Natominister und damit Verantwortlichem dieses Verrats - nicht erlaubt werden, über sozialdemokratische Friedenspolitik zu schwafeln.

AUSZUG AUS DEM REFERAT: M I T B E S T I M M U N G U. A R B E I T E R - K O N T R O L L E

Aber wenn die Arbeiter auch nicht bereit waren, sich mit Erfüllung von Tagesforderungen zufrieden zu geben, so hatten sie andererseits keine genauen Vorstellungen darüber, was sie eigentlich wollten. Sie wußten nicht, wie sie diesen Kampf in Angriff nehmen sollten.

Wären sie in den vorangegangenen Monaten und Jahren im Geiste der Arbeiterkontrolle erzogen worden, hätten sie gewußt, was zu tun ist: In jedem Unternehmen ein Komitee zu wählen, das daran geht, Einsicht in die Bücher zu nehmen, selbst die Gestehungskosten zu kalkulieren und die Profitrate festzustellen; ein Einspruchsrecht bei Einstellung und Entlassungsowie bei jeglicher Änderung der Arbeitsorganisation; Ablösung des von Unternehmern eingesetzten Abteilungsleiters oder Werkmeisters durch Arbeitskollegen

(oder durch Mitglieder der Abteilungen, die sich turnusmäßig in der Verantwortung ablösen). Ein solches Komitee wäre sofort auf allen Ebenen mit der Autorität der Unternehmensleitung zusammengestoßen. Die Arbeiter wären gezwungen gewesen, rasch von der Arbeiterkontrolle zur Arbeiterselbstverwaltung überzugehen. Aber diese Übergangszeit hätte genutzt werden müssen, um die Willkür, die Ungerechtigkeit, den Betrug und die Verschwendung der Unternehmer vor der ganzen Nation anzuprangern, lokale, regionale und nationale Kongresse und Streikkomitees sowie Komitees der Arbeiterkontrolle zu bilden, um den im Kampf befindlichen Arbeitern die unerläßlichen Instrumente der Organisation und der Selbstverteidigung zu liefern, die sie in Stand gesetzt hätten, dem kapitalistischen Staat und der kapitalistischen Klasse als Ganzes gegenüber zu treten.

Das Beispiel vom Mai 1968 zeigt einen der hauptsächlichen Gründe, warum die Forderung nach Arbeiterkontrolle zwingend einen entscheidenden Platz in der ganzen sozialistischen Strategie einnimmt, die darauf abzielt, den Kapitalismus in einem industriell entwickelten Land zu stürzen. Sie ist das Sprungbrett vom umfassenden Kampf der Arbeiterklasse gegen die Unternehmer, mit den Mitteln des Generalstreiks und der Besetzung der Betriebe zum Kampf um die Macht. Wenn das eine aus dem andern hervorgehen soll, so müssen es die Arbeiter nicht als etwas abstraktes, durch revolutionäre Propagandatrupps künstlich in ihre Kämpfe hineingetragenes annehmen, sondern es muß sich als eine Notwendigkeit ihres Kampfes entwickeln. Die Forderung nach Arbeiterkontrolle, die die kapitalistische Macht auf allen Ebenen in Frage stellt, und die darauf abzielt, erst in den Betrieben, dann im ganzen Land eine Arbeitermacht zu entwickeln, die sich der Macht des Kapitals entgegenstellt, diese Forderung ist die beste Brücke zwischen den unmittelbaren Tageskämpfen und dem Kampf um die Macht.

Darum setzen wir der Gewerkschaftsmitbestimmung die Arbeiterkontrolle entgegen. Wir wissen, daß es um nicht weniger geht, als um die Neuschaffung der vom nazistischen Terror zerschlagenen Arbeiterbewegung und wissen auch, daß uns im Falle des Scheiterns eine Wiederholung dieses Schicksals droht. Die Genossen des Aktionskomitees bei Blohm & Voss haben sich entschieden und ihre Kampfbereitschaft bewiesen. Es ist an uns, die fast beispielhafte Entwicklung in diesem Betrieb zu verfolgen. Wir müssen aus den Erfahrungen dieser Genossen lernen und die drohende Isolierung durchbrechen, die ihnen als noch vereinzeltem Zielpunkt des inner-und außerbetrieblichen Unterdrückungsapparats droht. Indem wir als Lehrlinge, Arbeiter, Schüler und Studenten eine nicht abreißende Reihe antikapitalistischer Gefechte in unseren Betrieben, Schulen und Instituten entfachen, leiten wir den Sturz des kapitalistischen Systems ein und schaffen erneut die Einheit der Arbeiter, Schüler und Studenten als Bedingung der Internationalen praktischen Solidarität.

HEIDELBERG: VORLÄUFIGER BERICHT ÜBER DIE MAIDEMONSTRATION

Die sozialistische Maikundgebung in Heidelberg und die Kampagne zu ihrer Vorbereitung hate zwei Ziele. Sie sollte, erstens, das schon bestehende Bündnis zwischen ausländischen Arbeitern, Lehrlingen, jungen Arbeitern und Studenten in der gemeinsamen Demonstration und den anschleißenden Diskussionen vertiefen. Sie sollte, zweitens, ausgehend von diesem Bündnis, anhand der in der Parole "Arbeiterkontrolle statt Mitbestimmung" enthaltenen Kritik offizieller "Arbeitnehmervertretungen", zur Rekonstruktion der Arbeiterbewegung beitragen, indem sie schon bestehende Arbeiterbasisgruppen organisatorisch und agitatorisch stützte und zur Gründung neuer Gruppen beitrug.

Neben der Broschüre "Arbeiteragitation", in der die Agitationserfahrungen der Betriebsprojektgruppe des Heidelberger SDS zusammengefaßt wurden, den Flugblättern und Roten Kommentaren vor den Betrieben und vor der Universität sollte vor allem die Gegendemonstration zur idyllischen Maifeier des DGB und die anschließende Arbeitskonferenz der Demonstrierenden diese neue sozialistische Politik manifest machen.

Dieses Konzept konnte nur teilweise verwirklicht werden. Immerhin trug der DGB selbst dazu bei, daß der Erfolg, den der Aufruf zur Demonstration hatte, offensichtlich wurde. Unter dem Druck von DKP und SDAJ entschloß er sich in letzter Minute und entgegen seinen ursprünglichen Plänen, zu einer eigenen Demonstration aufzurufen, und zwar mit dem gleichen Sammelpunkt und zur gleichen Zeit wie die sozialistische Demonstration. Diese Konterdemonstration verfolgte ein doppeltes Ziel: Mit roten Fahnen und einigen Jugendlichen Verwirrung unter den linken Demonstranten zu stiften und zugleich antistudentische Ressentiments innerhalb der Arbeiterschaft zu mobilisieren. Dieser Versuch scheiterte und bestätigte unsere These, daß der DGB von politischen Arbeitern nur mehr noch als Dienstleistungsbetrieb wahrgenommen wird. Im Gefolge seiner Blaskapellen marschierten etwa 200 Mann in die Stadthalle. Die DKP und die SDAJ versuchen in Heidelberg ihre hier fehlende Basis durch Entrismus in den Gewerkschaftsapparat zu ersetzen. Die SDAJ übte nach dem 1. Mai Selbstkritik: man hätte sich doch der sozialistischen Maidemonstration anschliessen sollen, dort seien mehr Leute gewesen.

In der Tat hatten sich der sozialistischen Demonstration 600 Arbeiter, Studenten und Schüler angeschlossen. Dabei überwog die Zahl der Arbeiter die der Studenten bei weitem. Spanische und türkische Arbeiter bildeten die größten Gruppen. Die anschließende Kundgebung wurde von allen anwesenden Gruppen getragen. Es sprachen je ein deutscher, spanischer, türkischer Arbeiter, ein Lehrling, ein Student. Thema: Kritik der integrierten Arbeiterorganisationen und gemeinsamer Kampf in den Betrieben und in internationalem Rahmen. Arbeiterkontrolle statt Mitbestimmung, Studentenkontrolle statt Drittelparität. Den Aktionsrahmen lieferten die Umbenennung des Bismarckplatzes in Karl-Marx-Platz, die Ersetzung städtischer und Bundesfahnen durch rote Fahnen und die gemeinsame Kennzeichnung der Universität mit roter Farbe.

Die nach dem gemeinsamen Mittagessen angesetzte Arbeitskonferenz war teilweise ein Fehlschlag. Einzelne Gruppen(Schüler und Türken) diskutierten erfolgreich Probleme der Organisation und der politischen Arbeit. Bei den Spaniern, deutschen Arbeitern und Studenten kam die Diskussion nicht recht zustande. Die gut organisierten Spanier wollten vor allem mit deutschen Kollegen diskutieren, bei denen scheiterte die Diskussion aber an der mangelnden Vorbereitung der Konferenz durch das Maikomitee. Auf grund der unzureichend geführten Vordiskussion über die politischen und organisatorischen Probleme einer Wiederbelebung der Arbeiterbewegung konnte die Forderung "Arbeiterkontrolle statt Mitbestimmung" nicht einwandfrei bestimmt werden. Das gelang umso weniger, als die Mitglieder der Betriebsbasisgruppen zwar mitdemonstriert hatten, der Konferenz aber fern geblieben waren oder zum größten Teil schwiegen. Offensichtlich ist die Herausbildung eines politisierten Kerns innerhalb der Betriebe noch nicht so weit fortgeschritten, daß er sich in Diskussionen außerhalb des Betriebes und ohne unmittelbare Hilfe von Mitgliedern der Betriebsprojektgruppe organisatorisch darstellen kann. Ein schwerer Fehler war, daß die gut organisierten und politisierten Lehrlinge entgegen der ursprünglichen und ihrer eigenen Planung daran gehindert wurde, eine eigene Diskussionsgruppe zu bilden. Statt dessen wurden sie zur Stützung der allgemeinen Diskussion herangezogen, die bereits im Ansatz zum Scheitern verurteilt war.

Der schwerwiegendste und vermeidbare Mangel der sozialistischen Maiveranstaltung lag darin, daß die gesamte technische und inhaltliche Vorbereitung in den Händen der relativ kleinen Betriebsprojektgruppe lag, während die an der Universität arbeitende Mehrheit der SDS-Genossen es versäumte, die

abstrakte Parole: Bündnis zwischen Arbeitern und Studenten durch intensive Institutsarbeit im Dienste der Betriebsarbeit und durch Einleitung einer Kampagne gegen das Ordnungsrecht als Produkt des gemeinsamen Gegners monopolkapitalistischer Staat konkret werden zu lassen. Für die Arbeit an der Hochschule hat dieser 1. Mai über den SDS hinaus bisher keinerlei Konsequenzen.

Organisatorisch äußerst wichtig ist die Wahl eines Komitees am Ende der Arbeitskonferenz, das bisher aus spanischen und deutschen Arbeitern und Studenten besteht. Es soll an der Politisierung der ausländischen Arbeiter in den Betrieben arbeiten. Die genauen politischen Auswirkungen dieser Maidemonstration werden sich in der weiteren Betriebsarbeit zeigen. Dazu wird noch eine Analyse erstellt. Zum ersten Mal konnte auch die Presse die massive Teilnahme von Arbeitern an einer Demonstration nicht verschweigen.

HEIDELBERG: ARBEITERKONTROLLE - STUDENTENKONTROLLE

(Aus: Rote Kommentare, Ausgabe zur Vorbereitung des 1. Mai)

Der DGB will den ersten Mai dazu benutzen, seine Forderung nach Mitbestimmung zu propagieren. - Was heißt "Mitbestimmung"? - Mitbestimmung heißt, daß ein paar Gewerkschaftsbonzen und einige ihrer Taschenträger aus den Belegschaften sich [illegible] Pöstchen im Aufsichtsrat unter den Nagel reißen. Auf den Pöstchen werden sie ihre Interessen vertreten, aber nicht die Interessen der Arbeiter. In ihren Polstersesseln werden sie sich genauso erhaben fühlen, wie die Direktoren und nur noch schamerfüllt an ihre Herkunft zurückdenken. Um in ihren Polstersesseln sitzen bleiben zu dürfen und nie mehr in den Betrieb zurück zu müssen, werden sie den Unternehmern voller Eifer gefügig sein. Nur in Sonntagsreden und wenn die Arbeiter "unruhig" werden, werden sie brüllen:"ich als Arbeitnehmer..." und etwa triumphierend verkünden:"Die Gewerkschaft ÖTV hat einen gesellschaftspolitischen Erfolg erster Klasse errungen. Neben der Lohn-und Gehaltserhöhung setzte sie ihre Forderung nach dem Monatslohn für Arbeiter durch."("Welt der Arbeit" v. 7.2.69) Aber die Stillegung von Betrieben, Massenentlassungen usw. können die mitbestimmenden Exkollegen nicht verhindern (siehe AEG-Turbine, wo der DGB selber zugab, die Verlegung von Berlin nach Mühlheim/Ruhr auch mit der Mitbestimmung nicht verhindern zu können.)

Dadurch, daß ein paar Exkollegen mitbestimmen, können die Unternehmer bei jeder vorkommenden Sauerei sich hinstellen und sagen, daß die"Arbeitnehmer" ja mitbestimmt haben. Die Arbeiter müssen sich dann sagen, daß sie selber schuld sind. So wird ihre Entschlossenheit entscheidend gelähmt. Zugleich wird ihnen vorgemacht, sie hätten Einblick in den Betrieb(während doch die mitbestimmenden Exkollegen den Arbeitern gar nicht mitteilen dürfen, was hinter den verschlossenen Türen ausgemauschelt wird) - oder gar, sie hätten Kontrollmöglichkeiten (während sie doch in Wirklichkeit ihre nicht einmal abwählbaren Exkollegen kontrollieren können, geschweige denn den Betrieb).

Die Mitbestimmung ist also ein Mittel der Unternehmer und Arbeiterverräter, die Klassengegensätze zu vertuschen und einmal mehr die Lüge von dem g r o ß e n B o o t zu verbreiten, in dem wir angeblich alle drin sitzen. Mit der Mitbestimmung verkaufen die Gewerkschaften endgültig die Interessen der Arbeiter. Aber die Arbeiter werden ihre Interessen nicht länger verraten lassen, sie werden sie wieder in ihre eigenen Hände nehmen.

Die sozialistischen Arbeiter stellen heute gegen die verlogene Forderung nach Mitbestimmung das Konzept der A r b e i t e r k o n t r o l l e : Arbeiterkontrolle heißt, Teile der Betriebe, schließlich die Betriebe selber, unter die Kontrolle der Arbeiter zu stellen. Die Mitbestimmung soll von Unternehmern und Gewerkschaften beschlossen werden. Die Arbeiterkontrolle werden sich die Arbeiter selber erkämpfen. Die Mitbestimmung soll die Macht der

Unternehmer und Gewerkschaften festigen, die Arbeiterkontrolle stellt der Macht der Unternehmer die Macht der Arbeiter entgegen.

Die Arbeiterkontrolle reicht also von der Wahl der Vorarbeiter(über die Bestimmung von Arbeitstempo, Überstunden, Lohnverteilung usw.) bis zur Entscheidung über Stillegung ganzer Werke. Arbeiterkontrolle heißt, daß das, was heute die Unternehmer und ihre Erfüllungsgehilfen kontrollieren, von den Arbeitern kontrolliert wird. - Der Kampf um Arbeiterkontrolle findet schon überall statt. Die unzähligen Konflikte, die überall in den Betrieben ausgetragen werden, müssen aus ihrer Vereinzelung gerissen werden und planvoll eine bestimmte Stoßrichtung bekommen. Es darf nicht länger z.B. bloß gegen irgendeinen Abteilungsleiter gekämpft werden, sondern indem die Arbeiter gegen einen bestimmten Abteilungsleiter vorgehen, kämpfen sie um die regelmäßige Wahl der Abteilungsleiter überhaupt, um ein Stück Arbeiterkontrolle. Alle politischen und ökonomischen Tageskämpfe im Betrieb können so unter dem Konzept der Arbeiterkontrolle vereinigt werden.

Es ist klar, daß um den Kampf um Arbeiterkontrolle aufnehmen zu können, zunächst gewisse Voraussetzungen geschaffen werden müssen. Die Arbeiter sind an ihrem Arbeitsplatz oft isoliert voneinander und daher oft nicht zu einem gemeinsamen Vorgehen bereit. Auch müßte dieses Vorgehen ein planvolles sein, wenn es sich wirklich um Arbeiterkontrolle handeln soll. Es muß also vorher diskutiert werden. - In einigen Betrieben haben sich dazu schon Basisgruppen gebildet, die sich regelmäßig außerhalb des Betriebes treffen und das Konzept der Arbeiterkontrolle diskutieren und über Flugblätter, Versammlungen und Diskussionen im Betrieb die Diskussion auch unter den anderen Kollegen in Gang zu setzen versuchen. - In den Konflikten im Betrieb müssen die Ergebnisse dieser Diskussionen dann in die Tat umgesetzt werden. So wird sich zeigen, ob das Konzept der Arbeiterkontrolle dazu taugt, der Macht der Unternehmer die Macht der Arbeiter entgegenzustellen.

Das Ziel des Kampfes um Arbeiterkontrolle ist die Wiederherstellung der revolutionären Arbeiterbewegung in der BRD. Diese revolutionäre Arbeiterbewegung allein wird in der Lage sein, das Konzept der Arbeiterkontrolle vor der Versandung in kleinlichere Formen zu bewahren.

D E N K E I L , D E N D I E H E R R S C H E N D E N
Z W I S C H E N D I E A R B E I T E R U N D D I E
S T U D E N T E N T R E I B E N W O L L E N , W E R D E N
W I R I H N E N I N D E N H I N T E R N T R E I B E N !

An den Universitäten haben die Studenten mit der Forderung nach paritätischer Mitbestimmung lange Zeit ein Ziel verfolgt, das inhaltlich von der Mitbestimmung des DGB zwar wesentlich verschieden war, heute aber in der neuen Grundordnung teilweise eine ähnliche Form und Funktion hat, wie die Mitbestimmung des DGB, und sich also g e g e n die Studenten wendet. Die politischen Studenten stehen deshalb vor einem ähnlichen Problem wie die politischen Arbeiter, Es scheint, als sei auch das Konzept der Studentenkontrolle geeignet, dem Kampf gegen die Mitbestimmung, wie sie die neue Grundordnung vorsieht, eine einheitliche Richtung zu geben:

Heißt paritätische Mitbestimmung, daß die Entscheidungen von Gremien gefällt werden, in denen Professoren g e m e i n s a m mit Studenten sitzen - und ging der Streit bisher nur um die prozentuale Aufteilung der Stimmen - so heißt Studentenkontrolle, daß einzelne Bereiche der Herrschaft der Professoren und des Kultusministeriums ganz entrissen und unter die ausschließliche Kontrolle von Studentenräten gestellt werden. Solche Bereiche wären etwa Teile des Etats, Verfügung über einzelne Hörsäle, Veranstaltung einzelner Seminare usw. - Der Allgemeine Studentenausschuß (AStA), die Selbstverwaltung der Studenten, ist - in der Hand sozialistischer Studenten, die von den bewußten Studenten kontrolliert werden - schon ein Stück Studentenkontrolle; kein Wunder, daß die Herrschenden alles tun, um ihn auszuschalten.

Der Kampf um Studentenkontrolle an den Hochschulen wäre im Augenblick auch defensiv zu führen (z.B. Verteidigung des AStA). Darüber hinaus muß er aber

auch jetzt offensiv geführt werden, um wenigstens Teile der Wissenschaft aus dem Dienste des Kapitalismus herauszubrechen und zum Teil in den Dienst der Wiederherstellung der Arbeiterbewegung zu stellen.

So kann der Kampf um Studentenkontrolle den Kampf um Arbeiterkontrolle unterstützen. Studentenkontrolle wird aber eine unrealistische Utopie bleiben, wenn sie nicht eines Tages von der Arbeiterbewegung selbst geschützt werden kann.

Das Konzept der Arbeiter- und Studentenkontrolle kann den Kämpfen der Arbeiter und Studenten vorübergehend eine Einheitlichkeit geben, die die Schließung des Bündnisses der Arbeiter und Studenten vorantreiben und damit einen wichtigen Beitrag zur Widderherstellung der Arbeiterbewegung in der Bundesrepublik liefern kann.

ES LEBE DER KAMPF UM DAS BÜNDNIS DER ARBEITER UND STUDENTEN !

ES LEBE DER 1. MAI !

AK TECHNOLOGIE

Zettelkasten zur Technologie-Diskussion

1) Stichwort: Naturwissenschaften
2) Stichwort: Technische Intelligenz
3) Stichwort: Hochschulforschung

bestellen bei AK Techn. c/o AStA
TU-Westberlin 1 Bln. 12
Straße des 17. Juni 135
Postscheckkonto Bln.-West 242072
(R. Selka)

je 1.– bei Sammelbestellung
mir 0.70

Technologie ↗

SDS Saarbrücken : Zur Betriebsbasisarbeit und zum 1. Mai

I.

Der erste Ansatz unserer Betriebsarbeit ergab sich aus der Einschätzung der wirtschaftlichen Krisensituation im Saarland. Wir haben es hier nicht mit einer typisch spätkapitalistischen hochindustrialisierten Wirtschaft zu tun. Dazu einige Daten:

- 1980 wird es im Saarland ca. 100.000 Arbeitslose geben (Gutachten von Prof. Isenburg, Saarbrücken)
- in den letzten 2 Jahren mußten 25 000 bis 30 000 Erwerbstätige aus Mangel an Beschäftigungsmöglichkeiten aus dem saarländischen Arbeitsleben ausscheiden
- über 18 000, vornehmlich junge Arbeitskräfte verließen seit 1967 das Saarland
- Betriebsstillegungen zehren den geringen Arbeitsplatzzuwachs in neuen Betrieben auf.

Besonders in den zwei größten Industriezweigen des Saarlandes (Bergbau ca. 20 %, Eisen + Stahl ca. 30 % der Arbeitnehmer) manifestiert sich die Krise in der Existenz von z.T. frühkapitalistischem Proletariat. Dem saarländischen Berg- und Hüttenmann sind Begriffe wie Unterdrückung und Ausbeutung keine kommunistische Erfindung, sondern täglich erfahrene Wirklichkeit (bei den Unternehmern herrscht kein Interesse, an Investitionen, d.h. es wird das alte, mangelhafte Material verwendet, was bes. in den Gruben lebensgefährliche Arbeitsbedingungen schafft; dazu kommt die ständige Erniedrigung durch ein raffiniertes System von kleinen und großen Vorgesetzten, die direkt am Arbeitsplatz als Betriebsspitzel fungieren). Die vom Arbeiter unmittelbar materiell empfundene Ungerechtigkeit des Systems (es gibt 4 - 5köpfige Familien mit einem Netto-Monatseinkommen von weniger als DM 500.--) machte für uns den ökonomistischen Ansatz unumgänglich.

Kontakte zu Beschäftigten der (vorwiegend landeseigenen) Saarbergwerke, dem größten Bergbauunternehmen im Saarland, ermöglichte uns den Zugang zu betriebsinternen Informationen. Diese werden von uns fast regelmäßig in Flugblättern veröffentlicht und politisch interpretiert. Verschiedene Faktoren machen bei diesem Ansatz die klandestine Arbeit notwendig :

1) Die strafanstaltsmäßige Repression in den Betrieben
2) Die total fehlende Schutzfunktion der Gewerkschaften (IGM und IG E), die in hohem Maße von CDU-Leuten beherrscht werden und deren Spitze in der Mitbestimmungs-Aristokratie integriert ist.

Dieser Ansatz zielt primär auf ältere Arbeiter, deren Reproduktionssphäre durch Familie usw. meist unzugänglich bleibt (möglicher Ansatzpunkt in dieser Sphäre : Ausbildungsprobleme der Kinder).

Inhalt der Flugblatt-Agitation ist vorwiegend Kritik der Gewerkschaftspolitik, deren Widerspruch zwischen Anspruch und Realität sich in der Praxis von Betriebsräten, Vertrauensleuten, Arbeitsdirektoren usw. manifestiert. Längerfristige Strategie ist die öffentliche Auseinandersetzung mit der Gewerkschaft zur Entlarvung ihrer revisionistischen Politik, weiter die Infragestellung der traditionalistischen Organisationsform zugunsten einer revolutionären Alternative. Bei diesem Ansatz zeigt sich deutlich der revisionistische Charakter der DKP: die Mitglieder der illegalen KPD haben sich gespalten : die "Stehkragenpolitiker" gründen DKP+ADF+UZ-Vertrieb, die aktiven organisierten weiter die illegale Arbeit und lassen die DKP rechts liegen.

II.
Der zweite Ansatz unserer Betriebsarbeit zielt auf jüngere, in der Reproduktionssphäre noch nicht angepaßte Arbeiter und Lehrlinge. Sie kommen über Diskussionen z.B. in SDAJ-, Gewerkschaftsjugend-, Juso-Kreisen zu uns, frustriert von der anti-emanzipatorischen Praxis dieser Organisationen. Auch in dieser Gruppe ist unser Ziel nicht primär die Schaffung von innerbetrieblichen Kadern, sondern die gemeinsame Diskussion, Planung und Durchführung allgemeinpolitischer Aktionen (z.B. Umfunktionieren des Ostermarsches in eine (leider nicht militante Bullen-Verarscherei) und deren Vermittlung mit der betrieblichen (und berufsschulischen) Praxis. Die Arbeit dieser Gruppe soll die bürgerliche Trennung von geistig und körperlich Arbeitenden, von Führenden und Ausführenden aufheben, die Emanzipation der einzelnen Genossen durch die politische Praxis vorantreiben bis zu ihrer Selbsttätigkeit und deren Ausdruck in der Organisation autonomer Gruppen.

III.
In dieser Gesamtstrategie war die Aktion 1.Mai geplant als Manifestation unserer Kritik an den traditionalistischen Arbeiterorganisationen (DGB, SPD, DKP). Bei dieser ersten öffentlichen Konfrontation mit der revisionistischen Macht waren wir zu einer regelrechten Sprengung psychisch und physisch noch nicht stark genug (bes. angesichts des ca. 100-Mann-starken, im anliegenden Gebüsch versteckten Polizeiaufgebots, des DGB-eigenen Ordneraufgebots und unserer mangelnden Erfahrung in militanten Aktionen). Über Sprechchöre und Zwischenrufe kamen wir nicht hinaus. Das in der überwiegenden Mehrzahl aus DGB-Funktionären zusammengesetzte Publikum (ca. 7oo) war natürlich vorwiegend gegen uns eingestellt bis auf wenige Ausnahmen. Verständlich und berechtigt war auch die Haltung der meisten nicht DGB-hörigen Arbeiter :"Wenn am 1. Mai der SPD-ARNDT spricht, gehe ICH nicht hin!"
Die anschließende Diskussion im RC brachte neue Kontakte zu einigen Lehrlingen.

Franco Reither

66 Saarbrücken
St. Josefstr. 31

SAARBRÜCKEN: FLUGBLATT FÜR EINE GRUBE, AN DER SCHON SEIT 3 MONATEN VERTEILT WIRD

H e i l i g e K ü h oder P a p i e r t i g e r ?

Spätestens seit dem Bestehen des 2. Generalplans der Saarberg sollte es jeder Bergmann wissen: sein Beruf ist von den Herrschenden zum Aussterben verurteilt worden; zwei Zahlen drücken das deutlich aus:
bis 1973 nur noch 4 Schachtanlagen
bis 1973 nur noch 10 000 Beschäftigte.
Diese Gnadenfrist von (jetzt noch) 4 Jahren wird dazu ausgenutzt, der Öffentlichkeit ein Bild vom "glücklichen" Bergbau vorzusetzen. In jeder Ausgabe von "Schacht und Heim" z.B. sieht man strahlende fette Gesichter und lange Berichte vom "Fortschritt" der Saarberg. Die wahre Misere im Bergbau wird totgeschwiegen:
- o Der Unternehmer hat kein Interesse an neuen Investitionen, die sich in dieser kurzen Zeit für ihn nicht mehr lohnen.
- o Der Unternehmer steckt für jede stillgelegte Schachtanlage vielstellige Summen von seinem Kompagnon, dem Staat, ein.
- o Der Unternehmer will die ca. 20.000 überflüssigen Bergleute loswerden, ohne in der Öffentlichkeit allzu viel Aufsehen zu erregen - die berechtigte Unruhe der Bergleute soll auf keinen Fall zum Ausbruch kommen.

Die Auswirkungen von alledem bekommt am stärksten der Bergmann in seiner täglichen Arbeit zu spüren:

Leute werden mit fremder Arbeit belastet

Am 2. April verunglückte während der Frühschicht ein Bergamnn in Abt. 14 am Fuß, sodaß ein Krankenhausaufenthalt erforderlich war. 45 Minuten mußte er am Schacht warten, bis er über Tage gebracht werden konnte, weil der Anschläger von über Tage mit Verladen von Holz beschäftigt war. Trotz eifrigen Bemühens des Anschlägers von unter Tage war es nicht möglich, eine Seilfahrt zu tätigen.

Besonders gefährlich ist der falsche Einsatz der Anschläger bei plötzlichem Gaseinbruch, wie z.B. am Samstag, 12.4., in Abt. 10 und 11, als alle Elektrogeräte ausgeschaltet werden mußten und ein Teil der Leute verlegt werden mußte. Am Mittwoch, den 16.4., mußte die Partie Massone wegen zu hohen CH_4-Gehalts sogar eingestellt werden. Dort kommen die Gase bereits vor dem Damm in die Bewetterung; in der Nachtschicht vom 17.4. wurden dort 1,2 bis 1,5 % CH_4-Gehalt gemessen.

Miserabler Zustand des Materials

Die beiden Körbe an Schacht 4 sind am Dach undicht, was besonders bei Regenwetter unangenehm ist. Der Schaden wäre leicht zu beheben durch ein einfaches Schutzdach (ähnlich wie früher am Neuhaus); dennoch müssen die Männer, die zu 15 wie Sardinen gepreßt im Korb stehen, immer noch jeden Tropfen spüren. Die vielen Anfragen beim Betriebsrat blieben bisher erfolglos.

"Spring nicht ab!"

"Kupple nur im sichern Stand,
der Wagen ist stärker als Kopf und Hand"

Was nutzen den Kumpels die vielen frommen Sprüche, die der Sicherheitsingenieur im Schacht anbringen läßt, wenn von der Betriebsleitung nicht alles getan wird, um Gefahrenmomente zu beseitigen?

§ 14 der bergpolizeilichen Vorschriften fordert vierteljährliche Überprüfung aller zum Personentransport benutzten Wagen. Wann wurde dieser Punkt am Blechhammer jemals beachtet? Manche Radböckchen sind durch schlockernde Schrauben dermaßen schlecht am Kasten befestigt, daß zum Einsteigen einiger Mut gehört, der woanders besser angebracht wäre (z.B. zur Durchsetzung von Forderungen).

Die Herren brauchen natürlich keine Angst zu haben beim Befahren der Strecke: sie benutzen Extrawagen und sind unverschämt genug, unter falscher Flagge zu segeln: im Rot-Kreuz-Wagen!

Daß bei solchen Materialfehlern kaum ein Kumpel Chancen hat auf die Sicherheitsprämie von 350.- DM ist klar. Und noch eins ist klar: die Herren der Saarberg sind keine weißen Mäuse, sondern eher braune Ratten!

Kumpel, muck auf!

Wie kann sich der Bergmann gegen solche unmenschliche Behandlung wehren? Manche sagen: Es gibt doch die Gewerkschaften! Wie sieht aber die Gewerkschaft aus? Geht es darum, große Töne zu spucken, sind die Gewerkschaften stark. Geht es darum, tatsächliche Änderungen durchzusetzen, dann sind sie l a h m! Sie hat seit langem schon darauf verzichtet, gegen die Ordnung des bürgerlichen Staates zu kämpfen.

Das zeigt sich besonders am 1. Mai. Früher organisierte die Gewerkschaft Massendemonstrationen, durch die sie den Kapitalisten zeigte, daß die Macht in die Hände der Arbeiter gehört. Heute versteckt sie sich im Deutsch-Französischen Garten, um unter den lieblichen Tönen der Polizeikapelle ("Wem Gott will rechte Gunst erweisen ...") eine verlogene Messe zu feiern, bei der das Wort Klassenkampf nicht vorkommt. Dabei müssen

die Arbeiter wie in der Kirche brav dasitzen und den Predigten lauschen (bei dem hohen Anteil von CDU-Mitgliedern ist das auch kein Wunder).

S c h l u ß m i t d e n S o n n t a g s r e d e n !

Zeigt den Gewerkschaften, daß die Masse der Arbeiter stärker ist als die Bürokratie!

Oder glauben sie - wie Max Schneider - sie seien heilige Kühe?

Zeigt den Kapitalisten, daß ihr die Unterordnung satt habt!
Kommt massenhaft in den Deutsch-Französischen Garten!
Macht Zwischenrufe, fordert Diskussionen von Euren "Vertretern" !

Sozialistischer Deutscher Studentenbund Saarbrücken

- -

ERLANGEN: KURZBERICHT ÜBER DEN 1. MAI

- -

Die Aktivitäten zum 1. Mai wurden von uns durch eine kurzfristig zusammengestellte ad-hoc-Gruppe derjenigen Genossen vorbereitet, die sich mit der Jungarbeiter-, Schüler- und Lehrlingsproblematik seit längerer Zeit theoretisch und praktisch auseinandergesetzt hatten. Dabei wurden folgende Ziele (und deren praktische Vermittlung) herausgearbeitet:

1. Der 1. Mai 69 soll zunächst durch entsprechende Aktionen der Ausgangspunkt dafür sein, die Hochschulrevolte in die Jugend (die arbeitende Jugend) zu tragen - d.h. studentische bzw. vorhandene Kader von Lehrlingen hätten diese Revolte zu entfachen bzw. weiterzutreiben.

2. Soweit antiautoritäre Revolte-Ansätze in Nürnberg und Erlangen vorhanden waren, sollten diese aufgegriffen und in den Aktionen zum 1. Mai fokussiert werden, was im wesentlichen auf eine organisatorische Wendung bereits vorhandener Oppositionspraxis von Lehrlingen, Jungarbeitern und Schülern hinauslaufen sollte.

3. Die konkrete Vermittlung dieser Ziele sollte durch eine im DGB-Prozessionszug marschierende Gruppe erreicht werden, die sich optisch (durch Transparente und rote Fahnen) und akustisch (durch Sprechchöre und Arbeiter-Kampflieder) als Block absetzen sollte, um
   a. als Argumentations-in-group durch Flugblätter die gewerkschaftlich organisierten Jugendgruppen für die Lehrlings- und Jungarbeiterproblematik zu mobilisieren
   b. als informations-in-group den weitgehendst unbewußten Gewerkschaftsmitgliedern auf dem Hintergrund der Notstandsopposition den ambivalenten Charakter ihrer traditionellen Organisation aufzuzeigen - dies per Flugblatt über die Hintergründe der Ereignisse in Frankfurt.

4. In einem eigens dazu angesetzten Teach-In über Lehrlings-, Jungarbeiter- und Schülerfragen sollte der bisherige Stand der Organisation der bereits bestehenden Gruppierungen problematisiert werden, um von hierher neue Ansätze der Organisation (sowohl neue inhaltliche Ansätze, als auch strukturelle Schlußfolgerungen) zu erarbeiten.

A b l a u f

- Keine nennenswerten Konfrontationen mit der Gewerkschaft während der "Prozession"; radikale Sprechchöre des Blocks der Jugendlichen (ca.100) Absingen von Kampfliedern.
- Bei der DGB-Kundgebung partielle Störungen der Veranstaltung durch gezielte skandierte Sprechchöre; kein Eklat, außer einigen begrenzten Rangeleien mit DGB-Ordnern.
- Wilde Demonstration nach Beendigung der DGB-Kundgebung zum Lokal, wo das teach-in stattfinden sollte; Aufforderung der Jungarbeiter, Lehrlinge und Schüler, das teach-in zu besuchen; bewußt disziplinierte

wilde Demonstration (Vermeiden von Provokationen gegenüber der Polizei...) wurde seitens der Polizei nicht behindert.
- Teach-In mit ca. 100 Teilnehmern; Diskussion über Lehrlings- und Jungarbeiterproblematik; Ausfluß der Diskussion in ein Organisationskomitee (Rote Garde Nordbayerns) von 5 Lehrlingen, 2 Schülern und 2 Studenten, welches folgende Funktion hat:
1. Politische Funktion dadurch, daß die Angehörigen des Organisationskomitees gleichzeitig in den eingerichteten bzw. bestehenden Arbeitskreisen (bzw. Schul- und Berufsschulbasisgruppen oder deren Kernen) kontinuierlich mitarbeiten und im Organisations-Komitee diskutieren und entwickelte allgemeine Perspektiven in die Arbeit an der Basis (in die obigen Gruppen) einbringen.
2. Organisatorische Funktion dadurch, daß die in den Arbeitskreisen etc. zu entwickelnden Vorstellungen vom Organisationskomitee in die politische Diskussion aufgenommen und organisatorisch übersetzt werden (Infos, Rundbriefe etc.)

- -

FLUGBLATT DES REPUBLIKANISCHEN CLUBS NÜRNBERG

- -

Arbeiter!

Der DGB hält uns für blöd genug, um zu glauben, daß er uns am 1. Mai mit Blasmusik und Umzügen sein seltsames Mitbestimmungskonzept verkaufen kann. Der Freund der Nürnberger Unternehmer, Urschlechters Anderl, bietet dabei fleißig seine Mithilfe an. Der 1. Mai ist vom Kampftag der Arbeiter zum Tag der Heuchelei geworden. Mit seinem Volksfest versucht der DGB seinen Volksbetrug zu verschleiern. Aber mit dem, was er uns als Mitbestimmung vorsetzen will, wird er letztlich keinen Blumentopf bei der Arbeiterschaft gewinnen.

Denn wir wissen ja: schon in der Bergbaukrise haben die Arbeitsdirektoren eifrig mitgeholfen, die Kumpels zugunsten des Profits der Bonzen zu verschaukeln. Und natürlich war die IG-Bergbau, die den Gesamtstreik in der Bergbauindustrie durch geschickte Schachzüge zu verhindern wußte.

Obwohl die Notstandsgesetze die letzten Freiheiten der Arbeiter durch Streikverbot und Dienstverpflichtung beseitigten unterband der DGB den Generalstreik und setzte sogar die streikwilligen Arbeiter in Hessen massiv unter Druck. Was können wir von solchen Gewerkschaften schon noch erwarten? Daß sie die Sache der Unternehmer zu ihrer eigenen gemacht haben und uns verheizen werden zugunsten einer Profitwirtschaft, in der wir den Reichtum herstellen und die Unternehmer ihn haben. Jede Möglichkeit sich zur Wehr zu setzen ist durch die Notstandsgesetze beseitigt. Die zweite Phase soll nun sein, die Arbeiterschaft durch die Mitbestimmung in die unternehmerische Planung einzubauen. Denn die sogenannten "Arbeitervertreter" werden der Schweigepflicht unterworfen und gesetzlich verpflichtet sein das Wohl des Unternehmens zu fördern. In unserer Wirtschaft aber ist das Wohl des Unternehmens noch immer das Wohl des Unternehmers. Doch wir sind die Unternommenen. Uns kann nichts daran liegen, daß unsere Vertreter mitbestimmen, wie die Unternehmer unsere Arbeitskraft am besten ausbeuten können. Wir können unsere Interessen nicht mehr länger eine Gewerkschaft wahrnehmen lassen, die mit ihrem Apparat so sehr in die Unternehmerwirtschaft verflochten ist, daß sie nur noch für die Unternehmer arbeiten kann. Wir müssen uns selbst organisieren, wenn wir an unserem Arbeitsplatz selbst bestimmen wollen, wenn wir unsere Arbeitskraft nicht mehr an andere verkaufen, sondern selbst darüber verfügen wollen. Noch nie in der Geschichte der Arbeiterbewegung ist den Arbeitern etwas geschenkt worden. Sie haben sich alles, uns selbst das kleinste Zugeständnis, gemeinsam erkämpfen müssen.

Wer sich also nicht vom DGB und seinem Zirkus verschaukeln lassen will, der kommt am 1. Mai um 14 Uhr ins Löwenbräu am Sterntor und bespricht mit gleichgesinnten Kollegen die Möglichkeit, die eigenen Interessen in wirksamerer Weise als durch Blechkapellen zu vertreten.

AM 1. MAI
GIBT ROSENBERG DIE BLASKAPELLEN FREI !

69

Freiburg: 1. Mai

Brief der Betriebsprojektgruppe und des SDS an die Badische Zeitung

Zu den Vorfällenwährend der diesjährigen Maifeier des DGB nehmen Mitglieder des SDS, der Sozialistischen Schüler (AUSS) und der Lehrlingsgruppen wie folgt Stellung:

Die Vorfälle während der Maifeier sind nur zu verstehen, wenn man weiß, daß wir am Dienstag morgen vor den größeren Freiburger Betrieben ein Flugblatt verteilten, in dem wir die Situation der Lohnabhängigen untersucht und zu dem Schluß kamen, daß kein Anlaß zu "Festrede und Festkonzert" bestehe. Wir kritisierten die DGB-Forderung nach Mitbestimmung, die unserer Ansicht nach lediglich bedeutet, daß einige Arbeiter aufhören, Arbeiter zu sein und zur besseren Verschaukelung der übrigen Arbeiter mitbestimmen. Wir setzen dem entgegen die Forderung nach Arbeiterkontrolle, die bedeutet, daß die Arbeiter und Angestellten sich die Kontrolle über den Betrieb- z. B. durch Wahl der Vorgesetzten- erkämpfen. Wir konnten an Hand von Zahlen über die Entwicklung der Löhne und Preise sowie der Unternehmergewinne nachweisen, daß eine "Maifeier" Hohn ist, daß es jetzt vielmehr darauf ankomme, sich einen offensiven neuen Weg zur Durchsetzung radikaler Forderungen zu überlegen. Darüber wollten wir mit den Gewerkschaftlern diskutieren.

Wir gingen zur Maifeier des DGB, 30 Lehrlinge, darunter 20 Mitglieder der IG-Metall Jugend, 20 Studenten und 10 Schüler. Als der DGB Kreisvorsitzende Jorzing bei seinen Begrüßungsworten von Mitbestimmung sprach, versuchten die IG-Metall Jugendlichen in der Mitte des Saales ein Transparent "Diskussion statt Festreden" zu entrollen. Das noch nicht entrollte Transparent wurde ihnen aus den Händen gerissen, die Jugend Metaller wahllos von ihren "Kollegen" verprügelt. Aufs Argumentieren wollten es die Feiernden nicht ankommen lassen. Jorzig rief zur Selbsthilfe auf:
"Ordner zieht die Binden an, macht von eurem Hausrecht gebrauch". Dann wurde beste Saalschutzarbeit geleistet: Mädchen wurden geschlagen, ein IG-Metall Jugendlicher noch am Boden liegend getreten. Auch die übrigen Transparente wurden entrissen, eines lautete: " Unternehmer und Direktoren ans Fließband", ein anderes: " Statt Mitbestimmung Arbeiterkontrolle"; die Latten wurden vom Saalschutz dann teilweise als Schlagstöcke verwandt. Die Demonstranten wurden aus dem Saal gedrängt, die Selbstbeweiräucherung der DGB-Funktionäre konnte unwidersprochen , die Feier routinemäßig ablaufen.
Diese Vorkommnisse bestätigen die Ansicht, der linken Studenten, Lehrlinge und Schüler über einen großen Teil der Gewerkschaften, die , in Freiburg vertreten durch den DGB-Kreisvorsitzenden Jorzig, nicht mehr wissen, woher sie kommen und wessen Interessen sie zu vertreten haben. Diese Leute sind korrumpiert.
Die linken Studenten, Lehrlinge und Schüler werden sich aber auch in Zukunft darum bemühen, mit den linken Gewerkschaftsmitgliedern und ihren Vertretern so weitgehend wie möglich zusammenzuarbeiten.
Die an der Aktion beteiligten Lehrlinge, Schüler und Studenten beschlossen nach Diskussion über weitere Maßnahmen, das DGB-Haus mit Parolen zu versehen.
Das Ergebnis dieser Aktion ist

1. Abbruch unserer Zusammenarbeit mit der IGM durch den Bevollmächtigten.
   Zusammenarbeit hieß: Flzgblattfinanzierungen, sporadische Teilnahme an Wochenendseminaren für Arbeiter, Mitarbeit in der Jugendgruppe seit November.
2. Druck auf die Gewrkschaftsjugendlichen.
3. Wahrscheinliche Vergrößerung der erst seit Mitte März bestehenden (am 1. Mai aktiven) Lehrlingsgruppen.

Wir fangen mit der betriebsarbeit erst an. Bericht über unsere Arbeit folgt, nachdem sich die erst in Ansätzen bestehende Betriebsprojektgruppe konstituiert hat.

Venceremos

Flugblatt FREIBURG

ARBEITERKONTROLLE
statt
MITBESTIMMUNG

Beispiel wie Gewerkschaften heute die Interessen der Arbeiter vertreten:

Die Mitbestimmung:

1. In den größten Betrieben sollen die Aufsichtsräte zur Hälfte aus Vertretern der Arbeiterschaft, zur anderen aus Vertretern des Kapitals zusammengesetzt werden. Ein "neutraler" Mann soll hinzu kommen.
2. Im Vorstand der größten Betriebe soll ein "Arbeitsdirektor" die Interessen der Arbeitenden berücksichtigen.

Die "Qualifizierte Mitbestimmung", wie sie durch die Gewerkschaften eingeführt werden soll, bewirkt, daß sich die Unternehmer hinter Arbeitern verstecken können. Die Arbeiter, die zum Zweck der Mitbestimmung nach oben in den Aufsichtsrat und in den Vorstand gewählt werden, vergessen schnell, woher sie kamen. Schnell werden sie zum Teil des Managements. Es ist für das Kapital sehr nützlich

--wenn die Arbeiter der Illusion anhängen, sie hätten Einblick in den Betrieb und Kontrollmöglichkeiten zu ihrer Sicherung,
--wenn eine Handvoll aus ihren Reihen überwechselt hinter die verschlossenen Türen der kapitalistischen Konferenzräume.

Mitbestimmung heißt, daß einige Arbeiter aufhören, Arbeiter zu sein und zur besseren Verschaukelung der Arbeiter mitbestimmen.

ARBEITERKONTROLLE heißt, Teile der Betriebe, schließlich die Betriebe selber unter die Kontrolle der Arbeiter stellen. Das müssen die Arbeiter selbst erkämpfen, es gibt niemanden, der das für sie tun könnte.

Es kann nur erreicht werden durch:

----- Aufheben der Mauscheleien zwischen Betriebsrat und Betriebsleitung durch Forderung nach Öffentlichkeit der Verhandlungen.
-----Sofortige Abwählbarkeit des Betriebsrates, wenn sich die Belegschaft nicht mehr von ihm vertreten fühlt.
-----Wahl der Vorgesetzten (Vorarbeiter, Abteilungsleiter u. s. w.)
-----Entscheidung der Betroffenen über Stillegung von Betrieben. Dazu ist erforderlich:
-----Einsicht in die Geschäftsbücher.

Diese Forderungen können nur solidarisch durchgedrückt werden!!

Zu feiern gibt es nichts! Deshalb:

Diskussion Mi 30. 4. 19, 30 Uhr

MACHT DEN 1. MAI WIEDER ZUM KAMPFTAG DER ARBEITER

Der 1. Mai war früher der Kampftag der deutschen Arbeiterbewegung. Die Arbeiter ließen sich durch keine Drohung davon abbringen, für ihre Rechte auf die Straße zu gehen.

Warum machen heute die Arbeiter am 1. Mai Ausflüge und Sauftouren ins Grüne anstatt auf der Straße für ihre Interessen zu demonstrieren?

Daß die Arbeiter ausgebeutet und unterdrückt werden, ist ihnen selber am klarsten. Unklar ist ihnen nur, wie es anders werden kann.

Viele Kolleginnen und Kollegen glauben noch, daß die Gewerkschaften für sie etwas ändern würden. Das führt dazu, selber nichts zu tun und auf die Taten der Gewerkschaften zu warten. Aberdie Gewerkschaftsbürokratie hat sich längst von ihren Mitgliedern gelöst und vertritt nur noch ihre eigenen Interessen- auch gegen die Arbeiter-.

Die Mitbestimmung in der Montanindustrie war das erste sichtbare Zeichen für eine immer stärker werdende Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaften und Bonzen.

Das Betriebsverfassungsgesetz konnte vom Bundestag verabschiedet werden- die Gewerkschaften haben es nicht verhindert.

Das BVG verhindert jede Vertretung der Interessen der Arbeiter, indem es jede politische Arbeit im Betrieb verbietet und denjenigen mit Entlassung droht, der es dennoch tut (Firma Hellige, Metz etc.)

Was bleibt ist der Schein.

Dieses Gesetz bedeutet für die Arbeiter: Schnauze halten und schaffen!

Man gab den Arbeitern das Gefühl, am Gewerkschaftskampf beteiligt zu sein; doch wo kein Kampf stattfindet kann auch nicht gekämpft werden.

In Verhandlungen wurden Tarifverträge ausgemauschelt, zum Nachteil der Arbeiter. Die Gewerkschaften "drohten" am Verhandlungsbeginn mit Streik und ließen die Arbeiter Urabstimmungen durchführen. Kurz vor Streikbeginn einigte man sich offiziell mit den Unternehmern. Den Arbeitern erzählten die Funktionäre von den guten Verhandlungsergebnissen und daß, es jetzt doch nicht mehr nötig sei zu streiken. Die Urabstimmungen zum Absetzen des Streiks beendeten den Streik. Jeder war zufrieden; Unternehmer und Gewerkschaften hatten ihre Scheingefechte ausgetragen ohne Federn zu lassen, die Arbeiter glaubten an die Errungenschaften, von denen man ihnen erzählt hatte.

1965 verzichtete man auf Scheingefechte. Die Gewerkschaften verzichteten auf Lohnforderungen und ließen den Avvau von Sozialleistungen zu, damit die Unternehmer ihr bankrottes Wirtschaftssystem über die nächste Krise retten konnten. Die Arbeiter mußten den Karren aus der Scheiße ziehen. Die Unternehmer haben wieder den Karren, den Arbeitern ist die Scheiße geblieben. Die ganze Sauerrei hat man hochtrabend "konzertierte" Aktion genannt.

Die Arbeiter leisteten keinen Widerstand, vertrauten sie doch "ihrer" Gewerkschaft. Die Verabschiedung der Notstandsgesetze, die die Unterdrückung der Arbeiter perfekt machen, ging ohne Widerstand der Gewerkschaften über die Bühne.

Gastarbeiterkonferenz , Konstanz

Genossen,

die auf der DK von der Internationalismus-Gruppe vorgeschlagene "Gast"-Arbeiter Konferenz in Konstanz

(polit. Agitation und Betriebsbasisarbeit bei italienischen "Gast"-Arbeitern in der Schweiz und BRD)

wird voraussichtlich zustande kommen.

Für die Schweizer und italienischen Genossen haben sich jedoch wegen der Vorbereitung Terminschwierigkeiten ergeben, so daß wir die Konferenz auf Pfingsten 24./26. Mai verlegen müssen.

In ca. 14 Tagen werden wir mit den Schweizer Genossen die einzelnen Arbeitsbereiche absprechen und euch konkretere Angaben über den Ablauf der Konferenz zu zuschicken.

Bitte gebt uns schon jetzt Nachricht über Teilnahme und Anzahl der Genossen (An Ursula Pasero, 775 Konstanz, Hoheneggstr. 100, Tel: 61384)

Und schickt bitte Material!!!!!!

→ AGIT

Sonderdruck von Oskar Negt: Politik und Gewalt
(Mindestbestellung:) 10 Exemplare DM 3.-
Bestellung durch Vorauszahlung auf ein BV-Konto
PSchK Ffm 316 07
Dresdner Bank 28 24 27

Frankfurt: 1. Mai/ Aus einer Agitationsbroschüre der Stadtteilbasisgruppen

DREI FRAGEN ZUM PROLETARISCHEN INTERNATIONALISMUS

Oft entstehen Streit und Haß zwischen deutschen und ausländischen Arbeitern. Ein kleiner, scheinbar bedeutungsloser Konflikt am Arbeitsplatz, beim Einkaufen, in der Straßenbahn oder in der Kneipe reicht manchmal schon aus, daß sich großes Geschrei in allen Sprachen erhebt und sich regelrechte "feindliche Lager" bilden. Jeder weiß , daß es schlimm ist, wenn sich die Arbeiter selbst in feindliche Lager spalten. Trotzdem kommt es zu Streit. Selten fragt mal einer, warum das so ist.

Frage 1: Aus welchen Ländern kommen die Gastarbeiter und warum gehen sie von dort weg?

Sie kommen hauptsächlich aus Portugal, Spanien, Süditalien, Jugoslawien, Griechenland und aus der Türkei. Ein oder zwei dieser Länder kennen viele von uns: Das sind die großen Erholungsgebiete Europas mit Meer und Sonne, Oliven und Wein. Wenn wir abgeschafft sind oder einfach mal raus aus dem elenden Trott wollen, dann können wir dort Urlaub machen und es uns wohl ergehen lassen. Aber wenn das Brot im Süden billiger ist, vergessen wir oft, daß der Bäcker dort eben auch weniger verdient. Und wenn das Benzin dort teurer ist, so merken wir nicht, daß es für den einfachen Bauern und Landarbeiter überhaupt nicht mehr erschwinglich ist. Dieses ganze riesige Gebiet im Süden Europas, aus dem die Gastarbeiter kommen, ist ein einziges wirtschaftliches Notstandsgebiet: Die Löhne sinken, die Arbeitslosenzahlen steigen, und der Unterschied zwischen Arm und Reich wird immer größer. Ein Land ohne nennenswerte Industrie bewahrt sich zwar eine gewisse Naturschönheit, ist aber zur Armut verbannt. Dazu kommt, daß die Unzufriedenheit der Arbeiter, Bauern, auch der Studenten und der kleinen Händler und Angestellten in diesen Ländern oft nur noch mit brutaler Polizei-und Militärgewalt unterdrückt werden kann. In Portugal, Spanien und Griechenland gibt es faschistische Diktaturen, in denen Arbeiter vor Militärgerichte gestellt und in den Folterkammern der Gefängnisse den unvorstellbarsten Torturen ausgesetzt werden.
- Dies sind ein paar Gründe, warum die Gastarbeiter ihr Land verlassen.

Frage 2: Nehmen uns die Gastarbeiter die Arbeitsplätze weg oder beuten sie uns auf irgend eine andere Art aus?

Zunächst muß es wie ein verrückter Einfall erscheinen, überhaupt diese Frage zu stellen, wenn man sich bloß die konkrete Lage der Gastarbeiter in der BRD ansieht. Wirtschaftlich sind sie schlechter gestellt als die deutschen Arbeiter und werden vor allem für die Dreckarbeit eingesetzt. Sie sind in Ghetto-Umgebungen eng zusammengepfercht, leben in Baracken, auf Fabrikgelände oder in Wohnhäusern, wo ihnen Wuchermieten abgenommen werden. Und schließlich existiert das Ausländergesetz, das bereits 1965 als einer der frühesten (und für das "deutsche" Bewußtsein offenbar problemlosesten) Bestandteile der Notstandsgesetzgebung verabschiedet wurde. Diesse Gesetz macht es möglich, jeden mißliebig aufgefallenen Ausländer - Student, Praktikant,oder Arbeiter - jederzeit auf bloße polizeiliche Anordnung hin aus dem Lande zu verweisen oder gar in sein in vielen Fällen faschistisches Heimatland abzuschieben. Will er vor Gericht Einspruch erheben, so darf er das - von seinem Heimatland aus.

Gerade aber aus dem Grund, daß die Gastarbeiter eine nahezu rechtlose, besonders schlecht bezahlte und gesellschaftlich als Menschen zweiter Klasse behandelte Schicht innerhalb der Arbeiterklasse bilden, werden sie benutzbar für die Zwecke der Ausbeuter und Profitgeier. Wer zu Hause arbeitslos war, nimmt auch hier schlechter bezahlte Arbeit an, ohne als erstes nach dem Verdienst seines deutschen Kollegen zu fragen. Damit drückt er objektiv das allgemeine Lohnniveau herunter. Wer ein Opfer der deutschen Vorurteile wird

und von den Arbeitern in der BRD sowieso nicht akzeptiert wird, kann sich unversehens zum Streikbrecher mausern. Wer gezwungen ist, sich mit sozialem Verhältnissen abzufinden, die unter dem Lebensstandard der deutschen Arbeiterklasse liegen, der setzt sich schließlich selbst in die Rolle dessen, im Vergleich zu dem sich der deutsche Arbeiter ein scheinhaftes Selbstbewußtsein zurecht schustern kann. Die Unternehmer, die Geldsäcke sind es, die ein Interesse daran haben, auf solche Weise den Spaltpilz in die Arbeiterklasse hineinzutragen. Genau wie der Rassismus, den die Nazis gegen die Juden entfachten, denZweck hatte, alle Schuld und allen Terror, mit dem die herrschende Klasse ganze Völker in den Krieg trieb, auf eine wehrlose Minderheit abzuwälzen - genau so werden die Gastarbeiter erst einmal durch besondere Arbeitsverträge und Ausländergesetz entrechtet und dann demagogisch als die Schuldigen hingestellt, obwohl sie selber nur doppelt und dreifach ausgebeutet werden.

Frage 3: Wie können wir gemeinsam mit den ausländischen Kollegen den Faschismus hier und in ihren Heimatländern bekämpfen?

Für die ausländischen Kollegen, die als Gastarbeiter hierher kommen und hoffen, dem Terror der faschistischen Dikatatur entronnen zu sein, ist unser Ausländergesetz der verlängerte Arm des Regimes in ihrem Heimatland. Die Zusammenarbeit der "freiheitlich demokratischen" Regierung in der BRD mit den faschistischen Machthabern in Südeuropa wird konkret in der Duldung und Unterstützung von ausländischen Geheimdiensten, von Terror-Gruppen, die gegen oppositionelle Arbeiter aus ihren Heimatländern vorgehen, in der gemeinsam ausgeübten Kontrolle über den Arbeitsmarkt (Spitzel in den Arbeitsämtern), in dem schon in vielen Fällen durch die Ausländerpolizei verfügten Verbot, den Arbeitsplatz zu wechseln (eine ohne Erklärung des Notstands faktisch durchgeführte Dienstverpflichtung), in der Praktik, politisch unliebsame Ausländer bei Nacht und Nebel abzuschieben, und in vielen anderen Maßnahmen. Der Terror, der jetzt schon gegen die ausländischen Arbeiter und Studenten geübt wird, ist ein kleiner Vorgeschmack auf das, was uns elbst blüht, wenn wir die Herrschenden hierzulande dazu kommen lassen, ihre Notstandspläne gegen uns anzuwenden.

Der internationalen Zusammenarbeit der faschistischen Konterrevolution setzen wir die auch schon praktizierte Solidarität der Unterdrückten entgegen. Wir haben gezeigt, und werden weiterhin deutlich machen, daß sich unsere Solidarität nicht auf die leeren Phrasen der Gewerkschaften und Sozialdemokraten beschränkt. Wir werden weiterhin die Niederlassungen der faschistischen Staaten in der BRD direkt angreifen. Wir werden die Zusammenarbeit mit den revolutionären ausländischen Genossen verbessern.

FÜR ALLES REAKTIONÄRE GILT: DAS NICHT FÄLLT,
WAS MAN NICHT NIEDERSCHLÄGT! (MAO)

Frankfurt: Flugblatt vom 2. Mai

---

1. MAI - KAMPFTAG DER ARBEITER -- 1. Mai - KAMPFTAG DER ARBEITER -- 1. MAI

Der 1. Mai, ehemals Kampftag der Arbeiter - wurde in diesem Jahr von der APO, von Jungarbeitern, Lehrlingen, Schülern, Studenten und ausländischen Arbeitern bestimmt. Am Vorabend des 1. Mai hetzten die Gewerkschaftsbürokraten - an der Spitze Arbeiterverräter Brundert - bei einem sogenannten "Mahl der Arbeit" im Römer gegen"Linksradikalismus". Zur gleichen Zeit bestand die traditionelle Demonstration der Gewerkschaftsjugend aus diesen "Linksradikalen", aus in Stadtteilbasisgruppen organisierten Jungarbeitern, Lehrlingen, Schülern und Studenten. In der anschließenden Kundgebung im Gewerkschaftshaus erteilten die anwesenden Jungarbeitern den [illegible]n Bonzen der Gewerkschaftsbürokratie eine klare Absage. Diese Jungarbeiter können zum großen Teil nicht mehr in der Gewerkschaft arbeiten, weil sie beispielsweise aktiv

gegen die Notstandsgesetze kämpften und die Arbeiterschaft dagegen mobilisieren wollten. (Die Frankfurter Jugendgruppe der IG Druck und Papier wurde nach ihren Notstandsaktionen kurzerhand vom Apparat aufgelöst.) Auf der Kundgebung der Gewerkschaftsjugend forderten sie gegen vier Funktionärsstimmen je einen Gewerkschaftsjugend-und SDS-Sprecher für die DGB Mai-Kundgebung. Nachdem der DGB jahrelang die Arbeiter politisch entmündigt hat, ist er nicht mehr in der Lage, sie für seine Feiertagsveranstaltungen auf die Straße zu bringen. Das hat die diesjährige Mai-Kundgebung auf dem Römerberg eindeutig gezeigt.Die Sonntagsreden der Gewerkschaftsbürokraten vom Schlage eines Matthöfer und Geuss gingen in den Sprechchören der anwesenden "Linksradikalen" unter. Diese Jungarbeiter, Lehrlinge, Schüler und Studenten waren nicht mehr gewillt, sich vom DGB weiterhin Sand in die Augen streuen zu lassen.

Wer durch Konzertierte Aktion die Ausbeutung der Arbeiter verschärft, der ist nur konsequent, wenn er Notstandsgesetzen zustimmt, die den Klassenstaat in Krisenzeiten durch offenen Terror gegen die Lohnabhängigen verteidigt. Wer statt Selbstbestimmung der Arbeiter, d.h. Übernahme der Produktion, die "Mitbestimmung" fordert, die an der Situation der Arbeiter nichts ändert, verrät die Interessen der Arbeiterklasse (Beispiel:"Mitbestimmung" in der Ruhrkrise). Wenn heute Gewerkschaftsbürokraten behaupten "linksradikale" Studenten wollten die Arbeiter bevormunden, so fürchten sie in Wirklichkeit den Verlust ihrer Pöstchen, wenn die Arbeiter die Vertretung ihrer Interessen selbst in die Hand nehmen. Die s o z i a l i s t i s c h e n Studenten werden in der Universität von den "ordentlichen" Studenten bekämpft, die später den Arbeitern als Vorgesetzte und Antreiber gegenüberstehen. Die sozialistischen Studenten, die an der Klassenuniversität für ihre eigenen Interessen und für die Interessen der Lohnabhängigen kämpfen und sich weigern, sich zu Handlangern der Herrschenden ausbilden zu lassen, werden von der Universität gefeuert. Gemeinsam mit den Stadtteilbasisgrup- in Stadtteilbasisgruppen organisierten Jungarbeitern und Lehrlingen haben die sozialistischen Studenten, ohne Bevormundung durch Gewerkschafts-und Parteiapparate, den Kampf gegen den Klassenstaat aufgenommen.

ORGANISIERT EUCH IN STADTTEILBASISGRUPPEN !!!!!!!!

BEKÄMPFT DEN REAKTIONÄREN GEWERKSCHAFTSAPPARAT!!!!!

Die Frankfurter Stadtteilbasisgruppen

Kontaktadresse: Basisgruppe Bornheim
Bergerstrasse 122/ Hinterhaus Tel. 43 71 24
Montag 21 Uhr Samstag 16 Uhr

INFO-Sammelbesteller!

bei 2 unbezahlten Rechnungen kein INFO-Versand mehr! Also mit wie zur Bank!

der BV

ARBEITERKONTROLLE UND SHOP STEWARDS

Inhalt:

Einleitung
Zur Entstehung und Geschichte der Shop Steward
J.Rosser und C.Barker, Der Kampf der Shop Steward nach 1945 am Beispiel einer Maschinenfabrik
Malcolm MacEven, Betriebsorientierte Mieteragitation
Hugh Scanlon, Auf dem Weg zur Arbeiterkontrolle
Ken Coates, Demokratie und Arbeiterkontrolle
Literaturhinweise

Die Broschüre der Basisgruppe Wedding zeigt den Versuch, eine revolutionäre Betriebsstrategie durch die Aufarbeitung der Kämpfe der englischen Arbeiterklasse zu entwickeln. Die radikale Infragestellung der Herrschaft des Kapitals im Betrieb durch sich ständig eskalierende, nie institutionell sich verfestigende Forderungen nach Kontrolle und inhaltlicher Neubestimmung der Produktion erschien angesichts der englischen und französischen Erfahrungen als ein Ansatz, der die zentrale Schwäche der SEW/DKP vermeidet: da von diesen Parteien nicht entwickelt werden kann, wie die Unterstützung der gewerkschaftlichen Forderungen nach Mitbestimmung umschlägt in den Angriff gegen die Herrschaftsstruktur in den Betrieben und gegen die Staatsmacht, sind sie zur parlamentarischen Taktiererei und - wenn überhaupt - zur "Einführung des Sozialismus" auf dem Verordnungswege gezwungen.

In der vorliegenden Broschüre sind verschiedene Aspekte eines zentralen Diskussionspunktes der Betriebsarbeit im letzten halben Jahr dargestellt.

In ca. 2 Monaten werden wir in einer weiteren Broschüre (Arbeitstitel: E. Mandel u.a., Was ist Arbeiterkontrolle?) die durch die Erfahrungen und Diskussionen um den ersten Mai konkretisierten strategischen und organisatorischen Konzepte zur Betriebsarbeit der Westberliner Basisgruppen publizieren.

"Shop Stewards und Arbeiterkontrolle" für SDS-Gruppen à 3,50
Versand in der Regel per Nachnahme oder Vorkasse

Oberbaumverlag, 1 Berlin 21, Bundesratufer 1/II
0311-390 44 27

STADT FREIBURG IM BREISGAU-Amt für öffentliche Ordnung-Polizeibehörde
8.5.1969
Betr: Vollzug des Ausländergesetzes;
hier: Ausweisung und Abschiebung aus der Bundesrepublik Deutschland

I.Der argentinische Staatsangehörige Daniel Ruben Basi,..,zur Zeit Haftanstalt Freiburg..wird..für dauernd aus der Bundesrepublik Deutschland und West-Berlin ausgewiesen und hat das Bundesgebiet unverzüglich zu verlassen..II...wird gleichzeitig die zwangsweise Abschiebung angeordnet,..
Begründung:
..Basi ist nach Mitteilung des Kriminalkommissariats..vom 4.6.1968 als linksradikaler Student bekannt. Basi ist anläßlich verschiedener Veranstaltungen im Jahr 1968 als Ausländer bei Demonstrationen besonders aufgefallen. Bei der Studentenversammlung im Auditorium Maximum der Uni.. am 18.4.1968 entrollte Basi in sehr auffälliger Weise ein Plakat, das die Aufschrift "Enteignet Springer" trug. Am 28.5.1968 trat Basi in der Vollversammlung...bei der Behandlung der weiteren Aktionsplanung gegen die Notstandsgesetze erneut auf...Weiter forderte er die Anwesenden (ca.1200 bis 1500 Studenten)auf, die Mitglieder des AStA..abzuwählen,da deren Haltung zu weich sei. Dieser Vorschlag wurde angenommen und ein Streik-Komitee..gewählt.Die Ausführungen des Basi gipfelten in den Forderungen nach ähnlichen Demonstrationsmaßnahmen, wie sie während der Revolution 1848 und bei den derzeitigen Demonstrationen in Frankreich angewandt wurden... hat Basi vorgeschlagen, es sollen Basis-Gruppen gebildet werden, die nach der Verabschiedung der Notstandsgesetze im Volke den Widerstand gegen diese Gesetze weiterzubetreiben hätten. Wie sich aus vorstehenden Darstellungen ergibt,ist Basi,der als Mitglied des "Sozialistischen Deutschen Studentenbundes" (SDS)bezeichnet wird,zu dem Kreis der aktiven und radikal veranlagten Demonstranten zu zählen,die unter Umständen auch nicht vor Tätlichkeiten zurückschrecken. Die Tatsache,daß Basi auf solche Demonstrationspraktiken hinweist,zeigt,daß er nicht die politische Zurückhaltung übt,wie man sie von einem ausländischen Gast erwarten muß. Basi ist ferner verdächtigt,er habe sich am 14.1.1969..im..öffentlichen Bereich..der Universität Freiburg..mit weiteren Personen zusammengefunden und sei innerhalb der Menge in die Räume des Akademischen Rektorats eingedrungen...Der Ausländer Basi wird sich nach seinem Gesamtverhalten nicht in unsere Gesellschaftsordnung einfügen.Er gefährdet durch seine radikale Einstellung die freiheitliche demokratische Grundordnung und die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland.Er ist deshalb nach §1oAbs.1Nr1,6 und 11 des Ausländergesetzes auszuweisen...Um weitere Störungen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung zu verhindern, muß die aufschiebende Wirkung (eines Widerspruchs) versagt werden..(Dr. Ruf) Stadtoberrechtsrat"

Aufgrund einer massenhaften Demonstration der Freiburger Genossen ist der Haftbefehl gegen Daniel Basi aufgehoben und der sofortige Ausweisungsbefehl eine Woche verschoben worden. Die Ausländerpolizei verfolgt aber die Ausweisungsversuche weiter. Schafft Öffentlichkeit über die Notstands-Praxis gegen unseren ausländischen Genossen! Wie der Fall Taheri in Ffm schon gezeigt hat, handelt es sich nicht um Einzelfälle, sondern ein bewußtes, exemplarisches Statuieren von Polizeibespitzelung und Terror. Daniel Basi wurde von der Straße verhaftet. Nur durch Zufall hatte ein Genosse den Vorfall beobachtet. Taheri sollte in aller Heimlichkeit zum Flugplatz gebracht werden. Was die 5. Republik erst während der Mai-Revolte lernte, will die westdeutsche Ausländerpolizei jetzt schon einüben. Publiziert den Skandal der Freiburger Polizei!

Die Technologie- Korrespondenz

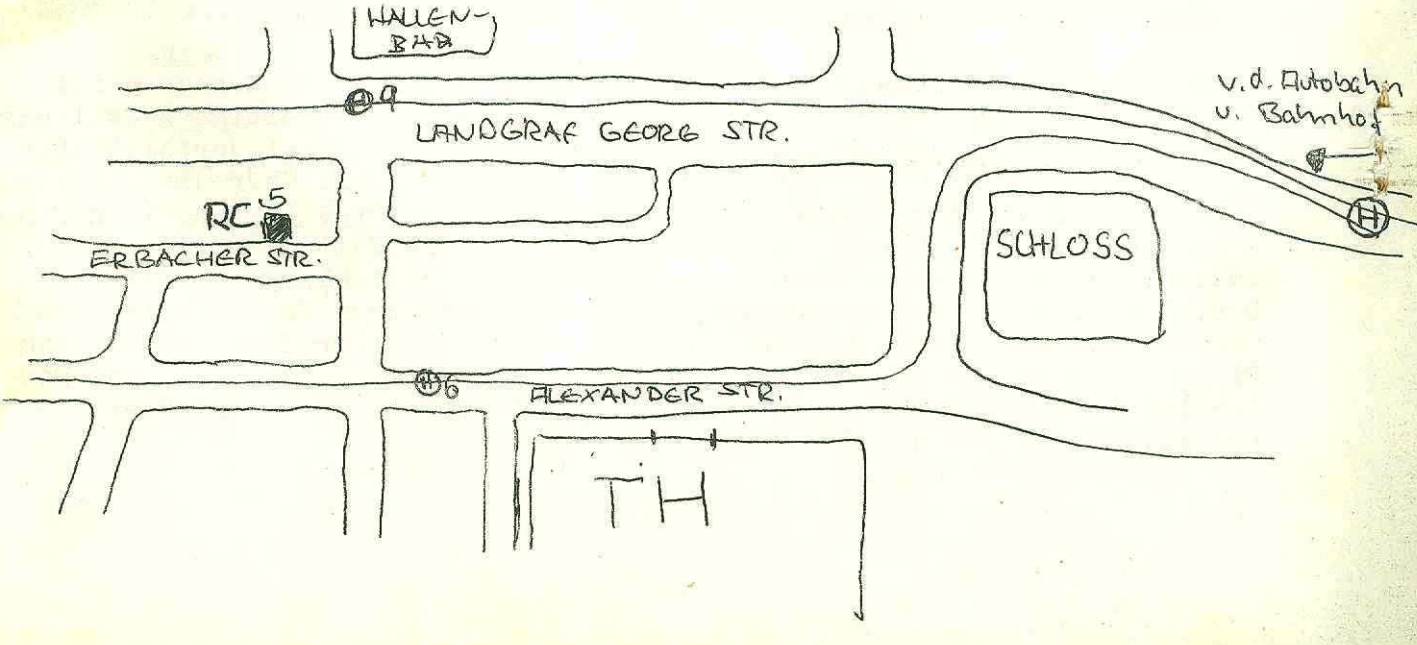
... soll ein Diskussionsforum der arbeitenden Technologiegruppen sein, das dazu dient, die Technologieproblematik durch exemplarische Diskussionen weiterzutreiben, die für naturwissenschaftliche und technische Studiengänge spezifische Strategiediskussion überregional zu intensivieren und Situationsberichte und Agitationsbeispiele zu vermitteln.
... erscheint unregelmäßig (ca. alle 4-6 Wochen) je nach Menge und Dringlichkeit der vorliegenden Beiträge. Bitte schickt uns alles, was ihr für wichtig im thematischen Zusammenhang haltet; wir werden die eingehenden Beiträge nach Möglichkeit in der nächsten Technologie - Korrespondenz oder in der Kritischen Technik.
... kostet je nach Umfang 20- 50 Pfennige (scharf kalkulierter Selbstkostenpreis) zuzüglich Porto.

Soweit Interesse besteht kann die neu erschienene Technologie- Korrespondenz Nr. 3 bestellt werden unter:

Asta der TH (K. Wandel)
Darmstadt
Hochschulstr.
Ffm.Postscheckkonto 198523 ,(M. Roth)

Das Technologie- Seminar

Zwischen dem 22.5.69 und 25.5.69 findet in Darmstadt das Technologie-Seminar des VDS statt.
Thema des Seminars:

1. Technokratische Hochschulreform
   Mobilisierungsstrategien unter den Bedingungen der technisch- naturwissenschaftlichen Fachrichtungen
2. Gesamthochschule - Ingenieurschulen
   Weiterführung der Revolte des Ausbildungsbereichs in der Produktionssphäre

Wir bitten die Genossen, ihre Teilnahme im Darmstädter Asta anzumelden. Für Schlafgelegenheit wird gesorgt (Schlafsadk, Luftmatraze mitbringen); außerdem können Teile der Fahrtkosten ersetzt werden. Wir treffen uns am Donnerstag 22.5.69 um 16 Uhr im Republikanischen Club Darmstadt, Erbacherstr. 5 (nähe Hallenbad)